



Stenografischer Bericht

73. Sitzung

am Freitag, dem 15. März 2002,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Vizepräsident Herr Remmers	5190
Ministerpräsident Herr Dr. Höppner.....	5207
Präsident Herr Schaefer	5208

TOP 12

Beratung

Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“

Beschluss des Landtages - **Drs. 3/16/1002 B**

Bericht und Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ - **Drs. 3/5350** und Ergänzung

Herr Oleikewitz (Berichterstatter).....	5167
Frau Wiechmann (FDVP)	5170, 5175
Herr Dr. Bergner (CDU).....	5170, 5175
Herr Rahmig (SPD)	5174
Herr Dr. Köck (PDS).....	5176, 5187
Herr Dr. Fikentscher (SPD)	5178
Ministerpräsident Herr Dr. Höppner.....	5183
Beschluss	5188

TOP 13

Beratung

Jahresbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2000, Teil 1 - Denkschrift und Bemerkungen

Unterrichtung - **Drs. 3/4867**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen - **Drs. 3/5360**

Herr Dr. Keitel (Berichterstatter)..... 5188 |

Beschluss

 5190 |

TOP 17

Beratung

Gegen die entkriminalisierte Darstellung der SED-Diktatur in Schule, Ausbildung und Studium

Antrag der Fraktion der FDVP - **Drs. 3/5362**

Frau Wiechmann (FDVP)..... 5190, 5194 |

Herr Kuntze (CDU)..... 5193 |

Beschluss

 5195 |

TOP 19

Beratung

Hände weg vom Risikostrukturausgleich - Keine Aufkündigung der gesamtdeutschen Solidarität zulassenAntrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/5370**

Herr Bischoff (SPD)	5195, 5201
Ministerin Frau Dr. Kuppe.....	5196
Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU).....	5198
Frau Wiechmann (FDVP)	5199
Frau Krause (PDS)	5200
Beschluss	5201

TOP 20

Beratung

Wirtschaft stärken - Arbeit schaffenAntrag der Fraktion der FDVP - **Drs. 3/5378**

Frau Wiechmann (FDVP)	5203, 5206
Beschluss	5207

TOP 21**Behandlung im vereinfachten Verfahren gemäß § 38 Abs. 3 GO.LT (Konsensliste) - Drs. 3/5381****a) Unterstützung für den Fahrzeugbau Halberstadt, Spezialwerk der Deutschen Bahn AG**Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/3286**Beschlussempfehlung des Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr - **Drs. 3/5339**

(Erste Beratung in der 42. Sitzung des Landtages am 14.09.2000)

b) Kinder- und Jugendbericht der LandesregierungAntrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4641**Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/4703**Beschlussempfehlung des Ausschuss für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport - **Drs. 3/5359**

(Erste Beratung in der 60. Sitzung des Landtages am 29.06.2001)

c) Nutzung der Chancen regenerativer Energien und nachwachsender RohstoffeAntrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/3645**Änderungsantrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/3707**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - **Drs. 3/5366**

(Erste Beratung in der 45. Sitzung des Landtages am 13.10.2000)

d) Forschung und sonstige Förderung der LandwirtschaftAntrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4385**Änderungsantrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4416**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - **Drs. 3/5367**

(Erste Beratung in der 56. Sitzung des Landtages am 06.04.2001)

e) Konsolidierungsdarlehen für mittelständische UnternehmenAntrag der Fraktion der CDU - **Drs. 3/5132**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten - **Drs. 3/5373**

(Erste Beratung in der 65. Sitzung des Landtages am 15.11.2001)

f) Kindergelderhöhung für alle KinderAntrag der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4662**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales - **Drs. 3/5377**

(Erste Beratung in der 60. Sitzung des Landtages am 29.06.2001)

Beschluss.....5207

Beginn: 9.09 Uhr.

Vizepräsident Herr Remmers:

Meine Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 73. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der dritten Wahlperiode. Es hat sich wohl herumgesprochen, dass dies, wenn nicht etwas ganz Außerordentliches passiert, der letzte Sitzungstag in dieser Wahlperiode sein wird. Ich begrüße Sie herzlich zu dieser vermutlich letzten Sitzung.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen die 39. Sitzungsperiode fort. Vereinbarungsgemäß beginnen wir mit dem **Tagesordnungspunkt 12:**

Beratung

Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“

Beschluss des Landtages - **Drs. 3/16/1002 B**

Bericht und Beschlussempfehlung der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ - **Drs. 3/5350** und Ergänzung

Berichtersteller ist der Abgeordnete Herr Oleikiewitz. Bitte schön.

Herr Oleikiewitz, Berichtersteller der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann heute reden; denn ich habe meine Sachen gestern Abend schon früher gepackt.

(Heiterkeit - Herr Becker, CDU: Was Erfahrung ausmacht!)

Meine Damen und Herren! Die Ereignisse des 11. September 2001 haben die Debatte über Umwelt und Entwicklung, die seit der Konferenz in Rio 1992 - dieses Ereignis jährt sich in diesem Jahr zum zehnten Mal - geführt wird, vorübergehend an den Rand der öffentlichen Debatte verbannt.

Wenn dieser Prozess bis dahin auch nicht alle Hoffnungen der Initiatoren erfüllte, so war doch die Diskussion angeschoben; erste durchaus beachtenswerte Erfolge, insbesondere auf nationaler und lokaler Ebene, sind erreicht worden. Die Sorge um die Zukunft der Menschheit und um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen führte Vertreter aller Länder der Erde im Anschluss an die Konferenz von Rio auch noch zu vielen weiteren Konferenzen zusammen. Vorrangige Themen waren die Klimakatastrophe, die Emissionsgrenzwerte, das Artensterben und das Waldsterben.

Der Menschheit, die am 11. September 2001 wie gebannt nach New York schaute, wurde schlagartig klar, welcher Bedrohung sie auch von einer anderen Seite her ausgesetzt ist. Nachdem die westlichen Länder im ersten Moment geradezu gelähmt und kaum einer Reaktion fähig waren, wurde ihr Handeln in den Monaten nach den Anschlägen von New York durch die Suche nach den Ursachen, nach den Hintergründen, nach den Drahtziehern bestimmt.

Mit einem Schlag zeigte sich die Verletzlichkeit unseres Systems; mit einem Schlag wurde uns bewusst, dass neben Klimakatastrophe, Arten- und Waldsterben weite-

re Gefahren für die Menschheit lauern, die uns bisher in dieser brutalen Realität nicht bewusst waren.

Politische Verwerfungen, die Diskussion um die Globalisierung, der verschärfte internationale Wettbewerb, die massive Industrialisierung in den asiatischen Ländern, die Wiederkehr von Gewalt, Nationalismus und Krieg stellen die Menschheit vor völlig neue Fragen.

Der Anschlag von New York ist sicher die Tat von religiösen Fanatikern, aber solche Ereignisse sind nicht ganz von dem sich täglich verhärtenden Widerspruch zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich, zwischen Hunger, Chaos und Krieg in Arabien, Afrika und Asien und Wohlstand und Reichtum in den westlichen Industrieländern zu trennen. Gerade deshalb muss die Zukunftsdebatte heute und nicht morgen geführt werden -

(Zustimmung von Frau Leppinger, SPD)

hier im Land Sachsen-Anhalt, in Deutschland, in Europa, auf der Welt. Das Überleben der Menschheit ist davon abhängig, ob wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dafür die richtigen Weichen stellen können oder nicht.

Die Zukunftsdebatte über die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit, die heute in der Gesellschaft geführt wird und die Einzug in Chefetagen, in Wirtschaftsarbeitkreise, in Gewerkschaften und Parlamente gefunden hat, darf jedoch nicht zu einem modernen Instrument für die Gewinnung zukunftsfruchtiger Absatzmärkte und als Willkommenschance für neue Technologien, also vorwiegend zu einer wirtschaftlich begründeten Diskussion degradiert werden. Sie muss vor allem Antworten auf die drängenden sozialen und ökologischen Fragen finden.

Die offensichtlich genetisch vorgeprägte Eigenschaft des Menschen, das Unangenehme, das Unpopuläre, das Schwierige wegzuschieben und nach dem Motto „Heute nicht, aber morgen, morgen ganz bestimmt“ die notwendigen Entscheidungen immer weiter in die Zukunft zu schieben, hat bisher möglicherweise funktioniert. Wir ertappen uns oft selbst dabei. Sie hat funktioniert; aber sie wird in Zukunft nicht mehr funktionieren. Sie ist keineswegs eine Handlungsempfehlung für die Zukunft.

Meine Damen und Herren! Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat mit der Einsetzung der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ versucht, die Diskussion um die komplexen Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den sozialen und ökologischen Anforderungen in unserem Land anzuschieben. Die Enquetekommission hat in ihrer dreijährigen Tätigkeit versucht, Antworten zu finden und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Sie folgte damit der Empfehlung des Landtages der zweiten Legislaturperiode, die Diskussion um das Nachhaltigkeitsthema in der dritten Wahlperiode wieder aufzunehmen und fortzuführen.

Wie Sie wissen, hat sich die Enquetekommission der zweiten Wahlperiode diesem Thema eher vorsichtig genähert. Auch wegen der zur Verfügung stehenden Zeit hatte sich die Enquetekommission damals hauptsächlich mit dem Thema Ökologie befasst. Trotzdem fasse ich die erzielten Ergebnisse als erfolgreichen Einstieg in die Diskussion über die angesprochenen Probleme auf.

Die Schwerpunkte des Einsetzungsbeschlusses vom 11. März 1999 für die Enquetekommission, der auf der Grundlage eines SPD-Antrages gefasst wurde, waren insbesondere die Erarbeitung von Kriterien für eine zu-

kunftsfähige Entwicklung auf der Grundlage der konkreten Bedingungen in Sachsen-Anhalt, die Formulierung von Indikatoren für die Messbarkeit einer zukunftsfähigen Entwicklung, die Ableitung von Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen sowie eines Leitbildes auf der Grundlage der Erfassung der aktuellen Situation in den verschiedenen Politikbereichen.

Meine Damen und Herren! Der Landtag von Sachsen-Anhalt, der die Enquetekommission mit der Abarbeitung der genannten Schwerpunkte beauftragte, hat diese Kommission recht bescheiden ausgestattet - wenn ich das an dieser Stelle einmal so sagen darf. Der Arbeit der Enquetekommission hat dies keinen Abbruch getan, aber sie hatte insofern unter dieser Situation zu leiden, als sie a) wenig Zeit zur Verfügung hatte, b) über eine mangelhafte materielle Ausstattung und c) über eine mangelhafte personelle Ausstattung verfügte. Das gebe ich zu.

Meine Damen und Herren! Die Konstituierung der Enquetekommission erfolgte am 15. Juli 1999. In der konstituierenden Sitzung wurden die Mitglieder vom Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt berufen. Neben den 13 Abgeordneten gehörten der Kommission fünf von den Fraktionen vorgeschlagene und vom Präsidenten des Landtages berufene Sachverständige an.

An den Sitzungen der Enquetekommission nahmen außerdem regelmäßig Vertreter der Landesregierung teil. Sie standen für Berichterstattungen sowie für Nachfragen im Rahmen der Diskussionen zur Verfügung.

Die Enquetekommission führte insgesamt 24 Sitzungen durch. In den ersten Sitzungen erfolgte eine Verständigung über die Struktur der Arbeit, insbesondere über die Reihenfolge der in die Beratung einzubeziehenden Themenschwerpunkte.

Die Mitglieder der Kommission hörten in insgesamt 14 Sitzungen Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen und privater Unternehmen, die sich mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung befassen, sowie Vertreter von Behörden an.

Die Kommission verständigte sich darauf, ausgehend von den Anhörungen, für den Abschlussbericht Ausarbeitungen zu einzelnen Themenschwerpunkten von wissenschaftlichen Einrichtungen auf der Basis von Honorarvereinbarungen erstellen zu lassen. Für diese Teilberichte wurden namhafte Wissenschaftler von Universitäten und Hochschulen sowie anderen Einrichtungen gewonnen.

Diese Verfahrensweise wurde als notwendig erachtet, um zum Zeitpunkt der Vorlage des Abschlussberichtes den jeweiligen Iststand in den einzelnen Themengebieten erfassen zu können. Die Kommission hielt dies deshalb für erforderlich, weil zwischen den ersten Anhörungen und der Beratung der Themen sowie der Vorlage des Berichtes nahezu drei Jahre vergangen sind.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu der Frage der finanziellen Ausstattung für diesen Teil des Abschlussberichtes. Wie Sie wissen, waren für die Enquetekommission für diesen Teil des Berichtes 95 000 DM in den Haushalt eingestellt worden. In der Presse und in den anderen Medien wurde die Tatsache, dass die Enquetekommission diese Mittel verbraucht hat, kritisiert. Ich stelle an dieser Stelle fest, dass die 95 000 DM für die Arbeit der Enquetekommission bei weitem nachhaltiger angelegt sind als die

7,3 Millionen DM, die zwei Fraktionen dieses Landtages, die den nächsten Landtagen von Sachsen-Anhalt nicht mehr angehören werden, in den letzten vier Jahren verbraucht haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Es ist nur traurig, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, sich auf diese Diskussionsebene herabgelassen haben.

(Zustimmung von Herrn Felke, SPD)

In der 20. Sitzung der Enquetekommission wurden die Ausarbeitungen zu den einzelnen Themenschwerpunkten, die mit den zur Verfügung gestellten Mitteln finanziert worden sind, von den Mitgliedern der Kommission beraten und als vertragsgerechte Leistung bestätigt.

Am 5. November 2001 fand auf Einladung des Präsidenten des Landtages und der Enquetekommission eine Konferenz im Landtag statt, bei der die Ergebnisse der Zuarbeiten zu den einzelnen Themenschwerpunkten der Öffentlichkeit vorgestellt und im Anschluss in der Kommission diskutiert wurden. Daran nahmen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Wissenschaft und anderer gesellschaftlicher Bereiche teil.

Die darauf folgenden vier Sitzungen dienten der Beratung über die inhaltlichen Aussagen der Kommission sowie der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die Landespolitik.

Meine Damen und Herren! Die Ergebnisse der Tätigkeit der Enquetekommission werden in dem vorliegenden Bericht präsentiert. Dieser enthält in einem ersten Teil Aussagen zu einer Reihe von gesellschaftlichen Bereichen, wertende Bemerkungen unter Bezugnahme auf die wissenschaftlichen Zuarbeiten für die Kommission, Aussagen zu Indikatoren für eine zukunftsfähige Entwicklung des Landes sowie Empfehlungen der Kommission für eine nachhaltige Entwicklung. In den zweiten Teil des Berichts sind die Arbeiten der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aufgenommen worden; darüber hinaus ist das Protokoll der Konferenz vom 5. November 2001 beigefügt worden.

Die Kommission hat sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befasst - Sie wissen dies aus früheren Berichterstattungen - bzw. hat sich zu diesen Themen wissenschaftliche Zuarbeiten anfertigen lassen:

erstens zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der globalisierten Informationsgesellschaft,

zweitens zukunftsfähige Entwicklung des Sozialstaates - soziale Gerechtigkeit,

drittens zukunftsfähige Verkehrs-, Bau- und Regionalentwicklung,

viertens nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes,

fünftens zukunftsfähige Finanzpolitik - Abbau der Staatsverschuldung,

sechstens zukunftsfähige Entwicklung von Bildung und Wissenschaft,

siebtens zukunftsfähige Umweltpolitik und

achtens zukunftsfähige Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt.

Die Ergebnisse der Diskussion liegen Ihnen nun in diesem Bericht vor; ich sehe ihn auf einigen Bänken liegen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Hinweis: Die Nachfrage nach diesen Berichten ist im Land, wie Sie vielleicht vermuten werden, relativ groß. Deswegen bitte ich diejenigen, die mit diesem Bericht nicht in den nächsten Urlaub fahren möchten und die den Bericht vielleicht irgendwo ablegen - ich hoffe, nicht im Papierkorb -, ihr Exemplar, das sie nicht brauchen, an die Landtagsverwaltung zurückzugeben, damit wir die steigende Nachfrage nach diesem Papier abdecken können.

Die Herstellung bzw. der Druck dieses Berichts war sehr teuer, und es würde noch teurer werden, wenn wir zusätzliche Exemplare drucken müssten. Mein Aufruf an alle: Wer den Bericht nicht unbedingt braucht, wer ihn nicht in seinem Bücherregal zu Hause deponieren möchte, den bitte ich, ihn an die Landtagsverwaltung zurückzugeben.

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Wie zu DDR-Zeiten!)

- Es handelt sich um den Bericht der Kommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“, Herr Professor Böhmer. Uns liegt die Nachhaltigkeit am Herzen und die umfasst eben auch den sparsamen Umgang mit Rohstoffen. Ich denke, das ist gut so.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend einige persönliche Worte an Sie richten. Der vorliegende Bericht macht deutlich, dass perfekte Antworten auf die drängenden Fragen nicht möglich sind. Dieser Bericht ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Bestandsaufnahme des Nachhaltigkeitsprozesses in unserem Land mit dem Versuch, die konkreten Bedingungen in den einzelnen Politikfeldern, erfolgreiche Ansätze, aber auch Defizite aufzuzeigen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Die Mitglieder der Enquetekommission haben sich in der zur Verfügung stehenden Zeit und trotz der vergleichsweise bescheidenen materiellen Ausstattung - ich habe es bereits erwähnt - bemüht, dem Auftrag des Landtages gerecht zu werden. Ich unterlasse es, auf die Kritik an der Finanzierung einzelner Teile des Berichts einzugehen, die übrigens auch vom Rechnungshof kam. Ich habe dazu bereits einiges ausgeführt.

Gestatten Sie mir, bevor ich zum Dank an die Fraktionen, an die Mitarbeiter und an die Verwaltung komme, auf das Minderheitsvotum der CDU einzugehen. Wie Sie wissen, haben in den Abschlussbericht sowohl Anträge der SPD und der PDS als auch Anträge der CDU Aufnahme gefunden. Deswegen war ich etwas irritiert von dem, was ich gestern in dem Minderheitsvotum gelesen habe.

Etwas irritiert - ich will nicht sagen, enttäuscht, aber irritiert war ich schon - war ich dadurch, dass gerade Sie, meine Damen und Herren von der CDU, deren Zukunftsbild mir eigentlich in den Beratungen in der Enquetekommission relativ unklar geblieben ist,

(Herr Schulze, CDU, lacht)

sich in den Medien und in dem mir erst gestern zugegangenen Minderheitsvotum darüber beschweren, dass die Enquetekommission ihr Ziel nicht erreicht habe. Ich stelle das als Vorsitzender dieser Enquetekommission fest.

(Herr Gürth, CDU: In welcher Funktion sprechen Sie jetzt, Herr Kollege? - Frau Wiechmann, FDVP: Er ist nicht ganz sicher, in welcher Funktion er spricht!)

- Unstrittig als Vorsitzender dieser Kommission, Herr Gürth; das sei mir gestattet. Wenn Sie sich an der Arbeit der Enquetekommission beteiligt hätten, hätten Sie auch ein Recht, jetzt Fragen zu stellen.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Unstrittig ist die Tatsache, dass die Aufgabenstellung anspruchsvoll war. Unstrittig ist auch, dass die Themenbreite nicht unbedingt mit der zur Verfügung stehenden Zeit und der personellen und materiellen Ausstattung der Kommission kongruent war.

Aber der Umstand, dass wir nicht alle Programmpunkte erfüllen konnten - jetzt sage ich auch einmal etwas dazu, Herr Gürth, wie die Arbeit im Ausschuss verlief; das sei mir als Vorsitzender dieser Kommission gestattet -

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

lag vielleicht auch an der Grundposition der CDU - sie hat es oft genug an dem Thema der Nachhaltigkeit dargestellt -, aber auch daran, dass sie von der Kommission selbst nicht überzeugt war und dass sie - das stelle ich auch fest - die eigentliche Arbeit in der Kommission der PDS und der SPD überlassen hat. Deswegen wollte ich das an dieser Stelle erwähnen.

Ich konnte als Vorsitzender der Kommission natürlich nicht verlangen, dass sich alle Fraktionen gleichermaßen in der Kommission engagieren. Wir haben das bei unseren Kolleginnen und Kollegen von rechts außen erlebt, die sich an der Diskussion der Enquetekommission überhaupt nicht beteiligt haben. Ich konnte nicht verlangen, dass sich alle gleichermaßen engagieren, aber diese Reaktion - diese Bemerkung sei mir gestattet - gibt nicht den wahren Verlauf der Diskussionen in der Kommission wieder.

Meine Damen und Herren! An den nun vorliegenden Ergebnissen haben neben den Kommissionsmitgliedern und den Sachverständigen der Fraktionen Experten aus der Forschung und der Wissenschaft, von Verbänden, von Interessenvertretungen der verschiedenen Themengebiete, aber auch Einzelpersonen einen entscheidenden Anteil. Dafür bedanke ich mich im Namen der Kommission herzlich. Mein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für die engagierte Begleitung in der Kommission.

Ich vertraue darauf, dass die nun vorliegenden Ergebnisse Eingang in die Arbeit der Landesregierung und des Parlamentes finden werden.

Ich rufe alle Institutionen und interessierten Bürger dazu auf, sich an der Debatte über eine zukunftsfähige Entwicklung in Sachsen-Anhalt zu beteiligen. Ich bitte Sie um die Zustimmung zur vorliegenden Beschlussempfehlung und bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Kollege. - Bevor ich das Wort Frau Wiechmann erteile, die sich als Fraktionsvorsitzende zu Wort gemeldet hat, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule „Glauchau/Franke“ aus Halle. Herzlichen willkommen!

(Beifall im ganze Hause)

Das Wort hat Frau Kollegin Wiechmann als Fraktionsvorsitzende.

Frau Wiechmann (FDVP):

Danke schön, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Herr Oleikiewitz, Sie sollten sich daran erinnern - Sie sind mehrfach ermahnt worden -, in welcher Funktion Sie denn sprechen und dass Sie hier eigentlich als unabhängiger Berichterstatter der Enquetekommission auftreten sollten. Diese Unabhängigkeit haben Sie gerade eben verlassen. Das ist aber nicht das, was ich eigentlich sagen will. Ich bin über Ihre Unverfrorenheit und über Ihre Schamlosigkeit ein bisschen überrascht.

(Lachen bei der SPD)

Ja, ich muss sagen: überrascht. Herr Oleikiewitz, an Ihrer Stelle wäre ich unter den Tisch gekrochen,

(Heiterkeit bei der SPD und bei der PDS - Frau Bull, PDS: Genau!)

da wäre ich im Boden versunken. Denken Sie an Ihre SPD-Spendenskandal-Schmierenkomödie, die jetzt auch in Sachsen-Anhalt stattfindet, die auch Sachsen-Anhalt eingeholt hat. Sie kennen ja den Spruch: Die Wahrheit ist wie ein Schneeball. Sie kommt letztendlich immer heraus und wird immer größer.

Das, Herr Oleikiewitz, genau das, diese Spendenskandal-Schmierenkomödie, wäre ein Untersuchungsgegenstand für eine nächste Enquetekommission.

(Zuruf von Frau Lindemann, SPD)

Ich denke, das wäre wichtig und das sollte der nächste Landtag auch machen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDVP - Frau Lindemann, SPD: War das endlich die letzte Rede, oder noch nicht?)

Vizepräsident Herr Remmers:

Meine Damen und Herren! Nach dem Vortrag einer Fraktionsvorsitzenden gemäß § 61 unserer Geschäftsordnung kommen wir zur Debatte. Es ist zwischen den Fraktionen eine Debatte von 90 Minuten vereinbart worden. Davon hat die CDU 22 Minuten, die FDVP fünf Minuten, die PDS 20 Minuten, die DVU sechs Minuten und die SPD 37 Minuten Redezeit. Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dr. Bergner für die CDU-Fraktion.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Enquetekommission hat später, als es ursprünglich und im Einsetzungsbeschluss vorgesehen war, ihre Arbeit beendet. Wir sind gerade zur letzten Sitzung damit fertig geworden. Herr Kollege Oleikiewitz, schon allein dieser Umstand und der Umstand, dass wir auch das uns selbst gesteckte Ziel eines Leitbildes nicht zum Gegenstand des Berichtes machen konnten - die PDS hat es in ihrem Sondervotum gegeben -, hätte es aus meiner Sicht erforderlich gemacht, dass Sie in Ihrer Funktion als Ausschussvorsitzender in der Bewertung von Fraktionen ein kleines bisschen bescheidener auftreten.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDVP und von Herrn Miksch, fraktionslos - Zuruf von Herrn Oleikiewitz, SPD)

Es ist richtig, dass die CDU-Fraktion die Einsetzung dieser Enquetekommission mit Skepsis beurteilt hat. Sie

hat sie deshalb mit Skepsis beurteilt, weil wir die Feststellung machen mussten, dass bei der vorangegangenen Enquetekommission die Landesregierung, die ja der eigentliche Adressat der Empfehlung ist, für das, was dort übermittelt wurde, nicht mehr als symbolhaftes Wohlwollen übrig hatte.

Wir haben feststellen müssen, dass dies letztlich so, wie es die Mitglieder der Enquetekommission geplant haben, nicht Eingang in die und nicht Berücksichtigung in der Landespolitik gefunden hat. Wir haben uns natürlich die Frage gestellt: Was soll die Fortsetzung eines solchen Unternehmens, wenn die erste Etappe so wirkungslos verlaufen ist?

Deshalb habe ich - auch angesichts der vielen Arbeit und des breiten Berichtes - aus der Sicht der CDU-Fraktion den Anlass, den Mitarbeitern des Parlamentes und den Mitarbeitern der Fraktionen Dank zu sagen. Ich habe Anlass, auch den Beauftragten des Umweltministeriums Dank zu sagen, die unsere Sitzungen regelmäßig und kontinuierlich begleitet haben. Jedoch habe ich keinen Anlass, der Landesregierung für inhaltliche Impulse zu dieser Arbeit zu danken. Auch dies muss ich eingangs feststellen, denn es gehört zu der Bewertung dieser Arbeit.

Herr Kollege Oleikiewitz, ich hätte dies alles nicht gesagt, wenn Sie nicht so scharfe Töne angeschlagen hätten.

Es gehört auch zu einem ehrlichen Resümee dieser Arbeit festzustellen, dass wir uns selbst als Parlamentarier bei dem Dialog zwischen Parlament und Wissenschaft - darin liegt wirklich der Vorzug einer Enquetekommission - in einem Maße überfordert haben, das zum Teil schon an Blamage grenzte. Mir ist es zeitweilig unangenehm gewesen, wie laienhaft wir den qualifizierten Beiträgen von Wissenschaftlern im Ausschuss nur begegnen konnten.

Ich sage dies alles nur, weil ich den Eindruck vermeiden will, als ob es hier eine CDU-Fraktion gibt, die die ganze Zeit daneben gestanden hat - was nicht stimmt -, und als ob auf der anderen Seite hehre Schlachten geschlagen wurden. Nein, wir haben uns objektiv überfordert, und ich weiß überhaupt nicht, ob in einem Parlament unserer Größe eine Enquetekommission in dieser Breite tatsächlich zielführende Ergebnisse erbringen kann. Dazu ist die Zahl der fachlich befassen Abgeordneten wahrscheinlich eher zu klein.

(Zustimmung bei der CDU)

So viel als Vorbemerkung, zu der ich mich, Herr Oleikiewitz, überraschenderweise durch die Prononcierung Ihrer Ausführungen veranlasst gesehen habe.

Ich greife aber gerne ein weiteres Stichwort auf. Das ist der Vorwurf, die CDU hätte kein klares Zukunftsbild in diese Debatte eingebracht. Dies gibt mir nun tatsächlich den Anlass für einige sehr grundsätzliche Festlegungen.

Das Bild der Zukunftsfähigkeit, der Begriff der Nachhaltigkeit, der vor zehn Jahren mit dem Rio-Prozess Eingang in die Politik gefunden hat, ist im Grunde genommen eine konservative Idee. Die Idee der Nachhaltigkeit ist nämlich nicht neu. Hinter ihr steht ein altes Prinzip der bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft.

In der Kultur der bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft und in ihrer Tradition war es Grundlage einer längerfristigen und Generationen übergreifenden Überlebens-

strategie, nicht von der Substanz auf Kosten der Zukunft zu leben.

In der bäuerlichen Welt war es geradezu Ehrenkodex, ein entsprechender Ehrgeiz, dass der Nachkomme den Betrieb möglichst so intakt übernehmen sollte, wie man ihn selbst übernommen hat. Von der Substanz lebte man nur in Zeiten der Not und nur vorübergehend. Familien, die dauerhaft von der Substanz ihres Betriebes lebten, haben die Grundlagen ihrer Existenz oder der ihrer Nachkommen verwirtschaftet.

Ich erwähne diesen Hinweis auf die Ursprünge des Begriffes der Nachhaltigkeit aus zwei Gründen.

Erstens. Die Prinzipien, über die wir uns in der Enquetekommission unterhalten haben, sind in der menschlichen Kulturgeschichte keineswegs neu. Neu ist bestenfalls das für unsere gegenwärtige Gesellschaft typische kurzlebige Denken.

Zweitens - dies war uns wichtig -: Das Prinzip der Nachhaltigkeit umfasst alle Lebensbereiche, in denen es um Langzeitwirkung geht und damit um eine besondere Verantwortung gegenüber der Zukunft und den Nachkommen. Es wäre also falsch, die Nachhaltigkeit nur auf ökologische Herausforderungen zu beschränken.

Deshalb hat sich die CDU - dies ist in der Tat unser Zukunftsbild, Herr Oleikewitz - während der Kommissionsarbeit mit allem Nachdruck für ein breites Verständnis der Nachhaltigkeitsvoraussetzungen eingesetzt. Wir hatten Erfolg; denn wenn ich sehe, welche Themen einbezogen wurden - das reichte von der Kulturpolitik über die Verwaltungsorganisation bis zu den Fragen der Reproduktion unserer Lebensgrundlagen -, so ist es uns wenigstens gelungen, den Begriff der Nachhaltigkeit aus der Enge einer allein ökologischen Betrachtung herauszuführen.

(Beifall bei der CDU)

Wie sehen nun im Sinne dieser allgemeinen Betrachtungen die Ergebnisse der Enquetekommission aus? Ich möchte sie in einer These zusammenfassen, die man sowohl in den Anhörungsprotokollen als auch in Teil II des Berichtes in den Ausführungen verschiedener Autoren belegt finden kann.

Die These lautet: In keinem anderen Flächenland der Bundesrepublik Deutschland ist die Zukunftsfähigkeit so stark gefährdet wie in Sachsen-Anhalt. Unter dem Eindruck dieser Erkenntnis würde ich gern die Diskussion hier akzentuieren.

Wir haben großes Verständnis und eine große Verantwortung gegenüber den globalen Herausforderungen, die Herr Oleikewitz am Anfang seiner Einführungsrede ansprach. Wir sollten uns immer im Klaren darüber sein, dass ein Land, das die Voraussetzungen der eigenen Zukunftsfähigkeit nicht hergestellt hat, auch nicht die Kraft finden wird, einen Beitrag zur Lösung globaler Herausforderungen zu leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDVP)

Die These, dass in keinem anderen Flächenland die Nachhaltigkeitsvoraussetzungen so stark gefährdet sind wie in Sachsen-Anhalt, wird aus meiner Sicht vor allen Dingen durch vier zentrale Nachhaltigkeitsrisiken belegt, die ich kurz und zugegebenermaßen sehr allgemein in dieser Debatte zur Diskussion stellen möchte.

Die vier wichtigsten Nachhaltigkeitsrisiken sind erstens die unzureichende wirtschaftliche Basis, zweitens die demografische Entwicklung und die Abwanderung, drittens die öffentliche Verschuldung und viertens eine unzureichende Humankapitalausstattung.

Ich komme zu dem ersten Punkt, der unzureichenden wirtschaftlichen Basis. Dem Land fehlen - das ist unstrittig - die Voraussetzungen für eine selbsttragende und damit nachhaltige wirtschaftliche Wertschöpfung und damit auch die Voraussetzungen für eine wenigstens annähernde Befriedigung der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Wir teilen dieses Problem mit allen neuen Bundesländern, die den Strukturwandel von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft noch nicht vollständig bewältigt haben.

Wer aber die Beiträge und die Protokolle der Anhörungen von Paqué, Rosenfeld, Schwödiauer und von dem damaligen Berater der SPD-Fraktion Kausch richtig liest, der wird zu der Erkenntnis kommen, dass sie uns alle die Einsicht vermittelt haben, dass Sachsen-Anhalt in diesem Prozess des Strukturwandels eine Schlussposition einnimmt, dass es sich in einer abstiegsgefährdeten Lage befindet.

Sie mögen so kurz vor den Wahlen diese Schlussfolgerung unterschiedlich interpretieren oder sich dagegen wehren wollen, aber auf eines sollten wir uns angesichts dieser Dokumente wenigstens verständigen können: Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts ist für Selbstgerechtigkeitsposen keinerlei Anlass.

(Beifall bei der CDU und bei der FDVP)

Wenn es einen Impuls aus dieser Enquetekommission für die Wahlkampfführung geben könnte, dann müsste dieser lauten: Entwickelt das notwendige Problembewusstsein und begeben euch nicht in selbstgefällige Plakatierungen oder in selbstgefällige Betrachtungen. Dafür sind die Voraussetzungen viel zu kritisch.

(Zustimmung bei der CDU, von Herrn Mertens, FDVP, und von Frau Wiechmann, FDVP)

Die CDU ist der Meinung, dass nicht nur die Politik der 40 Jahre Sozialismus, sondern dass auch Fehler nachfolgender Landesregierungen und der Landespolitik in diesem Zusammenhang vorurteilsfrei diskutiert werden müssen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist aber, dass wir die zentrale Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums für die Lösung dieser Nachhaltigkeitsherausforderungen erkennen.

Die Wirtschaft und das wirtschaftliche Wachstum haben eine zentrale Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung unseres Landes. Die Wirtschaft ist in der gegenwärtigen Lage der entscheidende Akteur für eine nachhaltige Entwicklung Sachsen-Anhalts. Diese Erkenntnis führt allerdings zwangsläufig zu der Schlussfolgerung, dass die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes durch nichts anderes als durch eine starke Wirtschaft und leistungsfähige Unternehmen erreicht werden kann.

Eine starke Wirtschaft und leistungsfähige Unternehmen sind übrigens auch die notwendige Voraussetzung zur Bewältigung der ökologischen Herausforderungen. Ich betone dies nur noch einmal, weil an dieser Stelle die Fehler der Vergangenheit aufgearbeitet werden müssen.

Ich möchte es in Form einer Frage formulieren: Hat die Stärkung der Wirtschaftskraft in den vergangenen Jahren in der Landespolitik tatsächlich die zentrale Bedeu-

tung eingenommen, die wir unter dem Eindruck der Erkenntnisse der Enquetekommission erwarten müssen? Ich fordere Sie auf, sich diese Frage vorurteilsfrei zu stellen.

Ich möchte hier offen sagen, dass das Leitbild der Landespolitik aus meiner Sicht in den vergangenen Jahren nicht das Bild der Wachstumsorientierung war.

(Zuruf von Herrn Sachse, SPD)

Wir reden sehr viel über Leitbilder, Herr Kollege Sachse. Ich habe den Eindruck, wir sollten uns erst einmal klar darüber werden, nach welchem unbewussten Leitbild die Landespolitik der letzten Jahren erfolgt ist. Da geben mir die Ausführungen eines Magdeburger Politologen ein interessantes Stichwort. Aus meiner Sicht war das unausgesprochene und das wahrscheinlich auch bei den Akteuren weitgehend unbewusste Leitbild der Landespolitik der letzten acht Jahre der ineffektive Fürsorgestaat mit ökologischen und emanzipatorischen Experimentierklauseln.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Rahmig, SPD: Das klingt zwar gut, stimmt aber nicht!)

Dieses Leitbild, meine Damen und Herren, gilt es aufzuarbeiten. Die Erkenntnis dieses Leitbildes gilt es zum Ausgangspunkt einer konsequent wachstumsorientierten Politik zu machen.

Ich komme zum zweiten Nachhaltigkeitsrisiko. Das ist die demografische Entwicklung. Nun will ich mich nicht selbst in die Rolle eines Schwarzmalers begeben,

(Ach! bei der SPD)

sondern lediglich aus dem Beitrag von Herrn Professor Breuste in dem Bericht der Enquetekommission wörtlich zitieren. Das Zitat lautet:

„Sachsen-Anhalt ist die Region in Europa mit den größten Bevölkerungsverlusten.“

(Herr Bischoff, SPD: Das wissen wir auch!)

Dies ist einfach die Wahrheit. Das ist ein wissenschaftlicher Befund, von dem wir auszugehen haben.

(Herr Sachse, SPD: Das bestreitet doch keiner!)

Das ist ein erhebliches Nachhaltigkeitsrisiko, das mir im Ergebnis der Arbeit in seiner Tiefe eigentlich erst bewusst geworden ist. Ich kann Ihnen allen nur empfehlen, einmal die Grafik auf Seite 215 des Berichtes der Enquetekommission anzuschauen. Darin wird deutlich, dass sich der Bevölkerungsrückgang, den wir bundesweit aufgrund einer viel zu geringen Geburtenrate zu verzeichnen haben, in der Bevölkerungsprognose der Bundesländer sehr ungleich darstellen wird.

Nach der Prognose ist Sachsen-Anhalt mit mehr als 26 % das Land mit den rasantesten Bevölkerungsverlusten.

(Herr Bischoff, SPD: Und Brandenburg?)

Dies ist nicht allein bedingt durch eine geringe Geburtenrate - das haben die anderen Länder auch -, sondern auch durch eine negative Wanderungsbilanz. Hingegen hat das Land Baden-Württemberg einen Bevölkerungsverlust von lediglich 8 % zu verzeichnen. Diese Zahlen belegen, dass wir uns bereits jetzt angesichts einer zurückgehenden Bevölkerung in einem Wettbewerb um

junge, kreative Menschen befinden. In diesem Wettbewerb haben wir nicht unbedingt die besten Voraussetzungen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage es noch einmal: Die Konsequenzen dieses Bevölkerungsrückgangs sind mir in der Tiefe erst durch die Arbeit der Enquetekommission deutlich geworden. Ich kann an dieser Stelle nur einige Schwerpunkte stichpunktartig anreißen.

Erstens. Die Problematik des Stadtumbaus oder, deutlicher gesagt, des Abrisses von Wohnraumbestand

(Herr Felke, SPD: Darum geht es eben nicht nur allein!)

wird nicht allein, Herr Kollege, eine Frage der erforderlichen Kosten sein. Vielmehr wird das Maß, in dem eine solche Rückführung von Wohnraum notwendig ist, ein Maß von unabweisbarer Kapitalvernichtung signalisieren, die langfristig in die Kapitalausstattung des Landes eingeht, unabhängig davon, ob sie nun kommunale Wohnungsgenossenschaften, private Eigentümer oder andere betreffen wird.

Das heißt, dort, wo für den Stadtumbau der meiste Abriss notwendig sein wird, wird das höchste Maß an Kapitalvernichtung stattfinden mit allen langfristigen Folgen. Ich sehe keinen Mechanismus, der uns hierfür zukünftig einen Ausgleich bieten wird.

(Zuruf von Herrn Rahmig, SPD - Gegenruf von Herrn Dr. Keitel, CDU: Erst denken!)

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Die dramatische Bevölkerungsprognose bedarf dringend einer Regionalisierung; denn der Bevölkerungsrückgang wird sich nicht gleichmäßig über das Land erstrecken. Ich kann mich nur wundern, mit welcher Blauäugigkeit in der Vergangenheit - ich selbst auch - über eine kommunale Gebietsreform diskutiert wurde, ohne diese Prozesse, abgesehen von der Suburbanisierung, ausreichend in den Blick zu nehmen.

(Herr Sachse, SPD: Wo leben Sie eigentlich? - Zurufe von Herrn Bullerjahn, SPD, von Herrn Felke, SPD, und von Ministerpräsident Herr Dr. Höppner)

- Ja, widersprechen Sie mir ruhig. Es ist eine Strategie, sich den Problemen zu stellen, die garantiert nicht zukunftsfähig ist. Dies kann ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Sachse, SPD: Leben Sie eigentlich in diesem Land? Wo lebt er eigentlich? - Zurufe von Herrn Felke, SPD, von Herrn Bischoff, SPD, und von Ministerin Frau Dr. Kuppe - Herr Rahmig, SPD: Nennen Sie doch eine Alternative!)

Dritter Punkt, die öffentliche Verschuldung. Auch diesbezüglich kann ich allen, nicht nur den Finanzpolitikern, nur die Lektüre des Beitrags von Professor Schwödiouer empfehlen.

(Herr Prof. Dr. Trepte, PDS: Das ist eine schwache Lektüre!)

- Herr Kollege, Sie werden sich doch zumindest einer Einsicht nicht verschließen können, nämlich der, dass Sachsen-Anhalt - Kommunalverschuldung hin, Kommunalverschuldung her - unter Einbeziehung aller Kennzif-

fern nicht nur das höchstverschuldete neue Bundesland ist, sondern auch das Flächenland, welches in der Gesamtverschuldungsquote - das ist das Verhältnis der Verschuldung zum Bruttoinlandsprodukt - mit über 40 % der traurigen Spitzenreiter unter den Bundesländern ist.

Die Traurigkeit ist vor allem dadurch begründet, dass die Tendenz ungebrochen steigend ist.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das ist nun wirklich Unfug!)

Unser Bruttoinlandsprodukt ist lächerlich gering im Vergleich mit dem Anstieg der Staatsverschuldung.

(Herr Bullerjahn, SPD: Woher haben Sie denn das?)

- Lesen Sie doch bitte die Kennziffern von Herrn Schwödiauer. Ich kann Ihnen wirklich nur sagen, dass Ignoranz an dieser Stelle nichts nützt.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Ich kann mich an dieser Stelle, Herr Kollege Bullerjahn, nur darüber wundern, wie Sie mit den im Lichte der Schwödiauer'schen Analyse nur zu berechtigten Kasandrufen von Herrn Hoffmann in der Vergangenheit umgegangen sind.

Natürlich sind die Handlungsempfehlungen für alle, die Finanzpolitik betrieben haben, nicht neu. Wir haben sie bei allen Haushaltsberatungen beschworen. Auch Herr Schwödiauer macht deutlich, dass angesichts der Einnahmesituation und der Einnahmeprognozen in unserem Land eine Stabilisierung der Staatsverschuldungsquote nur durch eine Reduktion der Staatsausgabenquote möglich ist. Damit sind wir in einem echten Dilemma. Die ernsthafte Verfolgung dieses Zieles erfolgt in unserem Lande erkennbar zu spät.

Wir sind in eine Situation hineingeraten, in der die Reduktion der Staatsausgabenquote unabweisbar in Bereiche hineinragen wird, deren öffentliche Finanzierung eigentlich für die Zukunftsfähigkeit des Landes unentbehrlich ist. Wir sind, wenn Sie so wollen, in einer finanzpolitischen Nachhaltigkeitsfalle. Auch dies verdient es, ernst genommen zu werden.

Ich komme zum vierten Punkt, dem Defizit in der Humankapitalausstattung. Ich gebe zu, dass mich diese Einsicht, die auf einen Beitrag des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle zurückgeht, selbst überrascht hat. Aber die Statistiken über die Verteilung der Schlüsselqualifikationen in den Bundesländern, über die Qualifikationsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, über Patentstrukturen und anderes mehr machen deutlich, dass wir jedenfalls an dieser Stelle unsere bisherige platte und simple Formel „Wir haben gut ausgebildete Menschen in Hülle und Fülle“ doch etwas überdenken müssen. Auch dort gibt es enormen Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren! Ich merke, dass die Redezeit früher zu Ende geht, als ich es bei der Konzipierung meiner Rede beabsichtigt hatte. Deshalb kann ich zu diesem Punkt nicht mehr ausführlich Stellung nehmen.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ihre Zeit ist um!)

Ich will jedoch eine Anmerkung machen, die mir als ursprünglichem Bildungspolitiker in diesem Hause gestattet sein muss. Neben dem Ausbau wirtschaftsnaher Infrastruktur und neben Investitionen in die Wirtschaft wird

- das ist für mich eine der wichtigen Verhaltensstrategien - die Frage der Investitionen in Bildung und Wissenschaft eine zentrale Bedeutung für den Ausbau der Zukunftsfähigkeit haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Dies schließt einen Bildungsbegriff ein, der bis hin zu Kultur und ästhetischer Bildung reicht;

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

denn angesichts des bevorstehenden Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft ist die Frage der Qualifizierung dieser Dienstleistungsgesellschaft durch ästhetische Bildung der Akteure eine entscheidende Zukunftsfrage.

Ich möchte quer über die Fraktionen hinweg all denen, die unsere Bildungsinstitutionen, die aus meiner Sicht eines der Pfunde sind, mit denen wir im Hinblick auf die Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wuchern können, mitunter unter dem Druck von Finanzentscheidungen kritisch betrachten, sagen: Nicht nur Verkehrsinfrastruktur, sondern auch Bildungsinfrastruktur muss vorgehalten werden. Ich warne mit Blick auf Wissenschaft und Forschung davor, sich zu sehr der Frage hinzugeben, ob Studiengänge, die bei uns angeboten werden, vielleicht nur oder vorwiegend Abnehmer in anderen Bundesländern finden. Wenn wir Straßen bauen, stellen wir auch nicht die Frage, ob die Autos, die darüber rollen, bloß bei uns im Lande verkehren oder ob sie über die Landesgrenzen hinausfahren.

(Ministerpräsident Herr Dr. Höppner: Wen warnt er jetzt?)

- Ich sehe zum Beispiel Herrn Kollegen Trepte an.

Vizepräsident Herr Remmers:

Herr Dr. Bergner, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Sie auf irgendeine Weise zum Schluss Ihrer Rede kommen müssen.

(Herr Doege, SPD: Ihre Zeit ist um! - Herr Rahmig, SPD: Das ist schade; es war sehr interessant eben!)

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Präsident, ich muss dies respektieren, selbst um den Preis, dass ich meine Rede an dieser Stelle sehr abrupt abbrechen muss.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ist nicht so schlimm, Herr Bergner!)

Es sei mir aber gestattet, wenigstens noch zwei Sätze zu sagen, da diese die letzte Rede ist, die ich in diesem Parlament halte.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe die knapp zwölf Jahre hier sehr intensiv erlebt; sie haben mich geprägt. Ich habe all denen zu danken, die für das Entstehen und das Funktionieren dieses Hohen Hauses Verantwortung getragen haben. Ich erwähne in Besonderheit den ersten Landtagspräsidenten Klaus Keitel namentlich.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Wiechmann, FDVP)

Ich habe in diesen Jahren zur Kenntnis nehmen müssen, dass ein Parlament nicht unbedingt eine höhere Sit-

tenschule sein muss und dass sich Prozesse ereignen können, die makabre Schlagzeilen machen. Trotzdem möchte ich meine Erfahrungen in der Aussage zusammenfassen, dass das Parlament zu den großartigsten Erfindungen menschlicher Kulturgeschichte gehört. Es ist eine Form der Machtbewirtschaftung, auf die ein demokratisches Miteinander nicht verzichten kann.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Ich habe gern und viel in diesem Hohen Hause gestritten. Ich habe nicht die Absicht, mich dafür zu entschuldigen; denn das Parlament ist der Ort des Streites und die Demokratie ist eine Streitkultur.

Ich habe Anlass, all denen zu danken, die sich durch den Streit herausfordert gefühlt und mir widersprochen haben, und allen meinen Kollegen, die mich unterstützt haben. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD, von Frau Wiechmann, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Vizepräsident Herr Remmers:

Einen Moment, Herr Bergner. Frau Abgeordnete Bull hat eine Frage.

Frau Bull (PDS):

Herr Dr. Bergner, da Sie tatsächlich ein streitlustiger Kollege sind, will ich gern dazu beitragen, dass sich Ihre Redezeit etwas verlängert.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ach nee!)

Es geht um ein grundsätzliches Problem. Sie haben in Ihrer Rede dem Problem der Investitionen und der Betrachtungsweise von Investitionen einen ziemlich großen Raum eingeräumt, insbesondere mit Blick auf die Auseinandersetzung mit Professor Schwödiauer, die wir im Parlament geführt haben.

Zu meiner Frage. Professor Schwödiauer selbst hat in der Auseinandersetzung mit der Enquetekommission den Begriff der Investitionen insofern problematisiert, als er gesagt hat, dass der engere Begriff der Investitionen nicht auf die Förderung wirtschaftsnaher Infrastruktur beschränkt werden sollte; vielmehr sollte man darüber nachdenken, dass in politischer Hinsicht Investitionen - in Führungsstrichen - auch in soziale Bereiche, in Bildung erfolgen können; Investitionen im herkömmlichen Sinne können nicht zwangsläufig auf die Frage beschränkt werden: Was ist nachhaltig und was ist nicht nachhaltig in einer Gesellschaft?

Ich sage das, weil Sie so getan haben: Die Wissenschaft produziert Fakten und die Politik müsste sich zwangsläufig nur noch nach diesen Fakten richten, und alles wird gut.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Frau Kollegin, ich muss zunächst zugeben, dass ein spannender Punkt in der Diskussion die Frage war, ob - ich bleibe einmal beim Bereich Bildung; bei diesem ist es für mich am greifbarsten - die Finanzierung von Bildungsinfrastruktur nicht ebenso eine Investition ist, weil sie Zukunftsvoraussetzungen schafft wie eine Investition in Straßen und in Maschinen.

Herr Schwödiauer hat für diese Frage Verständnis zum Ausdruck gebracht, aber er hat einer entsprechenden -

ich sage es einmal so - kameralistischen Eingruppierung dieser Art nicht das Wort geredet. Auch ich würde dies nicht tun, und zwar aus einem ganz einfachen Grund.

Derjenige, der in der Geschichte des Haushaltsrechts der alten Bundesrepublik Deutschland verfolgt, wie der Grundsatz „Man darf nicht mehr Schulden machen, als die selbstfinanzierten Investitionen umfassen“ ohnehin schon ausgehöhlt wurde in Bereichen, in denen für den Staat kein unmittelbarer Rückfluss gegeben ist - beispielsweise bei verlorenen Zuschüssen,

(Zuruf von Ministerin Frau Budde)

die auch als Investitionen gewertet werden; das ist inzwischen unstrittig -, der wird angesichts der Gesamtverschuldungslage der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik Deutschland einer weiteren Aufweichung nicht unbedingt das Wort reden wollen. Aus diesem Grunde bin ich gern bereit, dafür zu streiten, die zukunftsweisende Bedeutung von Bildungsinvestitionen bzw. bestimmter Sozialinvestitionen oder Sozialfinanzierungen zu sehen; darin sind wir mit Sicherheit nicht einer Meinung.

(Frau Bull, PDS: Das hatte ich auch nicht vermutet!)

Aber einer Klassifizierung mit der erkennbaren Auswirkung, dass sich der Spielraum für die verfassungsrechtlich legitimierte Verschuldung noch mehr erweitert, kann ich vor dem Hintergrund des allgemeinen Schuldendruckes nicht das Wort reden.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Bergner.

(Herr Rahmig, SPD: Ich möchte etwas sagen!)

- Bitte schön, Herr Kollege.

(Unruhe)

Herr Rahmig (SPD):

Ich höre unwilliges Murren. - Herr Dr. Bergner, leider war Ihre Redezeit zu kurz, um auf die Höchstqualifiziertenquote einzugehen. Das wäre ein Punkt gewesen, über den es sich wirklich zu streiten lohnt.

Geben Sie mir in Bezug auf die von Ihnen angeführte Studie darin Recht, dass Pohl eigentlich zu dem Ergebnis kommt, dass wir im Vergleich der neuen Bundesländer besonders auf diesem Gebiet wirklich ein Problem haben? Alle anderen von Ihnen genannten Probleme - dazu könnte man Pohl zitieren; das kommt in der Studie deutlich zum Ausdruck; er liebt uns mit Sicherheit nicht - sind marginal. Die Aussage ist eindeutig: Zwischen den fünf neuen Bundesländern bestehen auf den von Ihnen vorher genannten Gebieten nur unwesentliche Unterschiede. Alle fünf neuen Bundesländer gemeinsam haben im Vergleich zu den alten Bundesländern das Problem. Deshalb finde ich Ihren Vergleich zu Baden-Württemberg nicht besonders hilfreich.

Abschließend will ich sagen: Wenn man sich das statistische Material ansieht, das Pohl für seine Studie benutzt hat, dann stellt man fest, dass einige Dinge - ich will nicht sagen, es sind Vorkriegswerte - sehr veraltet sind; bestimmte Dinge hat er nicht wahrgenommen. Daher warne ich vor einer Autoritätsgläubigkeit, die sich nur

darin begründet, dass jemand einen Professorentitel führt.

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Kollege, ich wäre mit meinen Schlussfolgerungen vorsichtiger gewesen, wenn ich mich nur auf einen Autor berufen hätte. Sie haben die Dinge in Kenntnis der Pohl-Studie angesprochen. Das IWH ist hierbei nur einer der Beitragenden.

Lesen Sie einmal den Beitrag von Herrn Paqué. Der liebt Sie auch nicht, aber der Beitrag ist trotzdem wissenschaftlich begründet.

(Herr Rahmig, SPD: Der ist Wahlkämpfer!)

Was die Qualifikationsstruktur betrifft, will ich nur Folgendes sagen - ich bin in der Tat nicht mehr dazu gekommen, dies auszuführen -: Was mich im Ergebnis der Kommissionsarbeit beunruhigt hat, ist der Umstand, dass zwischen der Humankapitalausstattung und der empfindlichen Unternehmerlücke, die wir im Lande haben, ein Zusammenhang besteht. Dies heißt im Sinne zukunftsfähiger Konzepte, dass wir die Unternehmerlücke nicht allein mit plakatierten Aufforderungen „Macht euch selbständig!“ schließen können, sondern dass dies über entsprechende innovative Ansätze laufen muss. Herr Professor Pohl ist also nicht der einzige Autor, auf den ich mich hierbei bezogen habe.

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Dr. Bergner. - Bevor wir in der Rednerfolge fortfahren, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule „Am Salzigen See“ aus Röblingen. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im ganzen Hause)

Die Debatte wird von der Abgeordneten Frau Wiechmann für die FDVP fortgesetzt.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Bericht der politischen Enquetekommission würden wir wie folgt qualifizieren: Außer Spesen nichts gewesen, jedenfalls nicht viel. Die Spesen hat Herr Oleikiewitz schon deutlich genannt: 95 000 DM hat uns der ganze Spaß gekostet, und das Ergebnis ist eher mager, auch wenn von Herrn Oleikiewitz und von den Kollegen der Fraktionen von SPD und PDS noch so viele Worte darum gemacht werden.

Aber woran liegt das? An den Menschen hier liegt es nicht; denn Sachsen-Anhalt hat hoch motivierte und gut ausgebildete Menschen, eine sehr gute geografische Lage - ich habe das schon mehrfach gesagt -, Traditionen in den wichtigsten Industriezweigen und müsste Spitzenreiter im Hinblick auf die Beschäftigungsquote sein. Leider ist es das aber nicht. Die wirtschaftliche Lage der neuen Bundesländer ist insgesamt nicht berauschend, aber in Sachsen-Anhalt ist sie katastrophal.

Die Ursache für die alle Rekorde sprengende Arbeitslosigkeit liegt nicht bei den Bürgern von Sachsen-Anhalt, sondern sie liegt, ganz einfach und deutlich gesagt, in dieser unfähigen Landesregierung. Wie verfahren die Situation im Lande bereits ist, wird durch die mangelhafte Zusammenarbeit Länder übergreifender Regionen bewiesen, mit denen Sachsen-Anhalt nicht einmal ernsthaft konkurrieren bzw. überhaupt kooperieren kann.

Wenn in Sachsen-Anhalt - das ist das Hauptbestreben - bei politischen Entscheidungen derzeit nicht Investitionen und wirtschaftliches Wachstum Priorität besitzen, sondern altehasbe und abgewirtschaftete sozialpolitische Verteilungsregularien dominieren, dann, meine Damen und Herren, ist Ausweglosigkeit vorprogrammiert.

Da die Wirtschaft anerkanntermaßen größtenteils Psychologie ist, werden die Ablehnung und die Vorbehalte gegenüber dem Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt verheerende Langzeitwirkungen hervorrufen.

Der Zustand der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist besonders kritisch. Sie kann sich ohne staatliche Fördermittel nicht bedarfsgerecht entwickeln, obwohl das Potenzial für die Entwicklung insgesamt vorhanden ist.

Im Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern ist der Strukturwandel in Sachsen-Anhalt eher als negativ zu bezeichnen. Die Auswirkungen des anhaltenden ungewöhnlichen Abbaus von Arbeitsplätzen verursachen im Vergleich zu den anderen Bundesländern auch die höchste Arbeitslosigkeit.

Die große Arbeitslosigkeit ist auch Hauptursache für die überdurchschnittlich hohe Rate der Abwanderung der Bevölkerung aus dem Lande. Auch diesbezüglich ist gar nichts schönzureden. Herr Dr. Bergner hat das auch gesagt. Meine Redezeit ist etwas kürzer als seine. Zugleich ist die große Arbeitslosigkeit auch eine Ursache für den Wohnungsleerstand im Land Sachsen-Anhalt.

Die angespannte Arbeitsmarktlage im Land führt ferner zu einer großen sozialen Bedürftigkeit und sie fördert auch unmittelbar oder mittelbar eine verdeckte, aber auch eine offene Armut. Die soziale Schere klafft also weiter auseinander und Änderungen sind nicht in Sicht. Das hat auch der Bericht der Enquetekommission gezeigt.

Der Bericht „Zukunftsfähige Entwicklung des Sozialstaates und soziale Gerechtigkeit“ beschäftigt sich zwar umfassend mit der Nachhaltigkeit der Sozialpolitik des Landes Sachsen-Anhalt, allerdings unter Ausschluss der Familien und der Frauen. Auch bleibt der demografische Wandel insgesamt außer Betracht. Die vorgelegte so genannte Nachhaltigkeitsstrategie schreibt offenkundig die familienbehindernde Politik des Landes Sachsen-Anhalt weiter fort.

Für das Land Sachsen-Anhalt ist dies, bedingt durch Geburtenrückgang und Abwanderung, eine willkommene Gelegenheit, durch weitere Einsparungen zum Beispiel im Sozial- und im Bildungsbereich den Landeshaushalt auf Kosten von Ehe und Familie zu sanieren.

Bekanntlich werden die Aussagen zur Bildungspolitik insgesamt innerhalb und außerhalb des Landes widersprüchlich aufgenommen. Bildungspolitische parlamentarische Debatten erschöpfen sich in der Reichweite von tagespolitischen Entscheidungen und gleichen mehr einer Lobpreisung der jeweils herrschenden Parteilichkeit oder sie verenden sozusagen in uferlosen Betrachtungen visionärer Zeiträume, die für ein durchschnittliches Menschenleben eigentlich unerreichbar bleiben.

Dietrich Schwanitz formulierte das zutreffend: „Die Schulen sind fast vollständig zur Beute politischer Parteien geworden.“

Meine Damen und Herren! Das ist das Dilemma von Bildung und Bildungspolitik: Die berufliche Ausbildung in Sachsen-Anhalt wird durch die allgemeine wirtschaft-

liche Situation geprägt. Die Situation im Land wird sich durch Abwanderung und Geburtenrückgang noch weiter verschärfen, weil ein kontinuierlicher Wechsel der Generationen im Arbeitsleben nicht mehr möglich sein wird. Der Erfahrungsschatz der frühzeitig aus dem Berufsleben ausscheidenden Menschen geht verloren, die Übergabe des beruflichen so genannten Staffelstabes findet unzureichend statt.

Der Bericht „Zukunftsfähige Entwicklung der Kultur“ analysiert insgesamt die vorhandenen Gegebenheiten, zeigt Schwachstellen auf und benennt zugleich Schwerpunkte und Maßnahmen für künftige Entwicklungen. Wegen der beschränkten materiellen Möglichkeiten des Landes, die man sich selber geschaffen hat, erscheint die Umsetzung der unterbreiteten Vorschläge jedoch sehr problematisch. Es gilt auch hier europäische Maßstäbe anzulegen und zugleich eine globale Betrachtung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Finanzielle Zuführung ist vonnöten und darf ein bestimmtes Minimum nicht unterschreiten. Ansonsten bleibt Sachsen-Anhalt auch auf dem kulturpolitischen Gebiet Träger der roten Laterne.

Unsere FDVP-Fraktion, meine Damen und Herren, hat entgegen Ihren Aussagen, Herr Oleikiewitz, umfangreiche und ausgezeichnete Zuarbeiten geleistet, auch zu dem Bericht der Enquetekommission, die Sie aber vermutlich nicht einmal gelesen haben, geschweige denn dass sie Eingang in den Abschlussbericht gefunden hätten.

(Herr Oleikiewitz, SPD: Was? Das ist eine Lüge, Frau Wiechmann! Unglaublich!)

Stattdessen, meine Damen und Herren, versinkt unser Land dank der SPD im Spendensumpf und in Korruptionsskandalen. Ich kann nur noch einmal betonen: Das können wir nicht zulassen. Wir müssen dafür sorgen, dass solche Skandale in Zukunft nicht passieren. Das ist wichtig für die Zukunft dieses Landes, für die Zukunft Deutschlands und auch Sachsen-Anhalts. Dort muss man ansetzen und solche Skandale müssen bekämpft werden. - Danke schön.

(Zustimmung von Herrn Mertens, FDVP, und von Herrn Wiechmann, FDVP)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Frau Kollegin Wiechmann. - Für die PDS hat der Abgeordnete Herr Dr. Köck das Wort.

Herr Dr. Köck (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie die Pressemitteilungen und auch die bisherige Diskussion zeigen, sind eigentlich alle, die mit der Enquetekommission befasst waren, mit den Ergebnissen unzufrieden. Ich glaube, jeder sollte analysieren, welchen Anteil er daran hat, dass diese Unzufriedenheit bestehen muss.

Bereits bei der Einsetzungsdebatte hat die CDU-Fraktion Vorbehalte geäußert. Sie mündeten in eine kontraproduktive Haltung, die es unmöglich machte, sich tatsächlich vom kleinlichen Streit der Tagespolitik zu befreien.

(Herr Schomburg, CDU: Na, na, na!)

Ganz im Gegenteil, ein Hauch von Wahlkampfatmosphäre durchwehte vom ersten Tage an die Sitzungen der Enquetekommission. Herr Bergner, Sie haben gezeigt,

dass Ihre Voreingenommenheit bis zur letzten Sekunde angehalten hat.

Die PDS-Fraktion hat bei der Einsetzungsdebatte unmissverständlich deutlich gemacht, dass wir die Zukunftsfähigkeit nicht auf den Umweltbereich reduziert sehen. Von uns erging die Aufforderung an die anderen Fraktionen, neben den Umweltpolitikern und den Verkehrsexperten auch kompetente Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitiker in die neue Kommission zu entsenden.

Von uns - diesbezüglich ist uns die SPD-Fraktion entgegengekommen und hat gesagt, dass sie es genauso machen will - sind die umweltpolitischen Gesichtspunkte gegenüber den ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten ausdrücklich sehr, sehr weit zurückgestellt worden. Wirklich erst in der letzten Sitzung haben wir uns im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Ergebnisse der Enquetekommission der vergangenen Wahlperiode noch einmal den umweltpolitischen Themen gewidmet.

Der von Herrn Professor Spotka vor drei Jahren zitierte Ausspruch „Eine Kommission ist eine Sackgasse, in die gute Ideen hineingelockt und dann in Ruhe erdrosselt werden“,

(Heiterkeit bei der CDU)

war fürwahr der Leitspruch der CDU-Fraktion.

Da die Initiative für die erneute Einsetzung einer Enquetekommission von der SPD-Fraktion ausging und damals von der Landesregierung durch eine sehr bemerkenswerte Rede von Frau Ministerin Dr. Kuppe begleitet wurde, war die PDS-Fraktion eigentlich ausgesprochen optimistisch, am Ende zumindest die Grundzüge eines Leitbildes, die Ziele und Kriterien eines zukunftsfähigen Sachsen-Anhalts vorlegen zu können.

Auch bei den von der SPD entsandten Mitgliedern war die Absicht und das Engagement vorhanden, sich den Zukunftsfragen zu stellen. Die Sorge, dass die sich abzeichnenden Defizite und noch nicht erfüllten Ansprüche an eine zukunftsfähige Entwicklung - es ist eigentlich natürlich, dass immer wieder solche Widersprüche auftreten - der Politik der Landesregierung angelastet werden könnten, hemmte dann aber zunehmend auch den größeren Teil der Mitglieder der Enquetekommission aus den Reihen der SPD.

War nun die Arbeit der Enquetekommission umsonst? - Keinesfalls. Auf der Habenseite steht zumindest für uns, die Kommissionsmitglieder der PDS-Fraktion, eine umfassende wissenschaftliche Analyse des erreichten Ausgangs- oder Durchgangsstadiums Sachsen-Anhalts auf dem Wege zu einer zukunftsfähigen Entwicklung.

Ich möchte nun noch auf einige Dinge eingehen, die Herr Dr. Bergner gesagt hat. In dem Aufriss der Probleme, die Sie herausgegriffen haben, zeigt sich auch ein selektives Vorgehen, aber nicht das, was die Zeit erfordert, nämlich die Nachhaltigkeit als die vierte Säule einer Pyramide gemeinsam mit dem Dreieck aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem zu begreifen.

Sie haben die wirtschaftliche Seite herausgegriffen. Die wirtschaftliche Seite ist natürlich für die menschliche Gesellschaft eine entscheidende Seite. Aber ein Wirtschaften im Sinne einer bäuerlichen Wirtschaft, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit als konservativ mit einem negativen Vorzeichen zu versehen, ist wohl doch der Zeit nicht angemessen;

(Herr Dr. Sobetzko, CDU: Wo leben Sie denn?)

denn nur wenn es gelingt, die Wurzeln der menschlichen Gesellschaft, die Umwelt, zu erhalten, können wir letztendlich auf Dauer wirtschaftlich tätig sein.

Dieses konservative Prinzip, zunächst einmal die einfache Reproduktion zu sichern, ist auch das Prinzip jedes Wirtschaftsunternehmens: erst einmal die Zone der schwarzen Zahlen erreichen; denn auf Dauer rote Zahlen gehen auf die Substanz und führen unweigerlich zur Insolvenz. Insofern sind doch die Ziele vollkommen identisch.

Dass unser Land eine unzureichende wirtschaftliche Basis aufweist, ist unstrittig. Wir haben uns nicht umsonst als Kommission auf die Nachhaltigkeitskriterien der Wirtschaftsexperten und Wirtschaftsminister der Länder geeinigt. Es gab einen Dissens in dem Punkt, ob ein wirtschaftliches Wachstum ein quantitatives Wachstum sein muss und wie lange das die Erde überhaupt aushält; denn das Entscheidende ist doch, dass wir zu einem qualitativen Wachstum kommen müssen, das heißt also, mit weniger Einsatz von Ressourcen mehr zu produzieren.

Die Entwicklung der Wirtschaft der ehemaligen DDR zeigt doch - das ist auch ein Bild für die heutigen Wirtschaftsunternehmen -: Das, was heute bei der Umweltvorsorge eingespart wird, muss die nächste Generation schwer bezahlen. Wir stecken Millionensummen in die Sanierung der Altlasten des Braunkohlebergbaus. Wir stecken Millionensummen in die Sanierung von Abwasseranlagen und Abwassersystemen, um unsere Gewässer zu entlasten. Das wäre alles nicht unserer Generation überlassen, wenn es damals, zur rechten Zeit, gemacht worden wäre.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Es ist die Nachhaltigkeit des Wirtschaftssystems gefragt und nicht das Wirtschaftssystem als solches!)

- Ja, aber dieses Wirtschaftssystem, Herr Dr. Bergner, macht leider auf einer anderen Stufe auch nichts anders. Das, was früher im Kleinen passierte, passiert jetzt auf der globalen Ebene. Die Probleme der Globalisierung haben Sie überhaupt nicht reflektiert.

Wir befinden uns als Land Sachsen-Anhalt nicht im luftleeren Raum. Das, was jetzt an Arbeitsteilung und an Geldflüssen im globalen Bereich stattfindet, entzieht sich unserer Einflussphäre. Wir sind in vielen Dingen abhängig. Liberalisierung und ungezügelter Marktwirtschaft bewirken das Gleiche, weil sie sozial und ökologisch blind sind. Hier muss in entsprechendem Maße eingegriffen werden.

Eine Wachstumspolitik - das zeigt auch die Siedlungspolitik - kann auf die Dauer nicht quantitativ weitergehen, weil die Probleme sich letztendlich nur verschärfen. Gerade in der Siedlungsentwicklung zeigt sich doch, dass wir mit den Flächen, die wir jetzt als Menschen nutzen, umgehen müssen, dass wir auf diesen Flächen zum Flächenrecycling kommen müssen. Es geht auf Dauer nicht so weiter, pro Jahr über 300 ha Boden neu zu versiegeln. Es kann nur eine begrenzte Zeit so gehen. Wir müssen jetzt schon daran denken, unsere Förderinstrumentarien daran auszurichten, schon einmal benutzte Flächen erneut in die Nutzung zu nehmen. Das gilt gleichermaßen für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens.

Wir bekennen uns auch dazu - daraus haben wir keinen Hehl gemacht und das stand unisono in der Enquete-

kommission -, dass zu einer nachhaltigen Entwicklung auch eine nachhaltige Finanzsituation des Landes gehört. Über die Frage, auf welchen Wegen man dort hinkommt, gab es unterschiedliche Ansichten. Aber letztendlich muss es doch so sein, dass einem die Schulden nicht über den Kopf wachsen.

Zum Humankapital: Natürlich haben Sie vollkommen Recht, das Humankapital ist das Pfund, mit dem Sachsen-Anhalt wuchern kann. Aber gleichermaßen muss die Aufforderung auch an die Wirtschaft gehen. Attraktive Löhne stellen Angebote für die jungen Leute zum Hierbleiben dar. Für Hochschulkader müssen auch entsprechende Arbeitsplätze vorhanden sein.

Machen wir uns nichts vor, wir haben die Wirtschaft, insbesondere die Chemiewirtschaft, mit großen Summen gefördert und sind froh, dass wir den jetzigen Stand erreicht haben. Aber wenn wir uns die Produktpalette anschauen, dann sind es doch wieder zum großen Teil Produkte der Grundstoffindustrie. Die Forschung findet weiterhin in den Konzernzentralen statt. Das ist das Manko, das uns belastet. Von den großen Unternehmen müssen Vorleistungen und - rückwirkend - auch Gegenleistungen erbracht werden, müssen sukzessive Forschungskapazitäten bei uns aufgebaut werden; denn was nützt die beste Hochschulforschung, wenn sie keinen Partner in der Praxis findet? Nur mit kleinen Unternehmen ist das auf Dauer nicht machbar.

Was Sie vollkommen außen vor gelassen haben, Herr Dr. Bergner, - das ist eigentlich das C im Namen Ihrer Partei - ist der soziale Bereich.

(Zuruf von Herrn Dr. Bergner, CDU)

Die Scheren, die hierbei klaffen, sind schon genannt worden. Ich will sie nur aufzählen: die Schere zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich, zwischen Oben und Unten, zwischen bezahlbarer und nicht bezahlbarer Gesundheit, zwischen Altersvorsorge und keiner Altersvorsorge. Diese Probleme lassen sich letztendlich nur lösen, wenn die Arbeit gerecht verteilt wird und wenn Steuern von allen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit gezahlt werden, um nur ein paar Probleme anzureißen; ich kann das hier nicht weiter vertiefen.

Die PDS Sachsen-Anhalts und die PDS-Fraktion sehen sich durch die Arbeit der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ in ihren Bemühungen gestärkt, jede politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidung unter den Vorbehalt ihrer Nachhaltigkeit zu stellen. Das heißt, die Auswirkungen auf und die Beschränkungen von Entscheidungsmöglichkeiten der zukünftigen Generationen sind zu berücksichtigen. Unserer Meinung nach gilt es, dieses so genannte magische Dreieck aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem ständig zu beachten und um eine vierte Dimension, die des Kulturellen im weitesten Sinne, bildhaft zu einer magischen Pyramide der Nachhaltigkeit zu erweitern.

Der Problematik der Nachhaltigkeit haben sich alle Bereiche der Gesellschaft, alle Politikbereiche und Ministerien des Landes mit gleicher Ernsthaftigkeit zu stellen. Nachhaltigkeit ist schon längst nicht mehr nur eine Domäne des Umweltressorts. Die Koordinierung aller Landesaktivitäten und eine spezielle Nachhaltigkeitsprüfung aller Kabinettsentscheidungen sollte zukünftig in der Staatskanzlei erfolgen.

Nach dem Vorbild der Bundesregierung und der Landesregierungen Nordrhein-Westfalens oder Mecklenburg-

Vorpommerns sollte ein Rat für Zukunftsfähigkeit als beratendes Gremium der Landesregierung berufen werden. Dieser Rat für Zukunftsfähigkeit, Herr Dr. Bergner, könnte genau das Gremium sein, das den wissenschaftlichen Disput führt, zu dem wir als Abgeordnete zugegebenermaßen nicht in der Breite in der Lage waren. Es soll kein Gremium von Experten geschaffen werden, das die Politik bestimmt, sondern ein beratendes Gremium. Dieser Rat für Zukunftsfähigkeit könnte die dringend notwendige Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie vorbereiten und Akzente setzen.

Was auch wichtig ist - das war auch das Manko der jetzigen Enquetekommission -: Die Öffentlichkeit war an der Arbeit der Enquetekommission praktisch nicht beteiligt. Auch die Medien zeigten keinerlei oder nur äußerst geringes Interesse. Selbst unsere Abschlusskonferenz und die damit verbundene Eröffnung der Ausstellung „Agenda 21“ hat in den Medien praktisch keine Reflektion gefunden.

Das Nachdenken über die Erfordernisse der Nachhaltigkeit und ihre Berücksichtigung bei jedweder Entscheidung ist weder ein Privileg noch eine Aufgabe der Politik allein. Diesen Fragen haben sich Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen, Kultur, Parteien, Vereine und Bürgerinitiativen sowie letztlich jeder Einzelne gleichermaßen zu stellen.

Als Handlungsmaxime können die für viele Politikfelder bereits vorliegenden Nachhaltigkeitsleitbilder dienen. Ihr Vorhandensein belegt, dass wir nicht beim Punkt null beginnen. Bundesweit beispielhaft sind im Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt umfängliche allgemeine und einzelfachliche Nachhaltigkeitsgrundsätze formuliert.

An dieser Stelle möchte ich eine Kritik anbringen, die wir bisher vermieden haben. Da sich die Legislaturperiode dem Ende zuneigt, erinnere ich daran, dass vor einem Dreivierteljahr ein Antrag der PDS-Fraktion abgelehnt worden ist, der begehrte, einen Landesentwicklungsbericht vorzulegen, der die Fragen des Vollzugs der Nachhaltigkeitskriterien und -grundsätze prüfen sollte. Damals wurde hier im Parlament gesagt, Ende des vergangenen Jahres werde dieser Landesentwicklungsbericht vorliegen. Ich hätte ihn sehr gern in die Arbeit der Enquetekommission einbezogen; er liegt aber noch immer nicht vor.

Wir als PDS-Fraktion sehen langfristig keine vernünftige Alternative zu einer den Prinzipien der Nachhaltigkeit verpflichteten Wirtschafts- und Lebensweise, in deren Rahmen die ökonomischen, ökologischen und sozialen Belange in Einklang gebracht werden müssen.

Wir sind uns dessen bewusst, dass insbesondere zur Überwindung sozialer Verwerfungen und zur Ausrichtung der Wirtschaft auf einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad in den nächsten Jahren ein beträchtliches quantitatives Wirtschaftswachstum erforderlich sein wird. Das schließt durchaus auch Verkehrsstrassen ein, Herr Dr. Daehre. Dieses quantitative Wirtschaftswachstum unterliegt jedoch der Notwendigkeit, in absehbarer Zeit - diese Zeitspanne kann mit 15 bis 20 Jahren bemessen werden - in ein qualitatives Wachstum einzumünden.

Die notwendige wirtschaftliche Entwicklung muss zunehmend vom Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch, vom Verkehrswachstum und von Umweltbelastungen entkoppelt werden. Wie ich bereits betonte, schließen wir in diese Forderung die Haushaltspolitik

ausdrücklich ein. Sachsen-Anhalt muss deshalb insbesondere wissenschafts- und innovationsintensive Branchen entwickeln, um für den Übergang zum qualitativen Wachstum gerüstet zu sein.

Die in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens erforderlichen Umorientierungsprozesse werden sich allerdings nicht spontan gestalten, sondern bedürfen einer staatlichen Moderation und teilweise auch der Regulierung. Sie können darüber hinaus nur unter aktiver demokratischer Mitwirkung vieler Bereiche der Gesellschaft erreicht werden.

Sachsen-Anhalt war im Kreis der Bundesländer mit seiner Landesagenda 21 einmal Spitzenreiter im Hinblick auf die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien. Mittlerweile sind wir auf diesem Gebiet deutlich zurückgeblieben. Während auf europäischer Ebene eine Nachhaltigkeitsstrategie formuliert wird und Gleiches auf Bundesebene begonnen wird, sind wir ins Hintertreffen geraten. Wir sind der Meinung, dass sich der Landtag der vierten Wahlperiode dieser Aufgabe unverzüglich stellen muss.

Abschließend möchte ich mich im Namen der Mitglieder der Enquetekommission, die der PDS-Fraktion angehören, bei der Landtagsverwaltung bedanken, namentlich bei Herrn Vogt vom GBD und bei Herrn Schäfer, dem Ausschussassistenten, die es unter erschwerten materiellen Bedingungen ermöglicht haben, doch noch zu einem Ergebnis zu kommen.

Während der zeitweilige Ausschuss „Funktional- und Verwaltungsreform/Kommunale Gebietsreform“ sofort einen hochrangigen Wissenschaftler zur Seite gestellt bekam, wurde der in unserem damaligen Redebeitrag geäußerten Bitte, einen wissenschaftlichen Mitarbeiter einbeziehen zu können, der uns die Arbeit abnimmt, nicht entsprochen. Das haben andere Enquetekommissionen übrigens anders gemacht. Wir sind uns dessen bewusst, dass das Land Sachsen-Anhalt nicht die Kraft hat, sich wie beispielsweise Baden-Württemberg eine Akademie zu leisten, die solche Fragen bearbeitet, wengleich das natürlich schön wäre.

Wir sollten die Vorschläge, die die Enquetekommission, auch unter diesen erschwerten Bedingungen, vor allem von den Experten übernommen hat, ernst nehmen. Sie richten sich nicht nur an die Landesregierung, sondern auch an uns, an das Parlament. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Dr. Köck. - Die DVU hat auf einen Redebeitrag verzichtet. Für die SPD-Fraktion spricht Herr Dr. Fikentscher.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat:

„Ich will die Zustände nicht dramatisieren, aber nach den Informationen, die mir als Generalsekretär der Vereinten Nationen zugehen, haben nach meiner Schätzung die Mitglieder dieses Gremiums noch etwa ein Jahrzehnt zur Verfügung, um ihre alten Streitigkeiten zu vergessen und eine weltweite Zusammenarbeit zu beginnen,

um das Wettrüsten zu stoppen, den menschlichen Lebensraum zu verbessern, die Bevölkerungsexplosion niedrig zu halten und den notwendigen Impuls zur Entwicklung zu geben.

Wenn eine solche weltweite Partnerschaft innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht zustande kommt, so werden - fürchte ich - die erwähnten Probleme derartige Ausmaße erreicht haben, dass ihre Bewältigung menschliche Fähigkeiten übersteigt.“

Das sagte der birmanische Politiker U Thant, damals Generalsekretär der Vereinten Nationen - wer kennt ihn heute noch? -, im Jahr 1969. Das Zitat ist dem berühmten Buch „Die Grenzen des Wachstums“ vorangestellt, dem ersten Bericht an den Club of Rome zur Lage der Menschheit, erschienen im Jahr 1972.

Von diesem Buch war ich, wie die meisten anderen damals auch, tief beeindruckt. Wir erwarteten die globale Katastrophe, die unsere Kinder auf jeden Fall erleben und unsere Enkelkinder vermutlich nicht mehr überleben würden. Seither ist nicht nur das eine Jahrzehnt, von dem U Thant sprach, vergangen, sondern zwei weitere. Inzwischen wissen wir, warum es nicht so kam, obgleich die beschriebenen Gefahren von Dauer sind.

Der zweite Bericht an den Club of Rome erschien im Jahr 1974 und ist überschrieben mit „Menschheit am Wendepunkt“. Dieser ging nicht mehr von einem einheitlichen Weltmodell aus, sondern von einem Mehr-Ebenen-Modell.

Als ich dieses Buch vor einem Vierteljahrhundert las, wurde mir wie vielen anderen klar, dass diese Betrachtungsänderung nicht der letzte Schritt gewesen sein kann. Wie wir inzwischen erlebt haben, werden immer mehr Ebenen in die Betrachtung einbezogen, bis wir bei den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und Verträglichkeit des Wachstums auf unzähligen lokalen Ebenen angelangt sind.

Inzwischen haben wir uns dem Grundgedanken der Philosophie Karl Poppers weiter angenähert, der ein bescheidenes Denken in Teilwahrheiten fordert, die immer wieder überprüft werden müssen. Wenn man diese Teilbereiche erreicht hat, dann ist die Forderung zum lokalen Handeln auf der Grundlage globalen Denkens tatsächlich millionenfach zu stellen, hoffentlich immer häufiger zu erfüllen, aber auch ebenso oft wieder infrage zu stellen.

All das wussten und wissen die Mitglieder der Enquetekommission natürlich auch - das hoffe ich jedenfalls; Herr Dr. Bergner bestreitet das in gewisser Weise - und nahmen damit eine außerordentlich schwierige Aufgabe und Arbeit auf sich. Die Arbeit einer Enquetekommission unterscheidet sich ohnehin grundsätzlich von der einer üblichen parlamentarischen Entscheidungsfindung.

Üblicherweise geht es uns darum, heute zu entscheiden, was morgen gilt und übermorgen wirkt. Die Enquetekommission bereitet vor, was morgen näher bedacht werden soll, übermorgen beschlossen werden wird und folglich erst in näherer oder fernerer Zukunft wirken kann. Damit sind unsere Wünsche und Hoffnungen recht weit in die Ferne gerückt, in eine Zukunft, die wir nicht kennen und von der wir allenfalls bestimmte Umriss ahnen. Dennoch beschäftigen wir uns ständig damit - im persönlichen, familiären und beruflichen Bereich, im Großen wie im Kleinen.

Wir kommen ohne einen versuchten Blick in die Zukunft offensichtlich nicht aus. Das ist die Grundlage aller Planungen; darauf kann man nicht verzichten. Aber auch das ist nichts Neues. Friedrich Rückert drückte das bereits vor etwa 150 Jahren in einem kleinen Vers so aus:

„Am Abend wird man klug für den vergangenen Tag, doch niemals klug genug für den, der kommen mag.“

Meine Damen und Herren! Es ist mutig, sich in Kenntnis all dessen eine Arbeit wie die der Enquetekommission mit der Überschrift „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ vorzunehmen. Der Mut zu dieser Arbeit muss noch höher bewertet werden, wenn man sich den Einsetzungsbeschluss genauer anschaut.

Ein sehr hoch gestecktes Ziel wurde verfolgt. Ein Leitbild sollte erstellt werden und es sollten Ziele formuliert werden. Theoretisch lässt sich dagegen nichts vorbringen. Das Ziel muss man früher kennen als die Wege. Neben den Kriterien sollten jedoch auch Indikatoren für die Messbarkeit einer zukunftsfähigen Entwicklung in Sachsen-Anhalt festgelegt werden, die Rahmenbedingungen waren zu beschreiben und - das macht den eigentlichen Wert der parlamentarischen Arbeit aus - es sollten auftragsgemäß Handlungsschritte aus den gewonnenen Erkenntnissen abgeleitet, Potenziale ermittelt, Instrumente überprüft, Vorschläge unterbreitet, Schlussfolgerungen gezogen und Konsequenzen abgeleitet werden. Viel umfassender und anspruchsvoller kann man den Auftrag an eine Enquetekommission vermutlich nicht fassen.

An diesem hohen Anspruch setzte auch die Kritik der CDU-Fraktion an. Herr Kollege Spotka wertete die Arbeit der vorangegangenen Enquetekommission aus und schloss daraus, dass auch die nächste Kommission nur einen sehr geringen Ertrag bringen würde. Eine Mehrheit sah das anders. Heute liegt uns das Ergebnis vor, und wir debattieren darüber, wie der Ertrag zu bewerten ist.

Meine Damen und Herren! Die Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ legte ihre Arbeit in einem sehr umfangreichen Bericht dar. Beim Lesen, insbesondere beim Lesen der Handlungsempfehlungen und der Vorschläge der Kommission, fiel mir auf, dass darin vieles steht, was bereits bekannt ist, und vieles, an dessen Umsetzung bereits gearbeitet wird.

Mir persönlich kommt fast alles darin Aufgegriffene bekannt vor. Das ist auch kein Wunder, enthält der Bericht doch wesentliche Grundzüge sozialdemokratischer Programmatik und Politik. Deswegen haben wir auch keine Schwierigkeit damit, diesem Bericht zuzustimmen.

Die von uns vertretene ökologisch-soziale Marktwirtschaft bedeutet nichts anderes, als dass unser klassisches Gerechtigkeitsideal übertragen wurde von der Gerechtigkeit zwischen den jetzt lebenden Menschen auf die Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Herr Kollege Bergner, Sie sagten vorhin, Nachhaltigkeit sei ein konservatives Prinzip. Das trifft für die bäuerliche Wirtschaft zu; aber als das für die bäuerliche Wirtschaft noch durchgängig zutraf, gab es noch keine konservativen Parteien.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD - Herr Dr. Bergner, CDU, und Herr Dr. Daehre, CDU, heben die Schultern)

Als die konservativen Parteien aufkamen, begann genau das, was nichts mehr mit Nachhaltigkeit zu tun hat. Das stand nämlich im Zusammenhang mit der Industrialisierung. Damals haben alle über ihre Verhältnisse gelebt und die Natur ausgebeutet, koste es, was es wolle. Die Folgen dessen erleben wir jetzt.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Da hat aber der Sozialismus Raubbau in diesem Land betrieben! Der war nicht gerade konservativ!)

- Das hat sich dort natürlich fortgesetzt und ist noch schlimmer gewesen. Aber ich verteidige jetzt nicht den Sozialismus, Herr Kollege Bergner.

(Zustimmung bei der SPD - Unruhe bei der CDU - Herr Dr. Bergner, CDU: Da bin ich manchmal nicht so sicher! - Herr Gallert, PDS, lacht)

Meine Damen und Herren! In der Gesamtbetrachtung bedeutet dies nicht nur, dass in der jetzt lebenden Generation nicht ein Teil der Menschheit auf Kosten der anderen leben darf; vielmehr darf die gesamte Generation nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben.

Der Philosoph Hans Jonas hat das jenseits von allen Parteiprogrammen in einem Grundsatz, den er als neuen Imperativ bezeichnet, so formuliert:

„Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen nicht zerstörerisch sind für die künftige Möglichkeit echten menschlichen Lebens auf Erden.“

Das ist der philosophische Grundsatz für die ganze Nachhaltigkeitsdebatte. Kaum jemand wagt es, diesem Grundsatz theoretisch zu widersprechen. Beim Handeln sieht es freilich ganz anders aus.

Ähnlich wird es wohl auch mit den Schlussfolgerungen sein, die aus dem Kommissionsbericht zu ziehen sind. Könnte man alle Ratschläge, die darin stehen, gleichzeitig befolgen und umsetzen und bezahlen, so würde das Land zweifellos unvergleichlich aufblühen. Aber ich füge hinzu: Wie im übrigen Leben ist es auch hierbei leichter, einen Rat zu geben als einen Rat zu befolgen. Es ist leichter, zu sagen, wie die Welt in zehn Jahren aussehen sollte, als zu entscheiden, was heute zu tun ist.

Aber die Kommission bietet nicht radikale Lösungen an, sondern sie verlangt eine Politik mit Augenmaß - und das ist richtig -, eine Politik, die grundsätzlich in allen Fragen nicht eindimensionale, sondern mehrdimensionale Betrachtungen voraussetzt.

Eine kritische Bewertung des Berichts muss jedoch zunächst - das will ich dann auch tun - von dem Beschluss des Landtages vom 11. März 1999 ausgehen. Es ist zu fragen, was in diesen drei Jahren gemessen an dem Auftrag geleistet wurde und welcher Nutzen daraus gezogen werden kann. Spätestens an dieser Frage scheiden sich die Geister. Wurde der Auftrag erfüllt? Waren die Erwartungen zu hoch? War die Aufgabenstellung so problembeladen, dass sie gar nicht voll erfüllt werden konnte? Hat die Kommission gemessen daran gute oder schlechte Arbeit geleistet?

Ich sage ganz klar: Es ist fleißig gearbeitet worden. Die Kommission hat viele Ideen zusammengetragen. Sie legt eine Sammlung von zahlreichen Anregungen vor und darin besteht der Hauptnutzen des Berichts. Der Auftrag in seiner Gesamtheit konnte offensichtlich nicht erfüllt werden. Dazu reichte weder die Zeit noch die Kraft noch das Geld.

Dies betrifft insbesondere Punkt 1. Eine vierdimensionale Sicht, zu der noch die örtliche, die regionale und die überregionale Betrachtung hinzukommen, zu einem geschlossenen Leitbild mit formulierten Zielen zu verdichten, das war offenbar nicht möglich. Ebenso konnte es nicht gelingen, Indikatoren für die Messbarkeit einer zukunftsfähigen Entwicklung festzulegen.

Den größten Umfang des Berichts nehmen die Beiträge der Sachverständigen ein. Sie sind eine Fundgrube von Daten, Fakten und Meinungen und als Lektüre allen Interessierten besonders zu empfehlen.

Kernstück für die Abgeordneten, für den Landtag und die Landesregierung sind die zwölf Seiten, auf denen die Handlungsempfehlungen und Vorschläge der Kommission zusammengefasst werden. 70 Punkte in elf Kapiteln geben Anlass zu vielen weiteren Fragen, insbesondere wenn man die Querverbindungen zwischen den einzelnen Empfehlungen herzustellen versucht. Darin liegen die Hauptprobleme bei der Umsetzung der Ratschläge.

Wichtig ist, dass das zentrale Problem unseres Landes zuerst angesprochen wird. Das ist die demografische Entwicklung. Sie wird vermutlich zu den größten Verwerfungen führen, die wir kennen. Darüber ist im Landtag bereits eingehend diskutiert worden. Das ist für uns nichts Neues. Es muss aber immer wieder in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Hoffnung, dass der Bevölkerungsrückgang nennenswert aufgehalten werden kann, wird von der Kommission nicht verbreitet. Realistischerweise wird dann auf das hingewiesen, worauf man sich infolgedessen rechtzeitig einstellen muss. Es gibt, um es an dieser Stelle gleich vorweg zu sagen, in diesem wie in anderen Kapiteln Punkte, die so allgemein gehalten sind, dass man damit praktisch nichts anfangen kann.

Wenn unter Punkt 9 ausgeführt wird, dass es die Kommission für notwendig hält, Voraussetzungen dafür zu gestalten, dass auch für niedrig qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten in dem erforderlichen Umfang erschlossen werden, dann hilft uns das nicht viel, und zwar auch dann nicht, wenn der Kritik entgegengehalten werden sollte: Wir wollten wenigstens einmal darauf hinweisen. Eines solchen Hinweises hätte es wohl kaum bedurft.

Ein weiterer Widerspruch fällt im Hinblick auf das Geld ins Auge. Während unter Punkt 10 sehr realistisch davon ausgegangen wird, dass sich die öffentlichen Haushalte mittelfristig nicht positiv verändern werden, also mit einer Verknappung zu rechnen ist, und außerdem im Kapitel „Zukunftsfähige Finanzpolitik“ die Reduzierung der Nettoneuverschuldung gefordert wird, wird dann der Vorschlag unterbreitet, die finanzielle Situation des Landes und der Kommunen durch eine weitere Ausgestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu verbessern. Dies stellt letztlich jedoch keine geldschöpfende Maßnahme dar. Der Finanzierungsvorbehalt steht also im Raum und muss bei allen weiteren Punkten auch gelten.

Bei der Einschätzung der zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung wird der offene Konflikt innerhalb der Enquetekommission klar dargelegt. Die einen sagen, wirtschaftlicher Erfolg sei die zentrale Grundlage für die Erreichung ökologischer und sozialer Ziele, während die anderen der Auffassung sind, dass übermäßiger Ressourcenverbrauch und mangelnder sozialer Ausgleich auch die Wirtschaftsentwicklung dauerhaft hemmen werden.

Dann folgt jedoch eine Kompromissformel. Diese lautet: In der besonderen Situation des Landes Sachsen-Anhalt sei für einige Zeit ein quantitatives Wirtschaftswachstum erforderlich. Wie das wiederum mit dem Grundsatz „Global denken und lokal handeln“ in Übereinstimmung zu bringen ist, lässt sich sicherlich erklären. Wenn jedoch überall auf dieser Welt solche Ausnahmetatbestände geltend gemacht werden, ist das Prinzip dennoch infrage gestellt.

Im wirtschaftspolitischen Teil erkenne ich nichts, was zumindest in den Ansätzen und in den Zielvorstellungen anders gewünscht wird, als es die Landesregierung bereits umsetzt oder anstrebt.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das ist wohl wahr!)

- Danke, Herr Bergner. - Eine deutliche und verständliche Aufforderung an die Landesregierung ergeht unter Punkt 16, indem das Image eines Standortes und der hohe Stellenwert der so genannten weichen Standortfaktoren bei der Entscheidung über eine Ansiedlung besonders hervorgehoben werden und ein Standortmarketingkonzept des Landes gefordert wird. Ich weiß sehr wohl, dass die Landesregierung bereits daran arbeitet.

Das gilt auch für die Ratschläge hinsichtlich des Wohnungsleerstandes. Mithilfe des Stadtumbauprogramms Ost sind inzwischen die entscheidenden Schritte eingeleitet worden.

Im Hinblick auf die Bereiche Landwirtschaft, Siedlungs-, Verkehrs- und Regionalentwicklung sowie Umweltpolitik wird deutlich, dass die Enquetekommission eine Vorläuferin hatte, die sich speziell auf diese Fragen konzentriert hatte. Leider wird es nicht leicht sein, die mit den Ratschlägen, Wünschen und Forderungen verbundenen Kosten mittel- oder kurzfristig zu schätzen oder aufzubringen. Ähnliches gilt erwartungsgemäß für den Komplex „Entwicklung des Sozialstaates und soziale Gerechtigkeit“.

Im Gesundheitsbereich taucht wieder die Frage der demografischen Entwicklung auf. Bemerkenswert finde ich die Forderung der Kommission nach einer stärkeren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungen auf kommunaler und auf Landesebene, um das bürgerschaftliche Engagement zu fördern und einzubinden. Zugleich wird allerdings auch - das erscheint mir wichtig - die Frage nach dem Zusammenhang von Entscheidungskompetenz und Finanzverantwortung deutlich und auch erwogen. Das ist eine sehr realistische Sichtweise, die nicht die Gefahr in sich birgt, über das Ziel hinauszuschießen.

Die SPD hat sich schon bei der Erarbeitung der Landesverfassung für eine Stärkung plebiszitärer Elemente eingesetzt. Das unterscheidet uns übrigens von der CDU, die Derartiges vor allem dann gut findet, wenn sie glaubt, es helfe ihr politisch.

Bildung und Wissenschaft werden künftig ein entscheidender Faktor für die Sozialisation sowie für den beruflichen und wirtschaftlichen Erfolg eines Menschen sein. Das ist unstrittig. Die Kommission fordert eine Neuausrichtung der Bildung, mehr Chancengerechtigkeit und die Umsetzung des Prinzips des lebenslangen Lernens.

Das kennen wir bereits aus anderen Berichten und Kommissionen. Diese Forderungen sind also nicht neu. Ich bin jedoch der Ansicht, dass sie immer wieder neu gestellt, formuliert und vorgebracht werden müssen, weil sie sich noch nicht allgemein durchgesetzt haben.

Leider sind alle Vorschläge außerordentlich kostenträchtig und leider kann ich unter den 70 Vorschlägen nicht einen erkennen, der Hinweise darauf gibt, wie außer durch Personaleinsparung in anderen Bereichen Kosten gespart werden können.

Die Entwicklung der Kultur in unserem Land nimmt mit sieben Punkten einen vergleichsweise großen Raum in dem Bericht ein. Ich hoffe sehr, dass künftige Landtage eingedenk der dort vorgestellten Wünsche und Ziele wenigstens das Prinzip, 1 % der Mittel des Landeshaushalts für Kultur auszugeben, beibehalten werden.

Meine Damen und Herren! Während die Enquetekommission der vergangenen Legislaturperiode mit der Forderung schloss, eine weitere Enquetekommission einzusetzen, weil sie sich der Unzulänglichkeit ihrer Bemühungen bewusst war, wird nunmehr unter Punkt 70 - das ist die letzte Empfehlung - die Bildung eines Rates für Zukunftsfähigkeit empfohlen, der in der vierten Wahlperiode seine Tätigkeit aufnehmen soll.

Es wäre schon viel geholfen, wenn der Bericht der Enquetekommission von möglichst vielen, zumindest von den Abgeordneten der vierten Legislaturperiode, gelesen und diskutiert werden würde. Vielleicht wäre dann der gesamte Landtag ein Rat für Zukunftsfähigkeit. Das wäre das Ideal.

Meine Damen und Herren! Bemerkenswert sind die abweichenden Meinungen von Mitgliedern der Kommission unter Abschnitt 5. Unter Punkt 5.1 - Stellungnahme der Mitglieder der Enquetekommission, die der Fraktion der CDU angehören - ist lediglich der Vermerk ausgebracht worden: „Wird gesondert veröffentlicht“. Man hätte auch schreiben können: „Hier wäre Ihr Plakat gewesen.“ Am gestrigen Nachmittag ist uns dann doch noch eine Stellungnahme der CDU-Fraktion auf den Tisch geflattert. Wir hatten auch genügend Zeit, darin zu lesen. Kollege Bergner ist heute bereits darauf eingegangen. Dazu noch einige Bemerkungen.

Kurz zusammengefasst stellen Sie fest: Die Regierung war der Arbeit gegenüber gleichgültig.

(Herr Dr. Sobetzko, CDU: Stimmt doch! - Herr Dr. Bergner, CDU: Das stimmt!)

Sie haben sich eigentlich auch noch als Psychoanalytiker bewährt;

(Herr Bischoff, SPD, lacht)

denn sie haben festgestellt, dass ein unbewusstes Leitbild der Landesregierung existiere. Von diesem weiß die Landesregierung gar nicht; aber Sie haben das im Unterbewussten - nach Freuds Methode - ausgegraben.

(Zuruf von Herrn Dr. Bergner, CDU)

Das ist natürlich eine besondere Leistung.

Zweiter Punkt. Sie sagen, die Kommissionsmitglieder seien im Grunde überfordert gewesen.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Das stimmt auch!)

Das Land sei fast ohne Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. - Vielleicht verlassen Sie deswegen die Landespolitik, um Ihre eigene Nachhaltigkeit zu erreichen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD - Zustimmung von Ministerpräsident Herrn Dr. Höppner und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Die Skepsis der CDU sei bestätigt worden. Das ist der andere Punkt.

Dann zeigen Sie noch zwei mögliche Wege aus der Misere auf: Das Wirtschaftswachstum muss vorankommen und Wissenschaft und Forschung sowie Bildung müssen unterstützt werden.

(Zuruf von Herrn Kühn, SPD)

Das alles ist richtig, aber es stellt den Zusammenhang mit allen anderen Formen dieses Lebens in der Wirtschaft nicht her. Das will aber gerade das Prinzip der Nachhaltigkeit, und das, Herr Kollege Bergner, haben Sie offenbar immer noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Bergner, CDU: Sie waren doch nie in der Kommission! Wie kommen Sie zu solchen Urteilen? Ich wundere mich überhaupt, dass Sie reden!)

- Ich habe den sehr dicken Bericht gelesen und ich habe so viele Meinungen und Berichte darüber gehört, Herr Kollege Bergner.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Sie hätten mal Herrn Siegert reden lassen können, was er zu sagen hat! - Ah! bei der SPD)

Ich muss eines noch sagen: Als große christliche Partei, die auch der Bewahrung der Schöpfung verbunden ist, hätten Sie unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit ein klein wenig mehr einbringen können.

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Bergner, CDU: Also, ich lasse mich durch Sie nicht fehlinterpretieren!)

So weit zu dem, was die CDU zusätzlich eingebracht hat.

Das ist bei der Stellungnahme der Fraktion der PDS ganz anders. Sie hat versucht, das vermisste Leitbild aufzuzeigen. Beim Lesen dieses Textes meinte ich zunächst, eine weitere Staatsutopie vor mir zu haben, wie wir sie seit der Antike kennen. Keine konnte verwirklicht werden. Mich jedenfalls ängstigen bereits die Versuche dazu, weil wir schlechte Erfahrungen damit gemacht haben.

(Zustimmung von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Das ist wohl auch der Hauptgrund, warum meine Fraktion diesen - im Einzelnen noch so wünschenswerten - Zielvorstellungen nicht zustimmen konnte und wollte.

Demnach ist ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt wie folgt gekennzeichnet: Die Wirtschaftsweise und die Verbrauchergewohnheiten - die Gewohnheiten! - werden entsprechend dem Ziel der Nachhaltigkeit gestaltet. Es geht auch um Lebensstile, die zu entwickeln sind, um die Ausrichtung der Forschung, um Arbeitsplatzangebote mit höchsten Ansprüchen und vieles andere, von dem jeder wissen muss, dass es so nicht geht und dass so etwas staatlicherseits nicht zu organisieren ist.

Meine Damen und Herren! Ein solches Land wird niemand von uns und niemand von unseren Nachkommen erleben. Es käme einem Idealstaat sehr nahe, es setzt allerdings auch den idealen, den vollkommenen neuen Menschen voraus. Wenn all das Kennzeichen für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt wäre, dann müsste man zu dem Schluss kommen, dass es ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt in diesem Sinne nie geben wird und auch nie geben sollte.

Aber, meine Damen und Herren von der PDS, ich habe für Sie - allerdings ganz am Schluss - auch noch ein tröstendes Zitat bereit.

(Frau Bull, PDS: Das ist ja nett! - Zuruf von Frau Krause, PDS)

Es wird dann in einem weiteren Abschnitt dieses zusätzlichen Berichtsteils hinzugefügt, dass wir natürlich ein Teil des föderalen Systems seien und nur begrenzte Spielräume hätten. Dennoch wird die Illusion verfolgt - ich halte es jedenfalls für eine Illusion -, dass die Handlungsspielräume, wenn wir sie voll ausschöpfen würden, einen Druck von unten auf die entwickelten Industrieländer ausüben könnten. Die erforderliche Einsicht in die Notwendigkeit müsse letztlich bei jedem einzelnen Einwohner des Landes so weit wachsen, dass diese Veränderungen demokratisch von einer breiten Mehrheit getragen würden.

Hierbei fühle ich mich ein wenig an den entscheidenden Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus erinnert. Die Sozialdemokraten sagen: Der Mensch ist, wie er ist; die Verhältnisse müssen so eingerichtet werden, dass die Menschen trotz ihrer Unzulänglichkeiten gut miteinander auskommen und für sich und ihre Nachkommen ein erträgliches Leben organisieren können.

Die Kommunisten sind dagegen nach dem vermeintlich durchgängigen Grundsatz „Das Sein bestimmt das Bewusstsein“ davon ausgegangen, ihr Ideal so weit zu treiben, dass es letztlich nur mit einem anderen Menschen zu verwirklichen wäre. Das alles, meine Damen und Herren, geht uns als Wunschvorstellung zu weit, obwohl die einzelnen Wünsche und Forderungen wie von selbst immer wiederkehren.

Meine Damen und Herren! Die entscheidende Frage bei der Bewertung der Ergebnisse der Enquetekommission schließt sich daran an: Was ist zu tun und wer sollte etwas tun? Es ist gut, Ziele und Hoffnungen zu formulieren, aber in der Politik werden wir daran gemessen, welche Antworten wir geben und welche Vorschläge wir zur Problemlösung machen. Wünsche kann jeder äußern, Zukunftsbilder entwerfen auch; aber wir müssen versuchen, uns ihnen anzunähern. Das bedeutet, sie auf ihre Realisierbarkeit hin zu überprüfen, ehe wir diesen Versuch unternehmen. Daraufhin sind die Vorschläge kritisch abzuklopfen, um festzustellen, ob sie gehaltvoll oder ob sie hohl sind.

Zunächst muss man allerdings darauf hinweisen, dass während der dreijährigen Beratungszeit viele Forderungen zu Recht bereits in Bundes- oder Landesprogramme bzw. in europäische Programme eingeflossen sind. Dennoch sollte man sich Punkt für Punkt fragen, welche der Empfehlungen umgesetzt werden können und welche lediglich fromme Wünsche sind. Letztere sollte man davon abtrennen.

Meine Damen und Herren! Die Tätigkeit der Enquetekommission war weder der Beginn noch der Abschluss, sondern vielmehr ein wichtiger Teil der Diskussion über Zukunftsfragen. Ein Bericht löst keine Probleme, lenkt jedoch die Aufmerksamkeit darauf und schafft Ansätze für Maßnahmen zur Problemlösung. In diesem Sinne stimmen wir nicht nur zu, sondern begrüßen den Bericht ausdrücklich. Wir werden immer in einem Widerspruch stehen, weil es uns nie gelingen kann, alle widerstrebenden Interessen miteinander in Ausgleich zu bringen.

Ich möchte diese beiden Gesichtspunkte, einerseits die Warnung vor einer starken Hinwendung zu Idealen, andererseits die Begründung ihrer Notwendigkeit, abschließend durch zwei gänzlich verschiedene Zitate unterstützen. Bei Macchiavelli lesen wir:

„Zwischen dem Leben, so wie es ist, und dem Leben, so wie es sein sollte, besteht ein so großer Unterschied, dass derjenige, der nicht beachtet, was geschieht, sondern nur das, was geschehen sollte, viel eher für seinen Ruin als für seine Erhaltung sorgt.“

Das ist eine Wahrung an die Träumer. Dagegen sagt Hans Jonas:

„Der Seefahrer kommt nicht bei dem Sternbild an, nach dem er navigiert. Gleichwohl wäre seine Fahrt ohne diese Orientierung unmöglich.“

Das ist eine Ermutung für Menschen mit Idealen.

Meine Damen und Herren! Nehmen wir den Bericht der Enquetekommission als Orientierung, die uns hilft, die beiden Forderungen - global denken und lokal handeln -, soweit es in unseren Kräften steht und unsere Kräfte es uns erlauben, in Übereinstimmung zu bringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Fikentscher. - Für die Landesregierung hat jetzt das Wort der Ministerpräsident Dr. Höppner.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst - vielleicht mag das den einen oder anderen verwundern, aber ich sage das wirklich ehrlichen Herzens -, den Mitgliedern der Enquetekommission für ihre intensive Arbeit zu danken. Ich glaube, es ist eine wertvolle Arbeit gewesen, die sich gelohnt hat.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Krause, PDS, und von der Regierungsbank)

Wenn man bedenkt, wie die Situation heute ist im Hinblick auf Zukunftsprognosen und auch im Hinblick auf die Versuche vorzuschauen, wo die Entwicklung hingeht, dann war es wirklich eine enorme Herausforderung, der sich die Enquetekommission gestellt hat. Das Ergebnis kann sich auch durchaus sehen lassen.

Der Kollege Fikentscher hat dankenswerterweise darauf hingewiesen, seit wann wir diese Themen diskutieren, und hat auf die beiden Berichte an den Club of Rome hingewiesen. Das waren Zeiten, in denen wir uns in der öffentlichen Debatte noch getraut haben, Prognosen über einen Zeitraum von 30 Jahren anzustellen. Damals wurden Szenarien bis zum Jahr 2000 gezeichnet. Ich stelle fest, dass wir uns heute in einer Welt bewegen, in der sich kaum jemand noch traut, Prognosen für die nächsten 30 Jahre aufzustellen. Wer sagt denn, wie Deutschland im Jahre 2030 aussieht? Trotzdem ist es erforderlich, in dieser Richtung zu suchen.

Das Bild von dem Sternenfahrer, glaube ich, ist sehr eindrücklich. Ich kann das auch nur unterstützen und sagen: Jawohl, uns wird dieses Thema weiter begleiten

müssen. Nun mag man über die Empfehlung der Enquetekommission im Hinblick auf einen solchen Beirat oder ein solches Fachgremium unterschiedlicher Meinung sein. Ich kann nur sagen: Uns in der Landesregierung haben diese längerfristigen Trends und die Frage, was müssen wir heute tun, damit wir diesen längerfristigen Trendentwicklungen, diesen Visionen, tatsächlich näher kommen, immer beschäftigt.

Nun will ich aber auch eine kleine kritische Bemerkung einfügen: Es ist gelegentlich so, dass eine Landesregierung, wenn sie entscheiden muss, schon ein bisschen konkretere Visionen haben muss als die, die an der einen oder andere Stelle in der Enquetekommission aufgezeigt worden sind.

Herr Kollege Bergner, wenn Sie denken, dass es sich um unbewusste Leitbilder handelt - - Ich vermute, was Sie mit unbewussten Leitbildern meinen, sind nur die Papptigger, die Sie aufbauen, um gegen die Landesregierung schießen zu können.

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Bergner, CDU: Das sind mindestens genau solche Pappfiguren!)

Wir haben sehr bewusste Leitbilder und haben daraus auch Konsequenzen gezogen. Ich komme im Verlauf meiner Rede noch darauf zurück.

Das Problem, vor dem wir praktisch stehen, lässt sich am besten an einem Arbeitstag von mir deutlich machen. Ich bin morgens in Dessau gewesen. Dort haben wir eines der Meisterhäuser eingeweiht. Das ist kulturelles Erbe und das ist ein Aspekt von Nachhaltigkeit, auf den wir nicht verzichten dürfen. Da gibt es etwas, was wir für unsere Kinder und Enkel zu bewahren haben. Darum geht es doch immer, um die Perspektiven unserer Kinder und Enkel.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun will ich den ökologischen Aspekt einfach einmal dadurch hineinbringen, dass das in einem Biosphärenreservat in dieser Gegend geschieht. Das zu erhalten ist auch Nachhaltigkeit der Entwicklung und darauf kann nicht verzichtet werden.

Ich bin anschließend in Köthen gewesen und dort haben wir uns einer Behindertenwerkstatt gewidmet. Wir haben den Grundstein für ein neues Gebäude gelegt. An dieser Stelle will ich ganz eindeutig sagen, dass es auch eine Frage der Zukunftsfähigkeit des Landes ist, wie wir die Bindungswirkung in der Gesellschaft erhalten können und wie wir für den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit für den sozialen Ausgleich sorgen können.

Ich bin dann in einem hochmodernen Unternehmen gewesen, das sich in Wolfen angesiedelt hat, in dem Solarzellen hergestellt werden. Dabei kann ich nur sagen: Dort gibt es Innovation, die sind am Puls der Zeit, dort gibt es eine wirtschaftliche Entwicklung, die wirklich Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschaften legt.

Wenn ich zufälligerweise sage, eine Solarfabrik, geht es auch gleich noch darum, wie wir in Zukunft eine Energieerzeugung betreiben können, die die Umwelt nicht so schädigt, wie wir das in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, und nicht den CO₂-Ausstoß produziert, an dem wir - wenn es so weitergeht - ersticken werden oder - wenn man den Treibhauseffekt mit hinzuzieht - unter dem wir dann sozusagen schwitzen werden und unsere Überlebensfähigkeit eingrenzen.

Meine Damen und Herren! Das ist das Thema. Es geht darum, dass wir die Starken in diesem Prozess, die in

die Richtung der Zukunftsfähigkeit vorangehen, stärken, dass wir aber die Schwachen dabei nicht vergessen, dass wir so viel Kreativität aufbringen, dass wir auch den Herausforderungen, die wir heute noch nicht sehen, morgen gewachsen sind.

Meine Damen und Herren! Es ist kritisiert worden, dass die Landesregierung sich vielleicht nicht so sehr mit eigenen Vorstellungen eingebracht hat. Ich sage Ihnen ganz eindeutig: Hätten wir das getan, wären wir dem Vorwurf ausgesetzt gewesen, die Landesregierung bevormunde die Enquetekommission.

(Herr Bischoff, SPD: Das glaube ich auch!)

Es ist nicht der Sinn einer Enquetekommission, dass sich die Landesregierung darin produziert. Das ist ein Uranliegen des Parlamentes.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Parlamentskommission, die ihrerseits eigenständig arbeitet, die, was das Material anbetrifft, natürlich von der Landesregierung begleitet wird, die aber nachher einer Landesregierung entsprechende Empfehlungen gibt. Dabei redet man nicht vorher hinein. Das wäre so, als würde ich ein Gutachten in Auftrag geben und dem Gutachter sagen, was er dort hineinschreiben soll. Das machen wir nicht, und wer das jetzt so interpretiert, als wären wir an dieser Arbeit nicht interessiert, der hat das Wesen einer Enquetekommission nicht begriffen. Das muss ich einmal ganz klar und eindeutig sagen.

(Zustimmung bei der SPD und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Natürlich stimmt die Landesregierung mit wesentlichen Aussagen dieses Berichts der Enquetekommission überein. Wir sind dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet, und es ist mehrfach gesagt worden, dass alle vier Teile - der wirtschaftliche, der ökologische, der soziale und der kulturelle - dazu gehören. Übrigens ist diese vierte Dimension sehr unterbelichtet worden. Ich habe eine Zwischenbemerkung gehört, als ich auf dieses Thema eingegangen bin.

Spätestens seit dem 11. September 2001 sollte man wissen, dass das Thema der Kultur, der kulturellen Traditionen und der Religion ein wichtiger Faktor für die Überlebensfähigkeit dieser Welt ist. Wer das vernachlässigt, der kann auch auf diese Art und Weise die Welt und ihre Zusammenhänge zerstören. Ich bitte darum, dies zu berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Natürlich ist es so, dass es bei der Frage der Nachhaltigkeit - dieser etwas altertümliche Begriff ist im Grunde genommen die Zukunftsfähigkeit; für manche ist er durch den modernen ersetzt worden - eigentlich darum geht, was wir durchhalten können, welche die Linien sind, die man auch in zehn, in 15 Jahren noch vertreten kann und die damit unseren Kindern und Enkeln tatsächlich eine Zukunft sichern.

An der Stelle stört mich nun eines in der Diskussion, das ich auch einmal ganz deutlich erwähnen muss: Wir befinden uns in einer sich global entwickelnden Welt. Wir reden ständig über die Globalisierung und wir wissen inzwischen, dass auch die Krisen - ob sie nun in Afrika oder in Amerika stattfinden oder ob es Bankenzusammenbrüche in Fernost sind - unmittelbar unsere Ent-

wicklung beeinflussen, und das unter Umständen viel gravierender, als wir das durch irgendwelche wirtschaftspolitischen oder sozialpolitischen Entscheidungen im eigenen Land Sachsen-Anhalt tun können.

Wenn ich mir ansehe, wie provinziell zum Teil die Diskussion über die Zukunftsfähigkeit von Sachsen-Anhalt geführt wird, wie begrenzt auf dieses Land die Diskussion erfolgt, ohne dass man die übergreifende Einbettung wirklich wahrnimmt, dann finde ich das schon abenteuerlich und dann hat das übrigens mit Zukunftsvisionen nicht besonders viel zu tun, sondern dann ist das eher ein Vorwand, um weiterhin Schwarzmalerei zu betreiben.

Herr Bergner, eines muss ich dazu noch sagen: Wenn ich erklären sollte, was eine Selbstgerechtigkeitspose ist, dann wäre es das Einfachste für mich, auf Ihre Art, hier an diesem Rednerpult zu reden, hinzuweisen.

(Zustimmung bei der SPD, von Herrn Gallert, PDS, und von der Regierungsbank)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das möchte ich dann auch ganz eindeutig sagen: Wer sich auf dieses Feld begibt, hat zu Selbstgerechtigkeit überhaupt keinen Anlass.

(Zuruf von Herrn Prof. Dr. Böhmer, CDU - Herr Dr. Daehre, CDU, lacht)

Die Diskrepanz zwischen dem, was wir derzeit tun, und dem, was wirklich notwendig wäre, um die Zukunftsfähigkeit herzustellen - übrigens überall in der Politik, insofern unterscheidet sich Sachsen-Anhalt nicht von anderen Ländern; das betrifft auch nicht nur die Politik, vielmehr macht die Wirtschaft in diesem Sinne auch Politik -, ist sehr groß. Die beiden Aspekte liegen oft weit auseinander. Wer das erkennt, muss eindeutig sagen: Zu Selbstgerechtigkeit gibt es bei niemandem Anlass. Einen Anlass gibt es zu schauen, wie diese Differenz zwischen dem, was notwendig wäre, und dem, was praktiziert wird, möglichst gering ausfällt. Hierbei nehme ich allerdings in Anspruch, dass wir uns diesem Thema immer wieder intensiv widmen und versuchen, hierbei zu optimalen Lösungen zu kommen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! An der Stelle möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen, der mich in der Diskussion auch beunruhigt. Wir haben es, wenn es um ökologische Probleme im weitesten Sinne des Wortes geht - das heißt, um nachhaltige Lösungen für die Entwicklung -, immer mit Gleichgewichtssituationen zu tun. Das heißt, es kommt immer darauf an, dass die verschiedenen Faktoren in einem vernünftigen Gleichgewicht sind. Wer da ein Kriterium hervorhebt und sagt, wenn das läuft, dann laufen automatisch alle anderen Angelegenheiten auch, der hat schon den Grundgedanken dessen, was nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, nicht verstanden.

Das heißt mit anderen Worten, wer denkt, wenn die Wirtschaft brummt, dann werden auch die ökologischen Rahmenbedingungen stimmen, dann wird auch das Soziale in Ordnung kommen und dann ist auch der Zusammenhalt in der Gesellschaft automatisch gewährleistet, der hat das Grundproblem des nachhaltigen Wirtschaftens nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Es geht tatsächlich um die Erhaltung von entsprechenden Gleichgewichtssituationen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einen Punkt zu dem Thema der Bevölkerungsentwicklung, das uns wirklich bewegt, sagen.

Vizepräsident Herr Remmers:

Herr Ministerpräsident, möchten Sie zwischendurch eine Frage beantworten?

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Nein. Ich möchte meine Ausführungen erst einmal zu einem Ende bringen. Am Ende gern.

Ich möchte gern noch etwas zu dem Thema der Bevölkerungsentwicklung sagen. Ich denke, dass auch an dieser Stelle vor Automatismen zu warnen ist.

Die rein statistische Feststellung, dass an einem Ort viele Menschen wohnen, ist noch kein Beweis dafür, dass es sich dabei um eine lebensfähige und entwicklungsfähige Region handelt. Das kann man schon ganz einfach daran erkennen, dass wir in der Welt viele Regionen haben, in denen die Probleme genau daraus resultieren, dass Ballungszentren entstehen, in denen die Bevölkerung kontinuierlich wächst und die Probleme nicht zu bewältigen sind.

Das heißt mit anderen Worten: Wenn man sich diesem Thema zuwendet, dann muss man schon schauen, was qualitativ geschieht, was beispielsweise dafür getan wird, dass die Bevölkerung eine Struktur hat, die langfristig lebensfähig ist.

In diesem Zusammenhang spielt für uns natürlich die Frage eine Rolle, welche Chancen Familien haben, sich zu entwickeln. An der Stelle ist tatsächlich ein wichtiger Punkt unsere Familienpolitik. Ich möchte das nicht unbedingt immer wieder, weil das sozusagen ein besonders erfolgreiches Thema ist, anschneiden. In diesem Fall muss ich es aber einmal sagen.

Die Frage, wie sich die Bevölkerung weiterentwickelt und ob das Ganze funktionieren kann, hat eben auch etwas damit zu tun, dass hier eine Familienpolitik betrieben wird, Kindergärten und Kinderkrippen vorhanden sind und dass entsprechende Entwicklungsperspektiven für die Familie dazu führen werden, dass dieses Land attraktiv ist. Auch das ist zukunftsfähig.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Dr. Eckert, PDS, von Herrn Gallert, PDS, und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Das hat dann auch etwas damit zu tun, dass Ausbildung und Qualifizierung insbesondere für junge Menschen hier tatsächlich angeboten werden. Die Tatsache, dass Sachsen-Anhalt seit Jahren das Land ist, in dem die meisten Ausbildungsplätze an junge Menschen vermittelt werden, hat etwas mit Zukunftsfähigkeit zu tun. Das heißt mit anderen Worten, dazu brauche ich keine großen Berichte. Das ist in diesem Land in Arbeit. Ich bin ganz sicher, das sich das auch langfristig auswirken wird.

In diesem Fall muss man auch ganz klar sagen, wenn wir über solche Probleme reden, dann darf man eben nicht nur kurzfristig denken. Mir nützt die Statistik von diesem und von dem nächsten Jahr nichts, wenn ich

darüber rede, wie es in 20 Jahren aussieht. Dann muss ich schon ein wenig weiter denken.

Es ist zweifelsfrei so, dass die Frage, welche Bildung und Ausbildung wir unseren jungen Menschen bieten, ein zentraler Punkt für die Zukunftsfähigkeit ist. Ich finde, an dieser Stelle können wir uns tatsächlich sehen lassen.

Wenn ich gesagt habe, es kommt darauf an zu schauen, wie die Altersstruktur ist und wie wir uns darauf vorbereiten - ein paar Entwicklungen sind auch absehbar -, dann denke ich, spielt bei der sozialen Infrastruktur auch die Frage eine Rolle, was für einen Lebensraum wir den älteren Menschen bieten.

Das darf auch nicht vergessen werden nach dem Motto: Wir reden über die nächsten 20 Jahre, dann sind die meisten älteren Menschen möglicherweise schon gestorben. Dazu gibt es makabere Sprüche. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich bin vielmehr der Meinung, dass die Frage der Zukunft älterer Menschen in der Gesellschaft gerade in unserer Zeit eine wesentliche Rolle spielt.

(Zustimmung bei der SPD und von Minister Herrn Dr. Heyer)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist nun gerade Sachsen-Anhalt ein Land, in dem das Konzept der integrativen Betreuung von alten Menschen, des Betreuens in dem Wohnumfeld, in dem sie noch sind, über altersgerechtes Wohnen bis hin zu der Pflegeeinrichtung, ein wirklich zukunftsfähiges Konzept ist.

Das heißt mit anderen Worten: Wir stellen uns schon jetzt auf die Entwicklungen ein, und zwar auch unter dem Gesichtspunkt, wie das in Zukunft bezahlbar ist. Jeder weiß, wenn wir das so weiter betreiben würden, wie wir es bisher in Deutschland betrieben haben, dann wäre das nicht mehr bezahlbar. Wir haben längst die Weichen in die andere Richtung gestellt. Ich kann mir nur wünschen, dass die Kommunen dieser Entwicklung auch in Zukunft Rechnung tragen.

Bei dem Thema der Zukunftsfähigkeit und bei dem Thema der Bevölkerungsentwicklung möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, bei dem ich mich bei der CDU-Fraktion wirklich frage, wie man so blind sein kann.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Vorsichtig!)

Wenn sich die Bevölkerung so entwickelt, wie es hier prognostiziert wird - Korrekturen wird es daran sicherlich geben -, dann kann ich überhaupt nicht verstehen, wie man entsprechenden Veränderungen der Gebietsstrukturen entgegenstehen kann. Dann steht man wirklich der Zukunftsfähigkeit dieses Landes entgegen.

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Bergner, CDU: Das ist unter diesem Gesichtspunkt überhaupt nicht berücksichtigt! - Zurufe von Herrn Dr. Daehre, CDU, und von Herrn Becker, CDU)

- Das ist doch auszurechnen. Ich sage jetzt einmal: Sie können meine Reden nachrecherchieren. Ich habe dies ganz bewusst immer als einen Grund für die Notwendigkeit der Kreisgebietsreform und der Gemeindegebietsreform mit genannt.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Die regionalen Auswirkungen sind überhaupt nicht prognostiziert!)

Ich habe ausdrücklich gesagt: Es geht nicht nur um die Frage, wer wann wo welche Aufgaben wahrnimmt. Das

ist vielmehr eine Frage der Zukunftsfähigkeit des Landes Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Insofern ist das alles unglaublich, was Sie im Hinblick auf drohende Szenarien in der Bevölkerungsentwicklung sagen. Sie tragen diesen Themen nicht einmal in den Punkten Rechnung, über die wir schon jetzt entscheiden müssen, geschweige denn in denen, über die wir in zehn oder 15 Jahren zu entscheiden haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Remmers:

Herr Ministerpräsident, es gibt eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Becker.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Ja, bitte.

Vizepräsident Herr Remmers:

Herr Becker, bitte.

Herr Becker (CDU):

Es wird nicht bestritten, dass Sie sich so geäußert haben, aber - das haben Sie vergessen hinzuzufügen - Sie haben mit uns gemeinsam im Jahr 1993 beschlossen, dass vor dieser Gebietsreform eine Verwaltungsreform kommt.

(Zustimmung bei der CDU)

Das haben Sie jetzt unterlassen zu sagen.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Herr Becker, ich möchte diese Schlachten jetzt nicht noch einmal führen, weil darüber schon häufig diskutiert worden ist. Ich sage es Ihnen jetzt aber einmal so: Ihr Szenarium, wie Sie sich das vorstellen, träumt davon, dass wir unendlich viel Zeit hätten. Wenn wir so handeln würden, dann hätten wir die Zeitpunkte, zu denen wir vernünftige Änderungen machen können, verschlafen. Wir verschlafen sie nicht. Schlafen Sie weiter.

(Zurufe von Herrn Becker, CDU, und von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will, weil dies eine große Rolle spielt, nunmehr zu dem Thema der kleiner werdenden Städte noch etwas sagen. In der Tat sind 20 % Wohnungsleerstand bedrückend. Ich will allerdings hinzufügen: Das ist genau der Wohnungsbestand, der in den letzten zehn bis zwölf Jahren aufgebaut worden ist. Dieser Wohnungsbestand ist jetzt, da die Bevölkerung eben nicht wächst und er auch wegen höherer Ansprüche nicht benötigt wird, ein Überhang.

Sie reden davon, dass der Abbruch eine Kapitalvernichtung wäre. Ich kann Ihnen nur sagen: Auch das ist Verschlafen. Die Kapitalvernichtung ist passiert, als mit üppiger Förderung zuviel Wohnraum entstanden ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Kapitalvernichtung ist das Thema von gestern. Heute sind wir dabei, die Fehlentwicklungen, die es dabei

gegeben hat, nicht noch teurer werden zu lassen, als sie ohnehin schon geworden sind.

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Das heißt mit anderen Worten: Tun Sie nicht so, als würden wir jetzt Kapitalvernichtung betreiben. Wir betreiben jetzt eine Sanierung. Die Kapitalvernichtung ist passiert, als die Überkapazitäten geschaffen wurden. Das ist wirtschaftlich recht einfach nachzuvollziehen.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Dr. Daehre, CDU: Ihr habt immer gesagt: Wir bauen! - Zuruf von Herrn Dr. Bergner, CDU)

Meine Damen und Herren! An dieser Stelle ist nun auch besonders eindrücklich nachzuvollziehen, dass es uns um eine nachhaltige Entwicklung geht. Es geht wirklich nicht nur um den Abriss, sondern es geht die Lösung einer Zukunftsaufgabe. Das Thema schrumpfender Städte werden wir nicht nur im Osten Deutschlands, sondern in Deutschland und in Europa bekommen.

(Herr Becker, CDU: Das stimmt!)

Die Tatsache, dass wir an dieser Stelle so konzeptionell vorangehen, wird die Zukunftsfähigkeit des Landes Sachsen-Anhalt stärken. Das wird es uns aber auch erlauben, Know-how, gewissermaßen unsere Erfahrungen, zu exportieren, wenn andere an dieser Stelle Probleme bekommen. Das, finde ich, ist auch ein guter Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft über Sachsen-Anhalt hinaus.

(Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Es wird immer wieder gesagt, uns fehlte ein Leitbild für die Wirtschaft. An dieser Stelle kann ich nur sagen: Wer das behauptet, nimmt offenbar nicht wahr, was in diesem Lande passiert. Wir haben intensive Branchendialoge. Ich greife hierzu einen Bereich heraus, bei dem es für jeden nachvollziehbar wird, ohne dass ich noch Fakten liefern muss.

Unser Leitbild im Hinblick auf die chemische Industrie ist so attraktiv, dass andere Länder sich diesem Branchendialog anschließen. Wir haben gute Chancen, dass diese Region - ich habe es gestern bereits gesagt - auch in Europa ein entsprechendes Zentrum wird.

Es ist übrigens unser Konzept auch für die weiteren Bereiche unserer Wirtschaft, Leitbilder zu entwickeln, meine Damen und Herren, weil es eine Illusion ist zu denken, man könnte mit ein paar Wissenschaftlern oder am grünen Tisch Leitbilder entwickeln und die Wirtschaft würde dann sofort nur diese Leitbilder umsetzen.

Wer wirklich attraktive, anziehende Leitbilder entwickeln will, kann das nur im Dialog mit der Wirtschaft tun. Darauf setzen wir. Ich sage Ihnen: Daraus werden attraktive Leitbilder Schritt für Schritt deutlicher in ihren Konturen erkennbar. Wir lassen uns durch die Unsicherheiten, die gelegentlich verstreut werden, nicht davon abbringen. Dieser Dialog wird fortgesetzt und Sachsen-Anhalt hat und wird auch weiterhin Konturen in dieser Hinsicht bekommen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Minister Herr Dr. Heyer und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Allerdings erlaube ich mir doch, den Bericht der Enquetekommission an einem Punkt etwas zu kritisieren. Ich habe mich zunächst darüber gefreut, dass wir Unter-

stützung für unsere Konsolidierungspolitik bekommen haben. Die Neuverschuldung muss zurückgeführt werden. Übrigens wird die Diskussion um die Investitionsquote, wenn wir keine Neuverschuldung mehr haben, ohnehin ein bisschen gegenstandsloser, weil es dann nicht mehr um verfassungsrechtliche Verschuldungsgrenzen geht. Vielmehr werden die Verschuldungsgrenzen dann durch ganz andere Rahmenbedingungen gezogen. Das empfand ich als eine gute Unterstützung.

Dann habe ich die anderen Kapitel gelesen, in denen Schwerpunktsetzungen gefordert werden. Das las sich wieder so, wie ich es aus allen Haushaltsberatungen kenne. Es gab die Wunschliste der Ressorts und den Deckel des Finanzministers. In diesem Punkte ist die Enquetekommission leider keinen Schritt über unsere jährliche Plage hinausgekommen. Ein bisschen mehr Schwerpunktsetzung wäre hilfreich gewesen.

Eine Schwerpunktsetzung allerdings ist andeutungsweise erkennbar. Die nehme ich gern als Rückenwind mit für das, was wir bisher gemacht haben. In den Bereichen Forschung, Entwicklung und Bildung - in den Themen, die man mit dem Begriff der Innovation umschreibt - einen Schwerpunkt zu setzen, und zwar unabhängig von der Frage, ob es in die formale Investitionsquote hineinpasst, halte ich für richtig. Das werden wir weiterhin machen. Den Rückenwind, den der Bericht der Enquetekommission uns bietet, nehmen wir gern auf. Ich bin mir ganz sicher, dass das Investitionen in die Zukunft sind, die sich auszahlen werden.

(Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)

Freilich - das kann ich überhaupt nicht bestreiten - ist damit auch ein Wermutstropfen verbunden, den Sachsen-Anhalt wie kein anderes Land in seiner Entwicklung bemerkt. Wir haben nicht nur den Umbruch von der, wie man so schön sagt, sozialistischen Planwirtschaft zur kapitalistischen Marktwirtschaft oder zur sozialen Marktwirtschaft hinter uns bringen müssen, sondern wir haben in den 90er-Jahren auch einen Technologiesprung erlebt, der dazu führt, dass mit wesentlich weniger Arbeitskräften wesentlich mehr produziert wird.

Die Arbeitsproduktivität ist nicht umsonst in Sachsen-Anhalt die höchste. Das heißt, wer auf solche Innovationen setzt, muss sich darüber im Klaren sein, dass wir damit den Bereich hochproduktiver Arbeit in besonderer Weise fördern. Damit bleibt uns die Frage, wie Arbeitsplätze in anderen Bereichen als in diesem rein produktiven Gebiet entstehen, weiterhin als eine Zukunftsaufgabe. Ich jedenfalls teile nicht den Glauben, dass die nächste Konjunkturerholung automatisch die Arbeitslosigkeit beseitigt.

Damit wird nur angedeutet, dass über die Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Welt über Sachsen-Anhalt hinaus noch viel gearbeitet werden müssen, ehe wir Perspektiven entdecken, die uns wirklich mit gutem Gewissen sagen lassen, dass wir den Globus als Ganzes für unsere Kinder und Enkel bewahren können. Darüber allerdings nachzudenken, daran zu arbeiten und dazu auch mit eigener Politik im Land beizutragen, nach dem Motto „Global denken - lokal handeln“, halte ich für lohnenswert. Daran hat sich die Enquetekommission beteiligt. Darum kam mein Dank für alle Beteiligten von Herzen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Herr Köck hat sich gemeldet!)

- Herr Dr. Köck, Sie haben noch zweieinhalb Minuten Redezeit. Aber Sie hätten zudem noch die Möglichkeit zu reden, nachdem die Landesregierung gesprochen hat.

Herr Dr. Köck (PDS):

Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, noch einmal zu reden. Aber ich möchte mich einmal persönlich an Herrn Fikentscher wenden. Sie sind der Vorsitzende der SPD-Fraktion. Ich nehme an, dass solch gewichtige Themen wie die Formulierung der Aufgaben einer Enquetekommission, die Entscheidung über die Einsetzung einer Enquetekommission mit dieser Tragweite über Ihren Tisch gegangen sind.

Ich bin im Nachhinein froh, dass dieser Vorschlag nicht von der PDS-Fraktion unterbreitet wurde, dass die SPD-Fraktion in dem Wettrennen damals schneller war als wir. Wir als Mitglieder der Enquetekommission haben jedenfalls versucht, unsere Fraktion auf dem Laufenden zu halten und in die Erarbeitung des Abschlussberichtes einzubeziehen.

Ihre heutige Rede, Herr Fikentscher, hätten Sie vor einem halben Jahr vor Ihrer Fraktion halten müssen. Ich denke, dann wäre es gelungen, aus diesem Nebeneinander und teilweise sogar aus diesen Widersprüchen, die der Herr Ministerpräsident eben zu Recht moniert hat, das tatsächlich fehlende verbindende Dach an Leitlinien und Zielen zu knüpfen, die dann die Widersprüche hätten berücksichtigen müssen.

Ihre Einschätzung gipfelte in dem kleinen Bonmot, vielleicht werde der Landtag der vierten Legislaturperiode ein Rat für Zukunftsfähigkeit sein. Haargenau das waren die Argumente, mit denen die CDU-Fraktion ihre Ablehnung der Enquetekommission begründet hatte. Wir sind ja alle so weise; wir brauchen keine Enquetekommission.

Zum Sondervotum der PDS. Unter Bezugnahme auf die Niederschrift über die 16. Sitzung der Enquetekommission verweise ich auf die Äußerungen der Ministerin Frau Dr. Kuppe, die erstaunlicherweise in vielen Bereichen deckungsgleich mit dem sind, was wir aufgeschrieben haben. Darin ist von ökologischen Leitplanken und Ähnlichem die Rede.

Vielleicht nehmen Sie sich noch einmal den Entwurf der Landesagenda 21 vor. Sie werden darin sehr viele Bereiche finden, die wir übernommen haben, weil das aus unserer Sicht schon sehr weitgehend war. Die Utopien sind also in Relation zu stellen.

Zum Abschluss möchte ich sagen: Druck von unten hat nichts mit einem Menschenbild zu tun, sondern mit dem Demokratieverständnis. Druck von unten erzeugen Bürgerinitiativen, plebiszitäre Elemente. Selbst die bevorstehenden Wahlen erzeugen, wie wir alle merken, beträchtlichen Druck.

(Herr Miksch, fraktionslos: Seit wann haben Sie ein Demokratieverständnis? Ich soll wohl mal lachen?)

Als Land haben wir im Konzert mit den anderen neuen Bundesländern in Sachen Förderpolitik erfolgreich Druck ausgeübt,

(Herr Miksch, fraktionslos: Seit wann hat die PDS Demokratieverständnis? - Unruhe)

etwa durch Bundesratsinitiativen. Dahin geht unsere Intention. - Recht herzlichen Dank.

(Beifall bei der PDS - Herr Miksch, fraktionslos: Kommen aus der bolschewistischen Ecke und reden über Demokratieverständnis! Da kommt einem die Galle hoch! - Unruhe)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Dr. Köck. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zum Abstimmungsverfahren.

(Herr Dr. Bergner, CDU, meldet sich zur Geschäftsordnung)

Herr Dr. Bergner (CDU):

Herr Präsident, können wir bitte über die Punkte 1 und 2 der Beschlussempfehlung getrennt abstimmen?

Vizepräsident Herr Remmers:

Ich denke, das müssen wir machen. - Die Enquete-Kommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Landtag nimmt gemäß Punkt 1 der Beschlussempfehlung den Abschlussbericht mit den vorgelegten Ergänzungen und Sondervoten zur Kenntnis.

Ich lasse über den Punkt 2 abstimmen. Der Punkt 2 der Beschlussempfehlung befasst sich mit den im Bericht enthaltenen 70 Handlungsempfehlungen. Wer diesen Handlungsempfehlungen - ich denke, über wir diese sollten wir insgesamt abstimmen - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einer großen Anzahl von Gegenstimmen sind diese mehrheitlich beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes. Im Namen des Landtages möchte ich den Mitgliedern sowie den Sachverständigen der Enquetekommission Dank für ihre engagierte Arbeit und den abschließenden umfangreichen Bericht, der uns vorliegt, aussprechen. Mit den Fragen der Zukunft - davon bin ich überzeugt - wird sich auch der nächste Landtag befassen müssen. - Der Tagesordnungspunkt 12 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Beratung

Jahresbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2000, Teil 1 - Denkschrift und Bemerkungen

Unterrichtung - **Drs. 3/4867**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen - **Drs. 3/5360**

Der Berichterstatter des Ausschusses ist der Abgeordnete Herr Dr. Keitel.

Herr Dr. Keitel, Berichterstatter des Ausschusses für Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Drs. 3/5360 vom 6. März 2002 liegt Ihnen die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Jahresbericht des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung im Haushaltsjahr 2000, Teil 1 - Denkschrift und Bemerkungen -, vor.

Der Finanzausschuss folgt darin einstimmig der Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses. Beide Ausschüsse hielten es in Übereinstimmung mit dem Landesrechnungshof für angebracht, die Arbeit des Ausschusses wegen des bevorstehenden Endes der dritten Legislaturperiode mit Teil 1 des Jahresberichts 2000 formal durch Beschlussfassung im Plenum abzuschließen und die Befassung mit Teil 2 - es handelt sich dabei um die Jahresabschlussrechnung 2000 der Landesregierung - im neu zu konstituierenden Rechnungsprüfungsausschuss der vierten Legislaturperiode vorzubereiten.

Meine Damen und Herren! Sie erkennen darin das Bestreben, die vom Landesrechnungshof untersuchten Themen zeitnah und ohne durch das Parlament und seine Ausschüsse zu verantwortende Verzögerungen noch in dieser Legislaturperiode abzuschließen. Dem dient und muss dienen eine weitere Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 25. März dieses Jahres, in der zum Teil aus dem Jahr 1999 stammende und im Wesentlichen vom Kultusministerium zu verantwortende Themen, einer mehr als inkonsequenten Bearbeitung in diesem Ministerium geschuldet, nachverhandelt werden müssen. Ich bin gehalten, darauf später unter Verwendung von Ausschussprotokollen einzugehen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich, wie in der Vergangenheit geschehen, wenige Schwerpunkte aus der Ihnen vorliegenden Beschlussempfehlung nennen. Unter dem Titel „Grundsatzbeitrag“ hat der Landesrechnungshof ein bisher kaum untersuchtes Thema, nämlich die Beteiligung des Landes an Unternehmen des privaten und des öffentlichen Rechts, in den Blickpunkt gerückt. Schwerpunkte sind die notwendige Transparenz, Überzahlungen der Landesregierung, die ökonomische Rechtfertigung von Beteiligungen des Landes und deren Alternativen. Die Landesregierung ist von einer zentralen Beteiligungsverwaltung zu deren dezentraler Organisation in den Fachministerien übergegangen, was wie im Fall des Hafens von Magdeburg im Einzelfall offensichtlich nicht ohne Probleme verläuft. Ich verweise auf den Vorgang in der letzten Sitzung des Finanzausschusses. Das war zum Teil schon denkwürdig.

Meine Damen und Herren! Unter der Überschrift „Denkschrift und Bemerkungen des Landesrechnungshofes“ sei beispielhaft Folgendes genannt:

Der Landesrechnungshof hat das Thema der Referatsorganisation in den Ministerien erneut kritisch angesprochen. Die zuständigen Parlamentsausschüsse weisen die Landesregierung auf die Durchsetzung deren eigener Geschäftsordnung hin.

Der Landesrechnungshof bemängelt ferner die fehlende Prägnanz der Aussagen der Landesregierung zu Personalausgaben in ausgegliederten Bereichen. Die zuständigen Ausschüsse - ich meine damit jeweils den Rechnungsprüfungs- und den Finanzausschuss - erwarten die Wahrung ihrer Informationsrechte gemäß der Lan-

deshaushaltsordnung im Zusammenhang mit diesem Sachverhalt.

Der Landesrechnungshof thematisiert nicht zum ersten Mal einzelne Aspekte des Finanzgebarens der Fraktionen. Zunächst verständigten sich die Parlamentsausschüsse darauf, bei zukünftigen Änderungen der einschlägigen Gesetze auf diese Hinweise zurückzugreifen. Ob das angesichts aktueller Fragen der Parteienfinanzierung das letzte Wort sein wird, möchte ich bezweifeln.

Zum Thema Polizeistrukturreform merkt der Landesrechnungshof kritisch an, dass man im Hinblick auf die Rückführung der Zahl der Stellen im Verwaltungsdienst im Rückstand ist. Um die für das Jahr 2010 angepeilte Polizeivollzugsdichte zu erreichen, werden erhöhte Anstrengungen notwendig sein.

Die Parlamentsausschüsse übernehmen diese Bewertung und stellen fest, dass die ausgewiesenen kw-Vermerke in der Polizeiverwaltung bis 2004 zu erfüllen sind.

Aus der Fülle der weiteren vom Landesrechnungshof kritisch beleuchteten Themen greife ich das der unzureichend koordinierten und ausgelasteten Fortbildungseinrichtungen der Landesregierung im Allgemeinen und des Ministeriums des Innern im Besonderen heraus. Als Konsequenz daraus ist im Rechnungsprüfungsausschuss bis zum 30. November 2002 über die notwendige Konzentration und Anpassung der Fortbildungskapazitäten zu berichten.

In Sachen Rundfunk beschreibt der Landesrechnungshof die nach seiner Ansicht unzureichenden Prüfungsmöglichkeiten in Beteiligungsgesellschaften des MDR. Er erhält dabei die Unterstützung der zuständigen Ausschüsse dergestalt, dass die Landesregierung aufgefordert wird, bei künftigen Änderungen des Rundfunkstaatsvertrages das Prüfungsrecht in den Beteiligungsunternehmen der Rundfunkanstalten festzuschreiben.

Der Landesrechnungshof stellt gravierende Mängel bei der Wahrnehmung verschiedener Maßnahmen der Sozialhilfe durch Landkreise und kreisfreie Städte als Träger der örtlichen Sozialhilfe fest, und die zuständigen Ausschüsse legen fest, dass die Landesregierung kurzfristig darlegen soll, wie sie im Rahmen ihrer Aufsichts- und Beratungspflicht zur Abhilfe beiträgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu diesen und anderen Themen wurden im Finanzausschuss hinsichtlich der Schlussfolgerungen und Konsequenzen einstimmige Beschlüsse gefasst. Ich empfehle Ihnen die Zustimmung zu der Beschlussempfehlung in der Drs. 3/5360.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rahmen der für den 25. März 2002 angesetzten Beratung des Rechnungsprüfungsausschusses stehen unter anderem zwei unerledigte Themen aus dem Haushaltsjahr 1999 an, und ich bin gehalten, über den Sachverhalt, für den das Kultusministerium zuständig ist, zu berichten.

Zunächst zu dem Thema Verordnung über Nebentätigkeit an Hochschulen. Nach mehrmaliger Verzögerung wurde entgegen der Festlegung, am 4. Februar 2002 im Rechnungsprüfungsausschuss eine entsprechende Verordnung vorzulegen, der Entwurf eines Runderlasses angeboten. Als Ursache dafür wurde von den anwesenden Mitarbeitern des Kultusministeriums Widerstand im Innenministerium genannt. Ich zitiere die Reaktion eines Abgeordneten des Rechnungsprüfungsaus-

schusses während der Sitzung am 4. Februar 2002, die für die Stimmung allgemein stand: Er, der Abgeordnete,

„sei insbesondere vor dem Hintergrund der erwähnten Widerstände seitens des Innenministeriums gegen eine klare Regelung der Meinung, dass der Unterausschuss seine Forderung an das Ministerium konsequent verfolgen solle. Im Übrigen schlage er vor, dem Finanzausschuss zu empfehlen, im Landtag darüber zu berichten und das Unverständnis gegenüber dem Vorgehen der Landesregierung zum Ausdruck zu bringen.“

So weit das Zitat aus dem Protokoll.

Ich bin diesem Wunsch nach Berichterstattung gefolgt. Ich hoffe, dass die Vorlage des Materials nunmehr bis zum 22. März dieses Jahres erfolgt und könnte mir die Anwesenheit der politischen Spitze des Ministeriums während der Behandlung dieses Punktes in dieser Beratung als besonders empfehlenswert vorstellen.

Meine Damen und Herren! Am 25. März 2002 wird der Rechnungsprüfungsausschuss einen abermaligen Versuch unternehmen, das Thema Baumaßnahmen der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg abschließend zu bewerten und zu entscheiden. Am 28. Juni 2001 hat die Frau Vorsitzende des Finanzausschusses in der Debatte zur Haushaltsrechnung 1999 ausführlich kritisch zu diesem Thema Stellung genommen. Mindestens sie wird sich daran erinnern. Es ist nachzulesen.

In der jüngsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses kamen wir zu dem ernüchternden Beschluss, uns am 25. März 2002 eine belastbare Zeittabelle über getroffene Entscheidungen vorlegen zu lassen. Die unmissverständliche Beschlussfassung des Ausschusses lautete - ich zitiere -:

„Der Rechnungsprüfungsausschuss bewertet die unzureichende Information des Kultusministeriums im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg als grobe Missachtung des Rechnungsprüfungsausschusses und seiner Mitglieder. Der Rechnungsprüfungsausschuss erwartet, dass ihm bis zum 22. März 2002 eine vollständige, lückenlose Darstellung des gesamten Vorgangs schriftlich vorgelegt wird.“

So weit dieses Zitat.

Meine Damen und Herren! Sie wollen aus dem zuletzt Dargelegten entnehmen, dass im Rechnungsprüfungsausschuss an der Sache orientiert konsequent verhandelt und - so gut das geht - das Budgetrecht des Parlaments verteidigt wird. Allen Beteiligten, den Damen und Herren Abgeordneten des Ausschusses selbst natürlich an erster Stelle, dem Landesrechnungshofpräsidenten, den Mitgliedern seines Senats, dem ständigen Beauftragten des Finanzministeriums Herrn Ahlborn und der Mehrzahl der Funktionsträger aus den Landesministerien gebührt mein Dank.

Meine Damen und Herren! Eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender eines Parlamentsausschusses kann nur so gut oder so schlecht sein, wie das das Ausschusssekretariat zulässt. Defizite in der Arbeit der letzten vier Jahre in dem soeben genannten Ausschuss würde ich gern auf mich nehmen, positive Ergebnisse teile ich genauso gern mit Frau Kahl und dem Stenografischen

Dienst des Landtages. Beiden, der Ausschussekretärin und den Damen und Herren des Stenografischen Dienstes dieses Landtages, sage ich meinen herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD bei der PDS, von Herrn Miksch, fraktionslos, und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Dr. Keitel. - Bevor ich zur Abstimmung aufrufe, begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Humboldt-Gymnasiums in Magdeburg, die in einer zweiten Gruppe - die erste war vorhin schon anwesend - dem Landtag jetzt zuhören.

(Beifall im ganzen Hause)

Zum weiteren Verfahren: Es ist vereinbart worden, keine Debatte zu führen. Ich sehe auch keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung in der Drs. 3/5360. Wer der Beschlussempfehlung in der Fassung der Ausschussvorlage zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt 13 abgeschlossen. Bevor ich allerdings, wie intern verabredet, den Präsidenten Schaefer bitte, die Sitzung weiter zu leiten, möchte auch ich mich an dieser Stelle - das ist für mich die letzte Gelegenheit - von diesem Haus verabschieden.

Ich habe mir überlegt, dass das für mich vielleicht etwas schwerer ist. Ich will Sie nicht mit meiner ganzen Vita konfrontieren, aber doch ganz kurz darauf hinweisen, dass ich im Jahr 1970 zum ersten Mal in einen Landtag, den niedersächsischen, gewählt worden bin und mich somit seit nunmehr 32 Jahren auf Landtagsbänken in zwei verschiedenen Ländern herumtreibe. Ich meine, ich hätte einigermaßen anständig gearbeitet. Ich war in zwei Parlamenten in zwei Ländern, ich war dreimal in der Opposition,

(Heiterkeit bei der SPD)

ich war zweimal in der Regierung. Ich scheidet jetzt endgültig aus dieser Art der Tätigkeit aus und wollte mich bei Ihnen gern verabschieden.

Ich habe allen Grund, Dank zu sagen - Dank zu sagen für die Art, wie Sie mich angenommen haben. Das war in der Anfangszeit nicht einfach. Vielleicht hat dabei etwas geholfen, dass ich einen Leitspruch habe, der gar nicht von einem großen Dichter stammt, sondern von einem Überhandtuch.

(Heiterkeit)

Ich weiß nicht, ob Sie die Sitte kennen, auf Überhandtücher weise Sprüche zu schreiben. Mir ist ein solcher Spruch in England in die Hände gefallen, der lautete: „There is so much good in the worst of us and so much bad in the best of us, that it little behoves one of us to speak about the rest of us.“ Übersetzt: Da ist so viel Gutes im Schlechtesten von uns und so viel Schlechtes im Besten von uns, dass es niemandem von uns ansteht, über den Rest zu reden. - Wenn wir das - auch wenn es nur eine Überhandtuchweisheit ist - beim Umgang miteinander im Hinterkopf haben, können wir in gegenseitiger Achtung miteinander umgehen.

Ich wünsche diesem Land, den Bürgern und natürlich den Mitgliedern des zukünftigen Landtages die Kraft, in gegenseitiger Achtung zum Wohl des Landes Sachsen-Anhalt und der Bürger dieses Landes zusammenzuarbeiten und Politik zu machen. Herzlichen Dank für die Chancen, die ich trotz mancher Widrigkeiten erfahren habe. In der Summe war es für mich eine erfüllte Zeit. Ich wünsche dem Land und Ihnen alles Gute. Ich denke, wir sehen uns noch bei anderer Gelegenheit. - Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Schaefer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung mit dem **Tagesordnungspunkt 17** fort:

Beratung

Gegen die entkriminalisierte Darstellung der SED-Diktatur in Schule, Ausbildung und Studium

Antrag der Fraktion der FDVP - **Drs. 3/5362**

Einbringer für die FDVP ist die Abgeordnete Frau Wiechmann. Danach folgt eine Fünfminutendebatte. - Bitte, Frau Wiechmann, Sie haben das Wort.

Frau Wiechmann (FDVP):

Danke schön. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz sich über 500 000 Demonstranten versammelten, um gegen die SED-Herrschaft zu protestieren, hörten sie die betagte Schauspielerin Steffi Spiera jene Forderung aussprechen, die später zum geflügelten Wort dieser Ereignisse wurde: Nie wieder Staatsbürgerkundeunterricht!

Diese Forderung wurde nicht nur von den Kindern und Jugendlichen bejubelt, nein, auch die Eltern und Großeltern wussten oft aus eigenem Erleben, wie qualvoll gerade dieser Unterricht war, weil er mit ideologischer Gleichschaltung und ideologischer Disziplinierung einherging. Oft genügte schon ein Hauch anderer Gedanken, um entsprechende Sanktionen hervorzurufen. Es war kein Unterricht für Staatsbürger, um sie zu Meinungsfreiheit und aktiver Mitgestaltung des Gemeinwesens anzuregen; vielmehr wurde freie Meinungsäußerung verketzert und verfolgt. Die Widerstandskraft von Kindern und Jugendlichen sollte gebrochen werden.

Die Gleichschaltung ging einher mit angestrebter Anpassung, die zur Doppelzüngigkeit der Bevölkerung in der gesellschaftlichen Kommunikation führte. Die Verlogenheit dieser DDR-Gesellschaft erreichte dadurch wahre Meisterschaft.

Es mag wie die Geschichte von einem anderen Stern klingen, meine Damen und Herren, wenn sich die Eltern daran erinnern, ihren Kindern fast eingebläut zu haben, dass sie abends eben nur einen Sandmann sehen, was allerdings nur im Dresdener „Tal der Ahnungslosen“ - Sie erinnern sich alle an diesen Ausdruck - zutraf.

Das heißt, bereits die Kinder wurden so in ihrem Verhalten und in ihren Einstellungen geprägt, die auf eine Gesellschaft wirken. Jene, die dieser Doppelzüngigkeit und Heuchelei widerstanden, erhielten durch vielfache Schikanen die Quittung, die oft in heute nachzulesenden

Biografien oder mündlichen Berichten als Lebensbrüche bezeichnet werden.

Die Anpassung, meine Damen und Herren, und der keineswegs aufrechte Gang waren die Folge. Nur in den privaten Bereichen, den so genannten Nischen, wurde jene Offenheit gepflegt, die ansonsten in der Gesellschaft verwehrt wurde. Deshalb war der Drang der Menschen nach Meinungsfreiheit in allen Bereichen der Gesellschaft so groß. Nicht zuletzt dieser Wille läutete das Ende der DDR ein.

Diese Meinungsfreiheit - grundgesetzlich garantiert - ist sicherlich mit das höchste Gut, das der frühere DDR-Bürger ersehnte und das er nun auch zu schätzen weiß.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind die Bürger in Mitteldeutschland aber auch so misstrauisch, wenn ihnen heute erneut in den Medien und durch die Politik statt Meinungsvielfalt nur Meinungseinfalt begegnet und vieles in der Medienpräsenz an diese Gleichschaltung erinnert.

Meine Damen und Herren! Als die Forderung nach Beendigung des berüchtigten Unterrichts in Stabü - so wurde das genannt - aufkam, da war vor allem das Ende der Indoktrinierung von Kindern und Jugendlichen gemeint. Heute wird aber das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, das heißt, in Kenntnis der trüben Erfahrungen mit dem einstigen Unterricht wird abgelehnt oder mit großen Vorbehalten aufgenommen, was einer staatsbürgerlichen Erziehung durchaus dienlich wäre.

Meine Damen und Herren! Es ist unverständlich und auch erstaunlich, dass Kinder und Jugendliche oft keine Kenntnisse über die Geschichte der DDR, ihre Strukturen und die SED-Diktatur insgesamt besitzen.

Doch wen verwundert das? - Eltern sind hilflos und lehnen die Beantwortung der Fragen ab, weil die Antworten für sie selbst Fragen nach dem eigenen einstigen Verhalten aufwerfen. Oder man ist ganz einfach müde, ständig sein Verhalten zu DDR-Zeiten erklären und den Kindern begreiflich machen zu müssen, dass nicht jeder Mensch zum Helden geboren war. - Ein Problem, das in der deutschen Geschichte von Generation zu Generation übergreift. Lehrer in der Schule verkneifen sich Antworten oder übergehen gar die Fragen, weil sie sich von Schülern bedrängt fühlen oder fürchten, eigene Positionen von einst kundtun zu müssen.

Als erlösende generalisierende Formel, um aus der Ecke zu gelangen, in die man gestellt wird, bietet sich dann eine Formel an, die man immer wieder hört: Es war ja nicht alles schlecht in der DDR. - Mit dieser Formel wird nicht nur eigenes individuelles Verhalten erklärt, sondern auch eigenes Verhalten verklärt. Diese Formel wird genutzt, um den eigenen Lebenslauf, die Familie, die berufliche Entwicklung und auch das Umfeld des eigenen Lebens, der Familie zu schützen, weil Außenstehende, oft Wessi-besserwisserische, zur großen Verurteilung ansetzen und zum Schluss entschuldigend hinzufügen, man wisse ja nicht, wie man sich selbst verhalten hätte, wenn man in der DDR gelebt hätte.

All das, meine Damen und Herren, zeugt von Unkenntnis über die DDR, von der Unkenntnis über das Leben in der DDR, über die Tücken, Heimtücken und auch über die Menschenverachtung der SED-Diktatur.

Verwundernd ist es, meine Damen und Herren, wenn Bürgerrechtler zu Außenseitern werden, heute einstige

Opfer von einstigen Tätern verhöhnt werden, weil die Täter zu den Gewinnern der damaligen Wende gehören. Wie viel Bitternis stößt jenen Menschen auf, die nun heute um ihre Rehabilitation kämpfen müssen und die erfahren müssen, dass Jahrzehnte als Zuchthauswärter höhere Rentenansprüche erbringen als Jahrzehnte, die man als politischer Häftling im Bautzener „Gelben Elend“ abgesehen hat.

Meine Damen und Herren! Wie verhängnisvoll wird es, wenn die Kinder, Jugendlichen und Studenten keine Kenntnisse über die überwundenen Zeiten erhalten und so der Platz für Legenden geschaffen wird. Es sind eben die Legenden, die mit der Formel beginnen: Es war doch nicht alles schlecht in der DDR. - Wer dieser Formel nachhängt, vergisst das Leid, vergisst die Opfer und die Entwürdigung von Menschen, die über all die Jahre der SED-Diktatur bei Strafe ihres Lebens schweigen mussten, die resignierten und heute - wo sie reden und herausschreien könnten und müssten - verbittert schweigen und verdrängen; denn das ist auch die einzige Art von Opferschutz.

Meine Damen und Herren! Die Zahl jener Menschen, die nicht mehr schweigen wollen, wächst, und das ist gut so. Einst in DDR-Zeiten bei strengster Strafe verboten, wanderte das Buch von Wolfgang Leonhard „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ dennoch von Hand zu Hand. Doch die den Zeitzeugen verbleibende Lebenszeit vermindert sich; die Zahl der Zeitzeugen verringert sich.

In diesen Tagen erscheinen die Erinnerungen des seriösen und untadligen Herrmann Weber, der einen Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim innehatte. Weber schildert in seinen Erinnerungen, wie er 1947 als junger Kommunist aus der Westzone in die Ostzone zum Parteistudium delegiert wurde und wie seine Begeisterung bereits nach wenigen Wochen nachließ, weil ihm der Dogmatismus und die geistige Indoktrinierung so starke Fesseln anlegten, dass er seinen Ausflug in das kommunistische Herrschaftssystem bald beendete. Herrmann Weber wurde zu einem der sachkundigsten Analytiker der SED-Diktatur.

Meine Damen und Herren! Wem das nicht ausreicht, der sollte sich mit der Biografie Carola Sterns beschäftigen, die in der so genannten Höhle des Löwen, sprich in der Ulbricht'schen Parteihierarchie, nicht unbedeutend war und am eigenen Leibe die gedankliche Entmündigung verspürte, wenn man sich der Nomenklatura verschreiben musste.

Meine Damen und Herren! Aber nicht nur diese Erinnerungen, nein, auch die Erinnerungen und die Erfahrungen der so genannten einfachen Leute mit der DDR, mit der SED-Diktatur werden den Kindern und den Jugendlichen verschwiegen oder in einem Schnellkurs innerhalb weniger Stunden vermittelt, der in die Nähe einer Quizsendung angesiedelt ist.

All das verblüfft nicht; denn jüngste Untersuchungen ergaben, dass die DDR-Forschung an den Universitäten und Hochschulen fast brachliegt. Wie sollen dann aber jene Kenntnisse über die DDR, deren Machtstrukturen und die SED-Diktatur erlangen, die diese Kenntnisse später in der Schule vermitteln sollen, wenn sie in ihrer Ausbildung nicht zu diesen Erkenntnissen geführt werden?

Der Autor der interessanten Studie über die DDR-Forschung und ihren Niederschlag im akademischen Lehrbetrieb, der noch unlängst in Wittenberg tätige Peer

Pasternack, schreibt Folgendes - ich darf wiederum zitieren -:

„Heute entscheidet sich, ob die DDR-Geschichte künftig eine angemessene Berücksichtigung in den Lehrplänen und in der Unterrichtsgestaltung erfahren wird und wie die gegenwärtig bzw. künftig auszubildenden Lehrerinnen und Lehrer diesen Teil deutscher Nachkriegsentwicklung werden unterrichten können. Was sie während des Studiums nicht wissenschaftlich vermittelt bekommen, werden sie danach kaum in den Unterricht transformieren können.“

Zu denken gibt das in der Studie angeführte Ranking der Sachthemen. Mit weitem Abstand nehmen jene Lehrveranstaltungen eine Spitzenposition im akademischen Lehrbetrieb ein, die sich mit ostdeutschem Kulturleben und der DDR-Kulturpolitik sowie mit dem politischen System und der Verwaltung befassen. Natürlich waren westdeutsche Bürokraten bei ihrem Einstieg im Osten hoch erfreut, gleichartige Amtsbrüder vorzufinden; denn: gleiche Brüder, gleiche Kappen, getreu dem Motto: „Bürokraten aller Systeme, vereinigt euch!“

Viel ernster ist doch die Tatsache, dass die Detailauswertung zum Themenfeld „Politisches System und Verwaltung“ ergab, dass die auf die SED bezogenen Themen lediglich einen Anteil von 2 % ausmachen.

Ebenfalls praktisch nicht existent ist die DDR-Militärpolitik.

Erbärmlich, aber dennoch ernüchternd ist ein weiterer Fakt. Ich darf auch hierzu bitte zitieren:

„Andere Themen sind ausgesprochen gering in den Lehrveranstaltungen vertreten. Opposition, Widerstand und Repression zählen nicht zu den zentralen Gegenständen der Lehre an den deutschen Hochschulen. Nur 60 von insgesamt 1 421 erfassten Vorlesungen und Seminaren waren zum Thema Opposition und Widerstand zu ermitteln, also nur 4 %. Die Themen MfS und Polizei machten 0,8 % der 1 421 Vorlesungen und Seminare aus.“

Meine Damen und Herren! Wer diese Zahlen vernimmt, der könnte in Anlehnung an den Satiriker Peter Ensikat ausrufen: Hat es die DDR überhaupt gegeben?

Meine Damen und Herren! Wen erstaunt es angesichts der bereits in der Lehrerbildung auftretenden Fehlentwicklungen, wenn hier neue Legenden Einzug halten? Niemand leugnet die Notwendigkeit, die Alltagskultur zu erforschen, aber wenn die Disproportionen derart ausgeprägt sind, dann stimmt die Richtung nicht mehr.

Wenn die Deutsche Forschungsgemeinschaft Millionenbeträge für Drittmittel auswirft und diese dann - das ist ein jetzt begonnenes Projekt - für die Erforschung der Sandmann-Sendungen und der Sendungen „Ein bunter Kessel“ des Fernsehens der DDR einsetzt, dann fragt man sich doch - -

(Unruhe - Frau Lindemann, SPD: „Ein Kessel Bunes“ hieß das!)

- Ja, es heißt „Ein Kessel Bunes“. Frau Lindemann, ich bin froh, dass Sie sich noch erinnern, aber ich erinnere mich nicht mehr so genau.

(Zurufe von der SPD)

- Das ist ein ernstes Thema. Ich sehe, Sie haben die Sendung oft gesehen.

(Herr Biener, SPD: Ja, das war nicht schlecht!)

Wenn gegenwärtig die Sandmann-Sendungen oder die Sendung „Ein Kessel Bunes“ erforscht werden, dann fragt man sich, ob das die berüchtigte Elfenbeinturm-Forschung ist oder ob man an den Strukturen des politischen Systems, den Machtstrukturen der SED-Diktatur kein Interesse hat. - Diese Frage stelle ich Ihnen jetzt einfach einmal, Frau Lindemann, wenn Sie hier solche Einwürfe machen.

(Zuruf von Frau Lindemann, SPD)

Wir wollen nicht über Hintergründe mutmaßen, aber man muss doch aussprechen,

(Frau Lindemann, SPD: Ja, ja!)

dass es bedenklich ist und verhängnisvoll sein wird, Forschungen zur SED-Diktatur und zu den Machtstrukturen der DDR zu vermindern oder gar auszuspüren. Das spiegelt sich auch in den Medien wider.

(Herr Rahmig, SPD: War das Ihr Redenschreiber mit dem „Bunten Kessel“?)

- Herr Rahmig, Sie haben doch schon gestern Ihre letzte Rede gehalten. Wir sehen Sie hier nicht wieder.

(Zuruf von der SPD: Sie auch nicht!)

- Lassen Sie es halt.

(Lachen bei der SPD)

Das spiegelt sich auch in den Medien wider. Erinnert sei an die brutalstmögliche Aufklärung in Bezug auf die Stasi-IM beim MDR.

(Zuruf von Herrn Rahmig, SPD)

Hartnäckig über Jahre hinweg verschwiegen und vertuscht, tauchen die geläuterten IM in den Redaktionen oder mit dem berüchtigten Lächeln und Grinsen wieder vor der Kamera auf. Die IM von einst - wir haben sie sogar hier im Landtag -

(Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

treten nun als Saubermänner und Aufklärer der Zuschauer auf. Meine Damen und Herren! Diese IM begegnen heute dem Zuschauer nicht mehr mit Literatur für konspirative Arbeit in der Aktentasche, sondern mit dem Grundgesetz vor der Kamera oder in der Redaktion oder auch hier im Parlament wedelnd. Der Zuschauer aber fühlt sich dabei nicht nur veralbert, sondern er zweifelt.

(Herr Oleikiewitz, SPD: Redezeit!)

Er zweifelt mehr als bisher an der Glaubwürdigkeit der Medien und der Politik. Das ist das Schlimmste. Er wird in seinem Misstrauen bestärkt.

Meine Damen und Herren! So wird die Politikverdrossenheit und die Politikerverdrossenheit bei vielen Menschen manifestiert.

Nun folgt dem pastoral wirkenden Stasiaktenverbrenner aus Wittenberg und dem sich in Eitelkeit pfaunartig spreizenden Übergangsminister Diestel der sich als Kanzler aller Deutschen gebärdende SPD-Genosse Schröder, der sich - so übrigens nachlesbar - durchaus vorstellen kann, einen Schlusstrich unter die Stasiakten

zu ziehen, weil er ein Umdenken im Umgang mit dem politischen Erbe der DDR fordert.

Demagogisch wie gewohnt ernennt sich Kanzler Schröder zum Sprecher des kleinen Mannes und stellt die Frage, ob bei diesem kleinen Mann denn die Personalfragebogenpolitik noch fortgeführt werden soll. Natürlich erfolgt die Fragestellung auch bei Schröder - wie er sagt - vorurteilsfrei, aber diese Gedanken des Bundeskanzlers entspringen nicht einer Bierlaune und besitzen auch nicht die staatspolitische Bedeutung seines bewährten Schlachtrufs „Hol mir mal 'ne Flasche Bier!“

Nein, meine Damen und Herren, hier wird vom Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden getestet, wie weit er sich herauswagen kann, um zu prüfen, ob ab dem 22. September 2002 auf Bundesebene die rot-blutrote Koalition möglich ist. Die volle Zustimmung für den politischen Testballon erhielt Schröder bereits von der PDS; das haben wir alle gehört.

Die „Welt“ sieht im Vorgehen Schröders den Versuch, es den Tätern nunmehr zu gestatten, im Windschatten des Kohl-Akten-Urteils, mit dem der Opferschutz unterstrichen wurde, unerkannt im Rechtsstaat unterzutauschen. Aber selbst das ist kaum vonnöten; denn einstige Stasitäter und der Stasi Dienende haben alle Barrieren übersprungen, sind als brandenburgischer Ministerpräsident tätig oder üben sich im neuen Machtbereich des Berliner Wirtschaftssenators.

Nicht zuletzt verweigerte die SPD-Fraktion hier im Landtag - ich darf alle noch einmal daran erinnern - die parlamentarische Überprüfung ihrer Abgeordneten bezüglich einer Stasitätigkeit.

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie: Was ist schon der korrupte Spendengestank der Kölner Müllverbrennung gegen diesen beißenden und ätzenden Geruch der Geschichtsverdrängung, der viel nachhaltigere Wirkungen bei der jüngeren Generation hervorrufen wird und hervorrufen soll? - Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDVP - Frau Lindemann, SPD: Darauf können Sie wohl lange warten!)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Die DVU verzichtet auf einen Beitrag und ist auch nicht mehr anwesend. Für die CDU-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Kuntze. Bitte, Herr Kuntze.

Herr Kuntze (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, zu diesem Antrag zu sprechen, aber das eigentliche Anliegen ist wichtig. In der Tat gibt es immer wieder Versuche, insbesondere im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Faschismus vom Linksextremismus sowie kommunistischen Regimes und deren Verbrechen abzulenken. Es fehlte und fehlt auch nicht an Versuchen, dem wiederum zu begegnen.

Die FDVP-Fraktion sollte sich deshalb fragen, ob sie mit einem Antrag in dieser Form und Formulierung tatsächlich dem Anliegen dient oder ihm nicht vielmehr schadet. Die Tatsache, dass dieser Antrag, der expressis verbis von der SED-Diktatur spricht - Sie haben in Ihrer Rede wer weiß wie oft den Begriff SED gebraucht; ich habe nicht mitgezählt -, ausgerechnet von Ihnen, Frau Wiechmann, eingereicht wird, wirft allerdings die

Frage auf, weshalb Sie dieser Partei einstmals selbst beigetreten sind.

(Zustimmung bei der CDU und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Doch nun zu dem Anliegen. Ich möchte an eine Aussprache in diesem Hause erinnern, die zum Thema „Darstellung Deutschlands im Unterricht“ an einem 9. November, nämlich am 9. November 1995, in der 30. Sitzung des Landtages stattfand. Der damalige Abgeordnete Herr Ritter warnte vor einer Verharmlosung der DDR-Geschichte. Ich möchte - mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident - kurz aus seiner von persönlicher Betroffenheit als ehemaliger Häftling des Staatssicherheitsdienstes geprägten Rede zitieren:

„Wer eine kritische und selbstkritische Diskussion zur deutschen Geschichte in unserem Land unterdrückt, der tradiert willentlich oder unbewusst die verhängnisvolle Geschichtsverdummung der DDR-Ideologen. So wahr es ist, dass zum Beispiel die Geschichte der DDR nicht mit der Geschichte des deutschen Nationalsozialismus gleichgesetzt werden kann, so wahr ist es auch, dass die heute neu entstehenden Legenden über den Sozialismus - der war doch gar nicht so schlecht, wie man ihn heute macht - falsch sind.“

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist erst zwei Monate her, dass die CDU-Fraktion in der Beratung zu dem Antrag „Ein Beitrag der Bildung im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ den Versuch unternahm, auf eine ausgewogene Behandlung der Auswirkungen von politischem und religiösem Extremismus gleich welcher Prägung im Unterricht hinzuwirken.

Die Überschrift sollte in „Ein Beitrag der Bildung im Kampf gegen Terrorismus, Rechts- und Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ geändert und in diesem Sinne der gesamte Antragstext entsprechend überarbeitet werden. Bezeichnenderweise wurde unser Änderungsantrag, obwohl er bewusst maßvoll formuliert war - ich betone das mit Blick auf das uns vorliegende Papier - und ausdrücklich die Zustimmung aller demokratisch Gesinnten im Haus suchte, abgelehnt.

Wir halten es nach wie vor für unverzichtbar, dass man insbesondere bereits in der Schule anhand der langen Geschichte der Menschheit verdeutlicht, welche Gefahr davon ausgeht, wenn eine politische Ideologie oder auch eine Religion für sich den Anspruch auf letzte Wahrheit erhebt und diesen dann gewaltsam durchsetzt, gewissermaßen mit dem Anspruch, Andersdenkende nur zu deren eigenem Glück zu zwingen.

Dies ist nun einmal faschistischen Diktaturen genauso eigen wie kommunistischen Regimes oder totalitär-religiös motivierten Staatsgebilden. Ich denke, wir müssen diesen Zusammenhang deutlich machen und darauf aufbauend versuchen, etwas zu erreichen.

Deshalb ist es erforderlich, auch - ich betone: auch und nicht nur - die DDR-Geschichte aufzuarbeiten, ihre Wirkungsmechanismen aufzudecken und sich der Frage zu widmen, wie es zum Beispiel überhaupt möglich war, ein ganzes Volk gewissermaßen einzusperren. Das Ziel ist dabei ausdrücklich, junge Menschen zu befähigen, die oft verführerisch verpackten Werbemechanismen von Extremisten, egal welcher Art, zu durchschauen und

ihnen zu widerstehen. Dem dient der vorliegende Antrag nicht und deshalb stimmen wir ihm auch nicht zu.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Es gibt noch eine Anmeldung für einen Redebeitrag. Das ist von der FDVP-Fraktion nochmals die Abgeordnete Frau Wiechmann. Bitte sehr, Frau Wiechmann, Sie haben noch einmal die Möglichkeit, sich darzustellen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der PDS)

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kuntze, ich weiß nicht ganz genau, was bei unserem Antrag nicht maßvoll ist, aber irgendwie mussten Sie wohl die Kurve kriegen und einen Grund dafür finden, warum Sie diesem Antrag nicht zustimmen, obwohl das eigentlich auch die Intention der CDU-Fraktion ist. Ich bin einigermaßen überrascht von dem Inhalt Ihres Beitrags.

Es war sicherlich nicht nur Zynismus, sondern auch lebensverbundene Erkenntnis, wenn wir nachlesen können, meine Damen und Herren, dass die wichtigste Lehre der Geschichte die ist, dass der Mensch eben nicht sehr viel aus der Geschichte lernt. Für mich trifft das nicht zu. Ich habe sehr viel aus der Geschichte gelernt.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Für den einen oder anderen in diesem Raum, insbesondere für einige auf den mittleren und linken Sitzblöcken, trifft dieser Spruch allerdings sehr wohl zu.

(Unruhe bei der SPD)

Dieser Eindruck verstärkt sich heute, wenn man die Debatte verfolgt, insbesondere wenn ich feststellen muss, dass sich die Damen und Herren der SPD-Fraktion und der PDS-Fraktion zu diesem Thema nicht äußern. Bei Ihnen könnte ich es noch verstehen, weil es Sie selbst betrifft. Aber gut.

Wir halten es doch lieber mit dem Goethe-Wort von der Pflicht des Historikers, das Wahre vom Falschen, das Gewisse vom Ungewissen, das Zweifelhafte vom Verwerflichen zu unterscheiden.

Ein Blick in die Schulbücher der Kinder, in die Lehrpläne der Studenten oder - das ist viel wichtiger - ein Gespräch mit ihnen offenbart genau diese Lücken, die es zu füllen gilt.

Diese Lücken offenbaren sich dadurch, meine Damen und Herren, dass die DDR-Geschichte - ich sage es an dieser Stelle noch einmal - und vor allem die Machtstrukturen der SED-Diktatur, Herr Kuntze, weitestgehend ausgespart werden. Die bereits zitierte Untersuchung von Peer Pasternack führte an, dass nach anfänglicher Neugier auf DDR-Themen das Interesse daran einfach abflachte und im Jahr 2001 oder auch 2002 in 54 der insgesamt 88 deutschen Universitäten keine einzige explizit auf Ostdeutschland bezogene Lehrveranstaltung stattfand.

Die Untersuchung folgert: Sofern es richtig ist, dass an allen Orten, an denen Geschichts- und Sozialkunde-, Deutsch- oder Religionslehrer sowie Sozialwissenschaftler ausgebildet werden, Lehangebote zur DDR nötig sind, dann ist ein gravierendes Problem zu konstatieren.

Die Forderung wird erweitert und unterstrichen durch die abschließende Bemerkung in der Untersuchung - ich darf bitte noch einmal zitieren -:

„Gewiss ist es vom Grundsatz her zu begrüßen, dass die DDR eine immer stärker integrierte Behandlung in weiter gefasstem Rahmen erfährt. Dennoch sollten Lehramtsanwärter, Studierende mit beruflichen Perspektiven im Journalismus oder in der politischen Bildung und sonstige künftige Multiplikatoren eine realistische Chance haben, sich mit der DDR-Geschichte als explizitem Gegenstand ihrer universitären Ausbildung befassen zu können.

Daher erscheint es unabdingbar, dass in möglichst vielen sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern und an allen Universitäten entsprechende Lehrveranstaltungen angeboten werden.“

Meine Damen und Herren! Es wäre sehr nützlich und vonnöten, wenn Bundeskanzler Schröder in den Kreis jener einbezogen würde, denen die DDR-Geschichte insgesamt und die der SED-Diktatur nahe gebracht wird. Das würde auch seinen abstrusen Schlussstrichgedanken keinen weiteren Raum mehr lassen. Diese Schlussstrichgedanken haben wir auch schon von unserem Ministerpräsidenten Höppner gehört, aber das verwundert nicht.

Die zitierte Studie kann vom jetzigen Berliner Wissenschaftsstaatssekretär Pasternack in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Wie der „Welt“ vom 23. Februar 2002 zu entnehmen war, wird an den Schulen noch mit 30 Jahre altem Lehrstoff gearbeitet. Eine Lehrerin beklagt, wenn sie genau nach Vorschrift unterrichten würde, dann würden ihre Fünft- und Sechstklässler in Geschichte und Sozialkunde über die Wiedervereinigung überhaupt nichts hören. Die historische Wende, meine Damen und Herren, und ihre Ursachen kommen im gültigen Rahmenplan Sozialkunde für die Grundschule gar nicht vor. Das ist auch nicht möglich; denn das Planwerk datiert von 1968.

Nun können sich die Berliner und die Schullehrer aber sicherlich daran erbauen, wie der Obertalker und Wirtschaftssenator Gysi sein Geschichtsbild unterbreitet oder frühere Mauerbefehlshaber wieder agitatorisch an Schulen wirken können. Scheinbar ist hier nichts unmöglich.

Meine Damen und Herren! Die entkriminalisierte Darstellung der DDR-Geschichte und der SED-Diktatur ist kein Problem speziell in Sachsen-Anhalt. Aber es wäre vor allem in Sachsen-Anhalt notwendig, sich damit auseinander zu setzen, damit die historische Entzauberung der blutroten Macht der SED/PDS nicht länger verhindert wird. Das ist dieses Parlament, meine Damen und Herren, den Opfern der SED-Diktatur schuldig, nicht mehr und nicht weniger.

Ich bitte an dieser Stelle noch einmal, auch in Richtung CDU-Fraktion, auch Herrn Kuntze, unserem Antrag zuzustimmen. - Danke schön.

(Zustimmung von Herrn Wiechmann, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Wir stimmen über den Antrag in der Drs. 3/5362 ab. Wer diesem An-

trag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Drei Jastimmen. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden. Der Tagesordnungspunkt 17 ist erledigt.

Da wir den Tagesordnungspunkt 18 bereits gestern abgearbeitet haben, kommen wir jetzt zum **Tagesordnungspunkt 19:**

Beratung

Hände weg vom Risikostrukturausgleich - Keine Aufkündigung der gesamtdeutschen Solidarität zulassen

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/5370**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Bischoff. Es folgt eine Fünfminutendebatte. Bitte, Herr Bischoff.

Herr Bischoff (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es steht viel auf dem Spiel, das den Zusammenhalt und die Entwicklung grundsätzlich und nachhaltig gefährdet, und dies auf dem Rücken der Schwächeren.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Böhmer, Sie haben mit Sicherheit damit gerechnet, dass wir diesen Antrag einbringen. Darüber wurde in den letzten Wochen und Tagen genügend gesagt.

Mit der Verfassungsklage gegen den Risikostrukturausgleich stellen die Länder Bayern, Hessen und Baden-Württemberg die bundesweite Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung infrage.

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Das stimmt doch alles nicht!)

- Sie sind ja noch dran.

(Zurufe von Herrn Schomburg, CDU, und von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Nach dem Willen der Unionpolitiker sollen die reichen West-Kassen künftig nicht mehr zur Finanzierung, zumindest - ich sage es gleich genauer - für die Personengruppen, die von den Risiken besonders betroffen sind, der strukturschwachen Ost-Kassen beitragen.

(Zuruf von Herrn Schomburg, CDU)

Ist Stoibers Klage erfolgreich, steigen die Krankenversicherungsbeiträge in Ostdeutschland künftig auf bis zu 20 %. Ein weiterer Anstieg der Lohnnebenkosten wäre ein katastrophales Signal an die ostdeutsche Wirtschaft und ein gewaltiges Jobvernichtungsprogramm in den neuen Bundesländern.

(Frau Stange, CDU: Das ist doch billige Polemik, Herr Bischoff!)

Stoibers Klage gegen den Ost-West-Finanzausgleich in der Krankenversicherung ist unverantwortlich und wäre einer der schwersten wirtschaftlichen Schläge, die die ostdeutschen Länder treffen könnten.

(Zuruf von Herrn Prof. Dr. Böhmer, CDU)

Bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen müsste ein Arbeitnehmer - wir gehen nur von der Zahl 2 Milliarden € aus, die ausgerechnet worden ist - dann 380 €

jährlich zusätzlich zahlen und die Lohnnebenkosten würden um 760 € steigen.

(Zuruf von Herrn Dr. Daehre, CDU)

Die gesamte zusätzliche Belastung würde demnach auf 1 215 € und die Lohnnebenkosten auf 2 430 € pro Jahr steigen. Die Steigerung der Lohnnebenkosten - das ist viel katastrophaler - würde für viele kleine und mittlere Betriebe das wirtschaftliche Aus bedeuten.

Dies werden wir nicht zulassen und wir gehen gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern, den Kassen und der Ärzteschaft gegen diese Klage an.

(Zustimmung bei der SPD und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Die Weiterentwicklung des Risikostrukturausgleichs ist im Jahr 1992 fraktionsübergreifend beschlossen worden.

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Und Sie wissen auch, von wem das kam!)

Die Beteiligten haben damals die Auffassung vertreten, man brauchte diesen Ausgleich nur eine Zeit lang, dann könnte es wieder normal laufen oder der Ausgleich könnte sogar ganz abgeschafft werden. Jetzt, zehn Jahre nach dieser Entscheidung, sagen alle Gutachter und alle Experten, die sich damit beschäftigen: Wir brauchen den Risikostrukturausgleich, und zwar noch differenzierter als er bisher war, weil in der Zwischenzeit - -

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Das ist es!)

- Ja, dazu komme ich gleich. Sie versuchen hier immer Nebenschauplätze aufzumachen. Ich bin nachher gespannt - -

(Herr Dr. Daehre, CDU: Nein, Sie!)

- Nein, ich bleibe beim Thema. - Die wettbewerblich ausgerichtete Krankenversicherung ist zwingend notwendig. Denn wozu dient der Risikostrukturausgleich? - Er soll den Krankenkassen gleiche wettbewerbliche Chancen bezüglich - jetzt kommt es - nicht beeinflussbarer Versicherungsrisiken geben.

Sie werden nachher genau darauf abzielen und sagen, dass die Einnahmesituation noch ganz andere Ursachen habe. Es geht aber einfach um nicht beeinflussbare Risiken und dazu gehören nach der Alters- und Geschlechtsstruktur auch die unterschiedlichen Strukturbedingungen hierzulande. Diese gilt es abzufedern und auszugleichen. Es ist eben eine Tatsache, dass die Versicherten in den ostdeutschen Ländern leider mit mehr Risiken behaftet sind.

Für alle, die es noch nicht wussten: Die Transferleistungen fließen nicht ausschließlich in den Osten. Das haben Sie in den letzten Tagen zu Recht gesagt. Gerade die Allgemeinen Ortskrankenkassen erhalten aufgrund der Risikostruktur ihrer Versicherten hohe Ausgleichszahlungen. Davon profitieren auch die Länder Bayern, Hessen und andere.

Die Forderung Bayerns - daran ist es deutlich geworden; auch an der Reaktion der dortigen Gesundheitsministerin - nach einem regional überschaubaren und praktikablen Risikostrukturausgleich bedeutet eigentlich nichts anderes, als dass Bayern und die anderen Länder aufgrund ihrer Versichertenstruktur die Mittel behalten wollen und das Geld nicht in die Kassen im Osten fließen lassen wollen, bei denen eine ungünstigere Versichertenstruktur vorhanden ist. Das kann nicht im Sinne

einer solidarischen Finanzierung sein. Erklären Sie mal den Wählern und sagen Sie es ihnen deutlich, was das für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze bedeuten würde.

Die CDU kann sich nicht davon freisprechen, dass Sachsen-Anhalt bei einem Erfolg der Klage - - Die Klage ist tatsächlich - wir haben darauf noch einmal hingewiesen - eine Normenkontrollklage, ein Normenkontrollverfahren wurde angestrengt. Es geht nämlich um die Struktur.

(Herr Schomburg, CDU: Ja!)

Die Gesundheitsministerin hat hinzugefügt, sie sei nicht bereit, die Rechnungen anderer Kassen zu begleichen. Aber darum geht es überhaupt nicht. Es geht nicht um die Frage, ob die Kassen hier ungünstiger wirtschaften, ob sie sich etwas leisten. Es geht tatsächlich nur um die Risikogruppen. Dazu gehören die chronisch Kranken, dazu gehört die Morbidität. In dieser Beziehung ist die Versichertenstruktur in den neuen Ländern anders verfasst als die in den alten Ländern. Daher halte ich es für zwingend notwendig, dass ein gesamtdeutscher Risikostrukturausgleich auch von West nach Ost geht.

(Zustimmung bei der SPD und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Sie sagen an einer anderen Stelle, es sei die Aufgabe eines Ministerpräsidenten, dafür zu sorgen, dass in seinem Land die Mittel zusammengehalten würden, und wenn in dem Land nicht gut gewirtschaftet würde, sollte er auch dafür geradestehen.

Das ist richtig, aber es ist auch zu berücksichtigen, dass erstens Bayern und die anderen Länder jahrelang - und auch heute noch - von dem Strukturausgleich anderer Länder leben. Zweitens hätte Stoiber zumindest zu dem Zeitpunkt, als er Kanzlerkandidat wurde, den Blick erweitern und darauf richten müssen,

(Zuruf von Frau Lindemann, SPD)

dass die Solidarität weiter reicht und nicht nur auf Bayern beschränkt ist. Wir klagen an, dass die Klage nicht zurückgenommen wird und der Klageweg weiter beschritten wird, und zwar zuungunsten der Menschen und auch der Wirtschaft hierzulande. Dagegen wollen wir angehen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Wir haben Besuch aus Halberstadt. Es sind Schülerinnen und Schüler der Gleim-Schule. Wie begrüßen sie ganz herzlich.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Frau Dr. Kuppe.

Frau Dr. Kuppe, Ministerin für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Zum wiederholten Mal beschäftigt sich der Landtag von Sachsen-Anhalt mit dem Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung. Der Grund für die heutige Befassung mit dieser sehr komplexen und sehr komplizierten Materie ist die Klage der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen vor dem Bundesverfassungsgericht. Mit dem Normenkon-

trollverfahren wollen diese drei Länder die Regelung des Risikostrukturausgleichs und darüber hinaus den so genannten gesamtdeutschen Risikostrukturausgleich überprüfen und in der jetzigen Form für nichtig erklären lassen.

Der Risikostrukturausgleich wurde mit dem Gesundheitsstrukturgesetz erstmals zum 1. Januar 1994 eingeführt. Er sollte die unterschiedlichen Risiken der Krankenkassen ausgleichen. Dies wurde erforderlich, weil Zeitgleich eine allgemeine Kassenwahlfreiheit eingeführt wurde, die es bis dahin nicht gab. Erstmals konnten beispielsweise auch Arbeiterinnen und Arbeiter Mitglied in einer Ersatzkrankenkasse werden.

Man muss allerdings auch wissen, dass die Wahlfreiheit im Hinblick auf die Kassenart für die Allgemeinen Ortskrankenkassen mit gewissen Risiken verbunden ist. Waren sie vor der Gesetzesänderung quasi eine Aufwandskasse für alle Versicherten, ist es seitdem möglich, dass sie mehr als andere Kassen ihre Versicherten verlieren und dass sich die Einnahmen- und Ausgabenbilanz außerordentlich ungünstig entwickelt.

Die Allgemeinen Ortskrankenkassen versichern in hohem Maße Personen mit besonderen Risiken, und zwar in einer Größenordnung von bis zu 80 %, zum Beispiel alte Menschen, Menschen mit niedrigem Einkommen und eine hohe Anzahl von beitragsfrei mitversicherten Familienangehörigen. Deshalb liegen die Beitragssätze der Allgemeinen Ortskrankenkassen größtenteils über dem Durchschnitt der übrigen Kassenarten. Um dieser Kassenart eine Chance im Wettbewerb zu geben, sollten solche Risiken über den Risikostrukturausgleich praktisch ausgeglichen werden.

Zunächst wurde dieser Risikostrukturausgleich in Ost und West getrennt durchgeführt; es gab die „Sozialmauer“. Im Jahr 1999 wurde diese Trennung per Gesetz aufgehoben und die Einführung des gesamtdeutschen Risikostrukturausgleichs in sieben Jahresstufen beschlossen.

Das Transfervolumen des Risikostrukturausgleichs ist in den vergangenen Jahren beständig gestiegen. Das gilt innerhalb der früheren Rechtskreise und jetzt auch im Hinblick auf die ostdeutschen Länder. Diese hohen Transfers sind Beleg dafür, meine Damen und Herren, dass die Risikostrukturen innerhalb der Kassenarten nach wie vor sehr unterschiedlich sind und dass ein solches Ausgleichsverfahren wirklich notwendig ist.

Tatsache ist, dass in den ostdeutschen Ländern mehr Personen mit Risiken zu versichern sind als in den westdeutschen Ländern. Das hat auch etwas mit den gesundheitlichen Altlasten aus DDR-Zeiten zu tun. Trotzdem fließen Transferleistungen - Herr Bischoff hat darauf hingewiesen - eben nicht nur ausschließlich gen Osten, sondern durchaus auch in Allgemeine Ortskrankenkassen in Bayern und Baden Württemberg, weil auch dort Risiken ausgeglichen werden müssen.

Im Februar 1998 stellte der damalige Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer ausdrücklich fest, dass beim Risikostrukturausgleich zwei Dinge permanent übersehen würden:

Erstens gleicht der Risikostrukturausgleich nicht unwirtschaftliche Ausgaben aus, sondern er ist einnahmeorientiert.

Zweitens werden vielmehr Risiken ausgeglichen, für die die Krankenkassen nichts können. Weder freiwillige Leis-

tungen noch Verwaltungskosten noch überdurchschnittliche Ausgaben werden im Rahmen des Risikostrukturausgleiches ausgeglichen. Deshalb sei es einfach ungerrecht - so Horst Seehofer - zu sagen, der Risikostrukturausgleich belohne die Unwirtschaftlichkeit.

(Zuruf von Herrn Felke, SPD)

Dem kann ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerische Sozialministerin Frau Stewens spricht dagegen von verfassungswidrigen Transferleistungen in Milliardenhöhe von einer Krankenkasse zur anderen. Nach ihrer Aussage will Bayern gemeinsam mit Baden-Württemberg und Hessen die extreme Benachteiligung der Versichertengemeinschaft in diesen drei Ländern auf ein erträgliches Maß zurückführen. Das bedeutet doch eindeutig, meine Damen und Herren, die Aufkündigung der Solidarität.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eben nicht so, Herr Kollege Böhmer, wie Sie immer darstellen, dass Bayern vor allem die Zuflüsse in die süddeutschen Krankenkassen überprüfen lassen will. Nein, es geht darum - das besagen die Aussagen von Frau Kollegin Stewens ganz eindeutig -, dass die Zahlungen aus Bayern gestoppt werden sollen, und das ist das Übel.

(Beifall bei der SPD - Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Sie können ja nicht mal zuhören!)

Das Transfervolumen in die ostdeutschen Bundesländer betrug im Jahr 2001 im Saldo ca. 2 Milliarden €. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um diese Summe geht es, wenn wir über den Wegfall des Risikostrukturausgleiches diskutieren - um 2 Milliarden €.

(Herr Schomburg, CDU: Wegfall!)

Die Überprüfung des Transfersystems ist übrigens bereits im Gesetz enthalten und erfolgt in diesem Jahr. Deswegen müsste keine Normenkontrollklage angestrengt werden.

Auch die in Sachsen angekündigte Senkung des Beitragssatzes auf 12,9 % hat mit unserem Thema gar nichts zu tun. Hierbei handelt es sich um einen nicht kostendeckenden Beitragssatz, der ein Finanzpolster abbauen soll, das sich praktisch schon seit 1990, also vor dem Inkrafttreten des Risikostrukturausgleiches, bilden konnte.

(Herr Bischoff, SPD: Gucke an!)

Ich teile die Auffassung der SPD-Fraktion, wie sie im vorliegenden Antrag zum Ausdruck kommt, dass die Abschaffung des gesamtdeutschen Risikostrukturausgleiches für Ostdeutschland und damit auch für Sachsen-Anhalt verheerende Auswirkungen hätte. Ohne diese Transferleistungen müsste insbesondere unsere AOK - es sind aber auch noch andere Kassen betroffen - Beitragssätze von 20 % und mehr erheben, wenn die Leistungen auf dem jetzigen angemessenen Niveau bleiben sollten; ansonsten müsste mit ihnen über eine Leistungskürzung diskutiert werden.

Über einen Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt bräuchten wir dann überhaupt nicht mehr zu reden. Wir wären nicht mehr konkurrenzfähig, der Mittelstand würde in die Knie gehen und die Versicherten in Ostdeutschland

würden belastet werden wie sonst in keiner Region in Deutschland. Das ist nicht zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Aspekt, der auch nicht außer Acht gelassen werden darf, sind die unwirtschaftlichen Krankenkassen. Die müssten von der Aufsichtsbehörde geschlossen werden. Die Versicherten müssten dann versuchen, eine andere Krankenkasse für sich zu finden. Stellen Sie sich die Situation vor, wenn Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, wie es um ihren Krankenversicherungsschutz bestellt ist und an welche Kasse sie sich wenden sollen.

(Zuruf von Frau Wiechmann, FDVP)

Zudem wäre die Frage zu klären - bzw. von Ihnen die Antwort zu geben -, wer die vorhandenen Defizite und Verbindlichkeiten der zu schließenden Kasse zu tragen hätte. Soll das das Land Sachsen-Anhalt machen?

(Herr Schomburg, CDU: Polemik! - Herr Dr. Bergner, CDU: Das sind Wahlkampfreden! - Herr Dr. Daehre, CDU: Werden Sie doch mal sachlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In seinen Reden bekundet Kanzlerkandidat Stoiber in diesen Tagen immer wieder seinen Willen, Ostdeutschland wirtschaftlich voranzubringen. Das ist zu hören.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Ja, so wie er Bayern nach vorn gebracht hat! - Zurufe von Frau Wiechmann, FDVP, und von der SPD)

In seiner Regierungserklärung vom Februar 1998 mit dem viel sagenden Titel „Föderaler Wettbewerb - Deutschlands Stärke, Bayerns Chance“ ist dieser Wille jedenfalls nicht erkennbar.

(Zuruf von Herrn Schomburg, CDU)

Herr Stoiber formulierte dort unter anderem das Ziel von regionalen Beitragssätzen in allen Krankenkassen.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Oh, die Angst vor Stoiber muss ja groß sein!)

Seine Sozialministerin proklamiert dieses Ziel noch heute unverdrossen in allen öffentlichen Äußerungen.

Das ist überhaupt keine Lösung für uns ostdeutsche Länder, sondern das ist in der Tat eine Chance für Bayern. Mit regionalisierten Beitragssätzen - auch bei den Kassen, die sich über mehrere Länder erstrecken - würden in Ostdeutschland wegen der schlechten Einnahmensituation und der höheren Ausgaben aufgrund der höheren Morbidität die Beitragssätze auch der Ersatzkassen erheblich ansteigen. Mit dieser Forderung wird eindeutig klar, was Herr Stoiber unter einem föderalen Wettbewerb versteht: nämlich niedrige Beitragssätze und beste Standortbedingungen in Bayern sowie in den anderen klagenden Ländern und

(Herr Dr. Daehre, CDU: Time out! Zeit!)

hohe Beitragssätze und schlechte Standortbedingungen in Ostdeutschland. Das - ich sage es noch einmal - ist die Aufkündigung der gesamtdeutschen Solidarität und würde den Abbau Ost bedeuten.

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Daehre, CDU: Oh!)

Dabei bemerke ich nur am Rande, dass Bayern über 38 Jahre lang von dem Transfer aus der föderalen Solidarität profitiert hat.

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Da gab es noch gar keinen Risikostrukturausgleich!)

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, damit die negativen Seiten nicht eintreten, sollten Anstrengungen zum Erhalt des Risikostrukturausgleichs, vor allem des gesamtdeutschen Risikostrukturausgleiches, unternommen werden. Die Möglichkeit, im Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht Stellung zu nehmen, erscheint mir ein geeignetes Mittel dafür zu sein, die Ostinteressen zu artikulieren.

Ich freue mich, dass es über Parteigrenzen hinweg gelungen ist, mit den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen ein gemeinsames Verfahren zur Abgabe einer Stellungnahme zu verabreden. Sicherlich könnte das jedes Land für sich gegenüber dem Bundesverfassungsgericht tun, aber ich denke, wir sollten durch eine gemeinsame Stellungnahme ein politisches Signal setzen, und das muss heißen: Hände weg vom Risikostrukturausgleich!

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Daehre, CDU: Oh!)

Meine Damen und Herren von der CDU, am besten wäre es natürlich, wenn Bayern und die anderen beiden Länder die Klage zurückziehen würden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bitte ich um Zustimmung zu dem Antrag der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! In der vereinbarten Fünfminutendebatte spricht jetzt Herr Professor Dr. Böhmer für die CDU-Fraktion. Bitte.

(Herr Dr. Daehre, CDU: Die Ministerin hat länger gesprochen als zugelassen!)

Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben Wahlkampf und dabei sind solche Reden an der Tagesordnung.

(Zustimmung bei der CDU)

Dieser Antrag ist Wahlkampf pur, und ich will sagen, Herr Bischoff, ich habe mit Respekt zur Kenntnis genommen, wie Sie versucht haben, das einigermaßen sachlich vorzutragen. Das, was die Frau Ministerin Kuppe jetzt gemacht hat, erinnert mich an manche Redebeiträge aus anderen Fraktionen in diesem Haus. Die sind schon von der Stimmlage her schwer zu ertragen, geschweige denn vom Inhalt her.

(Beifall bei der CDU - Frau Lindemann, SPD: Das ist eine Frechheit!)

Wir müssen auch das aushalten, und ich würde mich jetzt überhaupt nicht wundern, wenn noch jemand kommt und eine namentliche Abstimmung verlangt, weil er denkt, dass es hierbei um die letzte Entscheidung für Sachsen-Anhalt geht.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir können das mit Lockerheit ertragen, weil wir das alles schon einmal erlebt haben. Es gibt in der Bundesrepublik seit langem den innerdeutschen Finanzausgleich, der zuletzt im Jahr 1993 gesetzlich novelliert worden ist, weil er für die Einbeziehung der neuen Bundesländer in den innerdeutschen Finanzausgleich vorbereitet werden sollte. Das alles hat damals die CDU-geführte Bundesregierung beschlossen.

Dann wurde das ab dem Jahr 1995 gemacht. Dabei stellten alle Beteiligten fest, dass es so - so gut es gemeint war - nicht geht, weil das Regelwerk gar nicht darauf ausgerichtet war, diese großen Finanzkraftunterschiede auszugleichen. Es kam zu Verschiebungen in der Steuerkraftreihenfolge. Das hat damals dazu geführt, dass Bundesländer eine Normenkontrollklage gegen den innerdeutschen Finanzausgleich eingereicht haben.

Ich erinnere mich noch gut daran, dass wir damals eine fast gleich lautende Diskussion hier bei uns hatten. Sie haben damals Ihr gesamtes organisiertes Diffamierungspotenzial aufgeboten, um uns klar zu machen, dass die klagenden Bundesländer jetzt die innerdeutsche Solidarität aufgekündigt hätten.

Sie alle wissen, wie es weiterging. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden und hat gesagt: Die klagenden Länder haben Recht, die Bundesregierung muss ein Maßstäbengesetz dafür vorschlagen. Das wird sie auch machen. Der Solidarpakt ist längst ausgehandelt worden. Der Finanzausgleich geht weiter und das Maßstäbengesetz wird kommen.

Jetzt sage ich Ihnen voraus: Wir werden das gleiche Geschehen wieder erleben. Ich will jetzt nicht noch die Geschichte vom Risikostrukturausgleich auffädeln. Die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen, dass er aus einem Gesetz stammt, nämlich dem Gesundheitsstrukturgesetz aus dem Jahr 1992, mit dem damals der einnahmeorientierte Finanzausgleich zwischen den Krankenkassen und Kassenarten eingeführt wurde. Es war eine CDU-geführte Bundesregierung, die das wollte, und dazu stehen wir auch heute noch.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzausgleich ist dann fortgeführt worden und am 1. November 1995 in das Risikostrukturausgleichsgesetz eingebunden worden.

Alle Krankenkassen, meine Damen und Herren, führen aus den Beiträgen der Versicherten 12 % der beitragspflichtigen Einnahmen ihrer Mitglieder in einen so genannten Risikostrukturausgleichstopf ab.

Nach einem rechtlich vorgegebenen Verfahren wird dann vom Bundesversicherungsamt der objektive Beitragsbedarf jeder einzelnen Krankenkasse, und zwar unter Berücksichtigung von zunächst vier Risikofaktoren, ermittelt. Diese Risikofaktoren sind die Zahl der mitversicherten Familienangehörigen, Alter und Geschlecht, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit und verschiedene Krankengeldansprüche. Jede Krankenkasse erhält aus diesem Risikostrukturausgleichstopf Zuweisungen entsprechend der Differenz zwischen ihren Beitragseinnahmen und dem errechneten Bedarf.

Nachdem nun beschlossen wurde, die neuen Bundesländer in einem geregelten Verfahren bis zum Jahr 2007 systematisch und schrittweise in diesen Risikostrukturausgleich mit einzubinden, wird jetzt festgestellt, dass die Berechnungsmodi, die das Bundesversicherungsamt vorgegeben hatte und die vorgeschrieben sind, dazu

führen, dass es neue Ungleichheiten gibt und dass es mehr Risikopotenziale und -faktoren gibt, insbesondere auch in den neuen Bundesländern, die berücksichtigt werden müssen.

(Zuruf von Frau Krause, PDS - Ministerin Frau Dr. Kuppe: Das haben wir doch letztes Jahr gemacht!)

Deswegen führt die gegenwärtige Berechnung zu Verwerfungen. Die Ersatzkassen haben schon lange angekündigt, dass sie aus diesem Verfahren aussteigen wollen.

Sie sollten einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Risikostrukturausgleich in Deutschland über 300 Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten mit einem Gesamtstreitwert von über 500 Milliarden € anhängig sind. Wenn hier nicht der Gesetzgeber handelt, sondern sagt, das lassen wir einfach laufen, dann führt das nur dazu, dass die begleitenden Rechtsanwälte reich werden, und zwar zulasten der Versicherungskassen. Das kann doch niemand wollen,

(Beifall bei der CDU)

der dazu bereit ist, einigermaßen ehrlich über diese Angelegenheiten zu diskutieren.

Deshalb hat zunächst das Land Baden-Württemberg - die anderen genannten Länder haben sich angeschlossen - gesagt: So geht das nicht. Wir müssen auch hierzu ein Normenkontrollverfahren einleiten, damit die Berechnungsmodi neu festgestellt werden.

Hierbei wird es ein ähnliches Maßstäbengesetz geben, wie wir es zum Finanzausgleich noch machen müssen - auch das ist noch nicht formuliert -, um eine einigermaßen gerechte Verteilung dieser Finanzmassen zu schaffen, die allen Risikofaktoren gerecht wird. Niemand geht dabei davon aus, dass die neuen Bundesländer weniger Geld bekommen sollen, und niemand möchte das. Eine solche Aussage halte ich für eine Lüge.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Herrn Oleikiewitz, SPD)

Ich sage Ihnen, deswegen ist die Angelegenheit höchst ärgerlich. Ich habe großes Verständnis für den Wahlkampf. Wer aber Wahlkampf nach dem Motto führt - das ist schon sehr alt -: „Jede Lüge wird zur Wahrheit, wenn man sie nur häufig genug wiederholt“, dem sage ich: Das haben nicht einmal Sie verdient, dass wir so miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD - Zuruf von Herrn Kühn, SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Professor Dr. Böhmer, Sie müssten zum Ende Ihrer Rede kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon um eine Minute überzogen.

Herr Prof. Dr. Böhmer (CDU):

Herr Präsident, ich weiß, dass ich Ihnen die Minute Redezeit schuldig bin. - Ich möchte nur sagen, ich bin ganz sicher, dass das jetzige Verfahren - die Klärung dieser Unklarheiten innerhalb des Risikostrukturausgleichs durch ein Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht - die vernünftigste Lösung des

Problems ist. Man kann das Problem nicht den Verwaltungsgerichten überlassen.

Die Lösung wird kommen, sie wird auch zu einem Maßstäbengesetz für den Risikostrukturausgleich führen. Erst dann werden wir wieder Ruhe in der Diskussion haben und dann werden Sie mir Recht darin geben, dass in diesem Verfahren niemand die innerdeutsche Solidarität aufkündigen wollte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die FDVP-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Frau Wiechmann.

(Oh! bei der SPD)

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Na klar ist es Wahlkampf, und ich beteilige mich gern an diesem Wahlkampf, weil eigentlich diese gesamte Plenarsitzung seit gestern hauptsächlich Wahlkampf ist.

Ich möchte aber Folgendes vorwegnehmen. Wir sind für den Solidargedanken. Wir sind dafür möglicherweise mehr, als Sie es sind. Solidarität kann aber nicht immer nur einseitig eingefordert werden.

Ich habe, glaube ich, in der gestrigen Debatte gesagt: Die einzige Leistung dieser Landesregierung besteht offenbar darin, immer nur nach dem Geld anderer zu rufen. Dazu zähle ich natürlich auch die die Landesregierung tragenden Fraktionen der SPD und der PDS. Von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, stammt auch dieser andere Antrag.

Ich habe also kritisiert, dass ständig nach Geld gerufen wird, anstatt einmal ernsthaft darüber nachzudenken, wie wir es in Sachsen-Anhalt schaffen, die Wirtschaft so stark zu machen - auch hierbei komme ich wieder zu dem Thema der Wirtschaft; es endet immer wieder bei der Wirtschaft -, dass die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt beseitigt wird. Dann gibt es auch wieder mehr Beitragszahler. Dann haben die Kassen auch wieder mehr Geld zur Verfügung und wir brauchen nicht über Beitragserhöhungen nachzudenken. Dazu sage ich aber in der Beratung zu dem nächsten Tagesordnungspunkt mehr.

Ich komme zu der zweiten Möglichkeit, die ich hier auch ansprechen möchte. Anstatt nach Geld zu jammern, würde die zweite Möglichkeit darin bestehen - das ist eine grundlegende Forderung der FDVP -, die dringend notwendige Reform - es sollte aber eine grundlegende Reform sein - der Krankenkassen vorzunehmen.

Meine Damen und Herren! Wer für über 1 500 Krankenkassen ist, der ist auch für über 1 500 Wasserköpfe. Das betrifft die Verwaltung, Fuhrpark und so weiter. Der ist damit natürlich auch für einen riesigen Kostenapparat, der die Beitragsgelder der Versicherten verschlingt.

Wenn ein Direktor, meine Damen und Herren, einer Krankenkasse ein Jahresalär von 300 000 DM erhält - man muss sich diesen Betrag mit dem Faktor 1 500 multipliziert vorstellen, das gibt es in der Bundesrepublik Deutschland -, dann braucht mich niemand mehr zu fragen, wo das ganze Geld der Versicherten bleibt. Dann brauche ich auch an dieser Stelle nicht nach Beitragserhöhungen zu rufen.

(Zuruf von Herrn Siebert, SPD)

Wenn Millionen an Beitragsgeldern - auch das gibt es und das geschieht auch in Sachsen-Anhalt - für fremde Leistungen ins Ausland fließen, dann muss mich auch keiner mehr fragen: Was ist eigentlich die Aufgabe unserer Krankenkassen? Wofür ist unser Solidarprinzip in Sachsen-Anhalt und in Deutschland eigentlich da?

Dem Antrag der SPD-Fraktion können wir natürlich nicht zustimmen.

(Zustimmung von Herrn Mertens, FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die PDS-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Frau Krause.

Frau Krause (PDS):

Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Es ist nicht das erste Mal, dass wir in diesem Haus über den Risikostrukturausgleich sprechen. Mit dem Risikostrukturausgleich existiert seit dem Jahr 1994 ein gesetzliches Instrumentarium zur Nivellierung der unterschiedlichen Kosten- und Versichertenstrukturen bei den gesetzlichen Krankenkassen.

Im Jahr 1999 wurde die Trennung in einen westlichen und einen östlichen Ausgleich per Gesetz beseitigt. In den Jahren 2001 bis 2007 - darauf hat Professor Böhmer hingewiesen - soll der Ausgleich schrittweise auf das bundeseinheitliche Niveau angehoben werden.

Vollständig zufrieden - das muss man ehrlicherweise sagen - war mit dem Risikostrukturausgleich bisher niemand. Über diesen wurden jährlich 13 Milliarden € zwischen den Krankenkassen umverteilt. Allerdings war dies mit vielen Problemen behaftet.

Es muss aber auch gesagt werden, es mangelt bisher an Alternativen, um die offenkundigen Wettbewerbsnachteile für Kassen mit ungewöhnlich vielen schlechten Risiken, mit Alten, Kranken oder Geringverdienenden, auszugleichen.

Die ostdeutschen Krankenkassen, aber auch einige im Westen haben ungünstige Risiken zu verkraften. Geringen Beitragseinnahmen aufgrund von Arbeitslosigkeit, von niedrigen Löhnen und Gehältern, aufgrund der Ausdehnung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse gerade im Osten, stagnierender oder zurückgehender Real-löhne, von Verlusten von Mitgliedern durch einen marktwirtschaftlichen Wettbewerb um Junge und Gesunde stehen Ausgaben gegenüber, die sich in den vergangenen Jahren dem Westniveau angenähert haben oder die aufgrund der speziellen Erkrankungshäufigkeit höher sind.

Der gleiche Zugang zu einer modernen medizinischen Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen ist jedoch - das möchte ich als eine grundsätzliche Position der PDS hier erneut betonen - eine unverzichtbare Voraussetzung für die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.

Niemand darf eine schlechtere medizinische und gesundheitliche Versorgung in Kauf nehmen müssen, nur weil er beispielsweise in Sachsen-Anhalt oder in Mecklenburg-Vorpommern wohnt. Deshalb ist der Risikostrukturausgleich bei allen Mängeln ein auf dem Solidarprinzip innerhalb der GKV beruhender Transfer, ohne den vor allem die Krankenkassen im Osten vor dem Aus stehen würden.

Ich möchte namens unserer Fraktion deutlich sagen: Der Risikostrukturausgleich ist als bundesweiter Ausgleich unterschiedlich belasteter Kassen notwendig.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Zustimmung von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Eine Regionalisierung würde zu extremen Verwerfungen im Gesamtsystem der gesetzlichen Krankenversicherung der Länder führen.

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Wer will denn das?)

Die Notwendigkeit des Risikostrukturausgleichs schließt jedoch nicht aus - auch das möchte ich sagen -, dass auch die Allgemeinen Ortskrankenkassen der Länder über ein internes Solidarsystem, wie es die Ersatzkassen bereits praktizieren, zu diskutieren haben.

Mit der unter der Federführung der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen beim Bundesverfassungsgericht eingereichten Normenkontrollklage gegen den Risikostrukturausgleich soll insbesondere der Ost-West-Finanzausgleich bei den gesetzlichen Krankenkassen ausgehebelt werden. Es ist schon eine Provokation - das möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen -, wenn der Kanzlerkandidat der CDU/CSU dieses Ansinnen, das bei einem Erfolg der Klage die bereits genannten Verluste mit sich bringen würde, als Frage der Gerechtigkeit bezeichnet.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Zustimmung von Ministerpräsident Herrn Dr. Höppner und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Wenn dies das „Neue für den Osten“ sein soll, meine Herren und Damen von der CDU, dann möchte ich das doch sehr infrage stellen.

(Herr Dr. Bergner, CDU: Jetzt machen Sie aber Wahlkampf! - Herr Bischoff, SPD: Es ist auch Wahlkampf!)

Mit dem Ansinnen dieser Klage ist nicht nur die Existenz der Ostkassen gefährdet, sondern auch eine erhebliche Verschlechterung des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschland vorprogrammiert. Sehr deutlich möchte ich aber auch sagen, dass darüber hinaus die Struktur der gesetzlichen Krankenversicherung infrage gestellt und deren entscheidende Grundlage, das Solidarprinzip, angegriffen wird. Einer Entsolidarisierung der Versicherungsgemeinschaft in Ost und West wird damit wiederum Vorschub geleistet.

Nun mag dies vielleicht sehr gut in die Vorstellungen Ihrer Partei und anderer Parteien über eine Gesundheitsreform passen - das weiß ich -, die vorrangig auf eine weitere Privatisierung von Krankheitsrisiken durch eine höhere finanzielle Belastung der Versicherten orientiert. Die PDS - das möchte ich deutlich sagen - lehnt eine solche Entwicklung ab und unterstützt deshalb den Antrag der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Herr Präsident, gestatten Sie mir noch ein paar persönliche Worte?

Präsident Herr Schaefer:

Ja, bitte.

Frau Krause (PDS):

Ich möchte am Ende meiner letzten Rede, wie schon einige Abgeordnete gestern, einige persönliche Worte

zur Verabschiedung aus der parlamentarischen Politikgestaltung an Sie richten, da ich die Entscheidung getroffen habe, nicht mehr zu kandidieren.

Die vergangenen acht Jahre waren ein für mich interessanter und lehrreicher Lebensabschnitt mit vielen Erfahrungsgewinnen. Einer der wesentlichsten Erfahrungsgewinne war und ist es für mich, auch wenn sich das gestern und heute etwas anders darstellte, dass Abgeordnete auch unterschiedlicher Parteien prinzipiell, aber sehr sachgerecht, sehr kollegial, den anderen und die andere in seinen und ihren Ansichten achtend, über politische Lösungen streiten und daran auch arbeiten konnten. Dafür möchte ich meinen persönlichen Dank insbesondere an alle aktiv wirkenden Abgeordneten des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales richten.

Als stellvertretende Ausschussvorsitzende möchte ich aber auch unserer Ausschusssekretärin Frau Lahne und den Damen vom Stenografischen Dienst einen besonderen Dank sagen.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Darüber hinaus ist es mir persönlich wichtig, ein Dankeschön auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung zu übermitteln, deren Wirken ein aus meiner Sicht unverzichtbarer Beitrag zu unserer Abgeordnetentätigkeit war und ist.

Einzelne Abgeordnete haben gestern in ihrer persönlichen Verabschiedung Wahlwünsche geäußert. Dies ebenfalls tuend, wünsche ich mir ein sehr klares, eindeutiges Wählervotum, das klarstellt, dass der künftige Landtag von Sachsen-Anhalt und darüber hinaus das Land Sachsen-Anhalt eine rechts orientierte, fremdenfeindliche, völkische Partei weder braucht noch will.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Mir bleibt für die letzten Wochen, den Wiederkandidierenden vor allen Dingen für die kommenden fünf Wochen ein gutes Durchstehvermögen zu wünschen, natürlich mit den Vorstellungen, die Sie als Kandidaten haben. Allen Anwesenden im Saal und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung möchte ich für die Zukunft persönliches Wohlergehen und Gesundheit wünschen.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Die Debatte wird beendet mit dem Beitrag des Abgeordneten Herrn Bischoff.

Herr Bischoff (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich ist Wahlkampf. Das ist keine Frage. Im Wahlkampf wird vieles pointiert und teilweise auch verkürzt gesagt. Das ist auch richtig. Aber bei der Frage des Risikostrukturausgleiches muss man genauer hinsehen. Das habe ich auch gemacht. Viele haben nachgesehen.

Nachdem der Bundeskanzler die eingereichten Klagen deutlich kritisiert hatte, haben viele auf eine Reaktion aus Bayern gewartet und darauf, was der Ministerpräsident und Kanzlerkandidat nun sagt. Am 28. Februar kam direkt aus Bayern eine Meldung der dortigen Ge-

sundheitsministerin. Ich habe sie vorhin nicht zitiert. Sie sagte:

„Wir wollen einen gerechten Risikostrukturausgleich im Sinne eines Wettbewerbsföderalismus, der auch regionale Aspekte berücksichtigt.“

An dieser Aussage merkt man sofort, wohin es eigentlich gehen soll. Deshalb geht es mir und uns darum, dass man hinter die Sache schauen und fragen muss, welche Absicht die reichen Länder verfolgen. Man muss sich auch fragen, warum nur die reichen Länder klagen, wenn es ungerecht ist. Geht es wirklich um eine größere gesamtdeutsche Gerechtigkeit? Oder geht es nicht doch darum, die Interessen der reichen Länder für sich zu bewahren und sich nicht an den Risiken zu beteiligen, die andere Länder, insbesondere im Osten, zu tragen haben?

Warum - frage ich dann - haben die bayerische Gesundheitsministerin oder der Kanzlerkandidat es nicht richtig gestellt und gesagt, man nehme den regionalen Bezug zurück?

Zur FDVP ganz deutlich gesagt: Ich glaube, Sie haben gar nicht verstanden, worum es geht. Das ist kein Wunder; denn in den vier Jahren habe ich nicht erlebt, dass Sie in den Ausschusssitzungen mitgearbeitet haben. Teilweise waren Sie auch nicht anwesend.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS - Frau Wiechmann, FDVP: Ach, Herr Bischoff!)

Schon allein der Umstand, dass Sie von 1 500 Kassen reden, zeugt davon. Das ist schon Jahre her. Die Zahl hat sich zurückentwickelt auf 600 Kassen.

(Zuruf von Frau Wiechmann, FDVP)

Das sollte man inzwischen wissen, unabhängig davon, ob wir sie tatsächlich brauchen und ob es nicht auch noch zu viele sind.

(Zuruf von Frau Wiechmann, FDVP)

Aber man muss es natürlich erst einmal wissen.

Wir wollen von diesem Landtag aus deutlich machen, dass wir zu der Solidarität der östlichen Bundesländer stehen, dass wir nicht zulassen, dass der Streit über den Risikostrukturausgleich auf dem Rücken der Ärmere, der Betroffenen und der chronisch Kranken ausgetragen wird. Das kenne ich aus meiner eigenen Familie. Schon gar nicht sollte das Thema auf dem Rücken der Wirtschaft ausgetragen werden, weil wir sonst noch weiter abgehängt werden. Deshalb ist der Gedanke, eine namentliche Abstimmung durchzuführen, gar nicht so schlecht.

(Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Weil Sie nur vom Wahlkampf reden!)

Das brauchen wir noch im Wahlkampf. Deshalb fordere ich tatsächlich eine namentliche Abstimmung.

(Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Zum Abstimmungsverfahren zur Drs. 3/5370. Sie haben eben gehört, dass eine namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich bitte die Schriftführer, mit ihrer Arbeit zu beginnen.

Ich sage es vorsichtshalber: Auf die Frage „Wer stimmt dem Antrag zu?“ kann man mit Ja oder Nein antworten oder man kann sich der Stimme enthalten. - Frau Schriftführerin, bitte beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Herr Barth	Ja	Herr Koehn	Ja
Herr Becker	Nein	Herr Kolde	-
Herr Dr. Bergner	Nein	Frau Krause	Ja
Herr Biener	Ja	Herr Krause	-
Herr Bischoff	Ja	Herr Kühn	Ja
Herr Prof. Dr. Böhmer	Nein	Herr Kuntze	Nein
Herr Dr. Brachmann	Ja	Frau Dr. Kuppe	Ja
Frau Brandt	-	Frau Leppinger	-
Herr Büchner	-	Frau Liebrecht	Nein
Frau Budde	-	Frau Lindemann	Ja
Herr Buder	-	Frau Ludewig	Nein
Frau Bull	Ja	Herr Meinecke	Ja
Herr Bullerjahn	Ja	Herr Mertens	Nein
Herr Czeke	Ja	Herr Metke	Ja
Herr Dr. Daehre	Nein	Frau Mewald	-
Frau Dirlich	Ja	Herr Miksch	-
Herr Doege	Ja	Frau Mittendorf	Ja
Herr Eckel	Ja	Herr Mokry	-
Herr Dr. Eckert	Ja	Herr Montag	-
Herr Ernst	Ja	Herr Dr. Nehler	-
Herr Felke	Ja	Herr Oleikiewitz	Ja
Frau Ferchland	-	Frau Dr. Paschke	Ja
Frau Feußner	Nein	Herr Preiß	-
Herr Dr. Fikentscher	Ja	Herr Dr. Püchel	-
Frau Fischer (Naumburg)	Ja	Herr Quien	Ja
Frau Fischer (Merseburg)	Nein	Herr Radschunat	Ja
Frau Fischer (Leuna)	Ja	Herr Rahmig	-
Herr Gallert	Ja	Herr Reck	Ja
Herr Gärtner	Ja	Herr Dr. Rehhahn	-
Herr Gebhardt	Ja	Herr Remmers	Nein
Herr Gürth	-	Frau Rogée	Ja
Herr Hacke	-	Herr Rothe	Ja
Frau Hajek	Ja	Herr Sachse	Ja
Herr Halupka	Ja	Herr Schaefer	Ja
Frau Dr. Hein	-	Herr Scharf	Nein
Frau Helmecke	-	Herr Schlaak	-
Herr Dr. Heyer	Ja	Frau Schmidt	Ja
Herr Hoffmann (Magdeburg)	-	Herr Schomburg	Nein
Herr Hoffmann (Dessau)	Ja	Herr Schulze	Nein
Herr Dr. Höppner	Ja	Herr Sennecke	-
Herr Jeziorsky	-	Herr Siegert	Ja
Herr Jüngling	-	Frau Dr. Sitte	-
Frau Kachel	Ja	Herr Dr. Sobetzko	Nein
Herr Kannegießer	-	Herr Sommerfeld	Nein
Herr Kasten	-	Frau Spors	-
Frau Kauerauf	Ja	Herr Prof. Dr. Spotka	Nein
Herr Dr. Keitel	-	Frau Stange	Nein
Frau Knöfler	Ja	Herr Steckel	Ja
Herr Dr. Köck	Ja	Herr Stephan	-
		Herr Stier	-
		Frau Stolfa	-
		Herr Dr. Süß	Ja
		Herr Taesch	Nein
		Frau Theil	Ja
		Frau Tiedge	Ja

Herr Tögel	Ja
Herr Prof. Dr. Trepte	Ja
Herr Webel	-
Herr Weich	-
Frau Dr. Weiher	Ja
Frau Weiß	-
Frau Wernicke	-
Frau Wiechmann	Nein
Herr Wiechmann	Nein
Frau Wiedemann	Ja
Herr Wolf	-
Herr Zeidler	Ja

Präsident Herr Schaefer:

Ist noch jemand im Plenarsaal, der seine Stimme nicht abgegeben hat? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann bitte ich während der Auszählung um etwas Geduld.

Meine Damen und Herren! Ich teile Ihnen das Abstimmungsergebnis mit: Mit Ja stimmten 56 Abgeordnete und mit Nein 21 Abgeordnete; 39 Abgeordnete waren nicht anwesend. Der Stimme enthielt sich kein Abgeordneter. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von der Regierungsbank)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 20:**

Beratung

Wirtschaft stärken - Arbeit schaffen

Antrag der Fraktion der FDVP - **Drs. 3/5378**

Einbringerin ist die Abgeordnete Frau Wiechmann. Ich bitte die Abgeordnete Frau Wiechmann, das Wort zu ergreifen.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch dieser Antrag wäre geeignet, eine namentliche Abstimmung zu verlangen, zumal alle betont haben, dass wir uns im Wahlkampf befinden. Aber diese Option halte ich mir noch offen, bis ich meine Position vorgetragen und die Reaktionen darauf aus dem Plenum erhalten habe.

Ich habe gestern anlässlich der Aktuellen Debatte zum Thema Arbeitslosigkeit den Zustand in Sachsen-Anhalt deutlich beschrieben. Ich glaube, jeder kann sich daran erinnern. Jeder kennt diesen Zustand.

Ferner habe ich erläutert, wo wir die Ansätze sehen, um die Menschen in diesem Lande wieder in Arbeit zu bringen. Nicht die Verwaltung der Arbeitslosigkeit - auch das habe ich gesagt -, sei sie noch so modern, ist das Modell der Zukunft. Vielmehr wollen wir die Wirtschaft stärken, damit in diesem Land wieder Arbeitsplätze geschaffen werden. Genau an dieser Stelle setzen wir an.

Ich habe in einer unserer vergangenen Debatten einmal gesagt: Es kommt nicht darauf an, wie der Wind weht, sondern darauf, wie man die Segel setzt. Das ist noch immer die Überschrift unseres Wirtschaftskonzepts, das darauf ausgerichtet ist, Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt durch Betriebsansiedlungen zu schaffen.

Welche Bedeutung den kleinen und mittelständischen Betrieben zukommt, habe ich gestern gesagt. Weshalb das so ist, habe ich begründet. Ich möchte an diesen Punkt anknüpfen. Es wird der Bereitstellung eines gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen tauglichen steuerlichen und sozialrechtlichen unbürokratischen Umfeldes bedürfen.

Ich habe gestern noch einmal auf die Bedeutung insbesondere des Handwerks sowie der kleinen und mittelständischen Betriebe für die künftige Entwicklung der Wirtschaft im Lande verwiesen.

Das wirtschaftspolitische Konzept der FDVP-Fraktion zielt genau darauf ab, nämlich vorhandene Unternehmen zu stärken, neue Unternehmen anzusiedeln und zu gründen.

Meine Damen und Herren! Dadurch könnten Synergieeffekte ausgelöst werden und im Lande - das geht auf seriöse Berechnungen zurück - ca. 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auch ich weiß, dass das nicht kurzfristig umgesetzt werden kann, nachdem die Karre derart an die Wand gefahren wurde und sicherlich viel Kraft nötig sein wird, das Ganze wieder aus dem Schlamm zu ziehen.

(Unruhe)

Aber das muss angegangen werden; denn das sichert Steuereinnahmen und verbessert die Kaufkraft. Dabei sollten wir - auch das habe ich schon einmal in diesem Hause betont - nicht immer wieder nach fremdem Geld rufen, sondern wir müssen uns immer mehr auf die eigenen Kräfte besinnen und uns auf die Verdichtung bereits vorhandener Strukturen - es sind ja Strukturen vorhanden - und auf vorhandenes Know-how konzentrieren. Mit wenigen Worten: Wir müssen Unternehmensnetzwerke gründen statt Einzelkämpfermentalität zu entwickeln.

Das Ergebnis unserer Überlegungen stelle ich Ihnen hiermit konzeptionell vor. Nach Meinung der FDVP-Fraktion führt der Weg zum Ziel im Gegensatz zum PDS-Arbeitsverwaltungsansatz, den wir gestern noch einmal gehört haben, über folgende Grundsätze der FDVP: Leistung muss sich wieder lohnen. Freies Unternehmertum ist zu fördern. Privateigentum ist zu unterstützen. Eigenverantwortung statt staatlicher Bevormundung. Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung.

Meine Damen und Herren! Nicht Abhängigkeit vom Staat und von staatlicher Fürsorge, ob durch Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenhilfe, ABM oder anderes, sichert ein Leben in Freiheit und Würde, sondern Unabhängigkeit sichert diese Freiheit. Es gibt keine Freiheit und Würde ohne Arbeit. Soziale Sicherheit, meine Damen und Herren, gelingt eben auch nur durch Arbeit.

Dabei haben die Unternehmen einerseits einen Anspruch auf vernünftige Rahmenbedingungen, aber sie haben andererseits auch die Verpflichtung, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden, damit sich insgesamt die Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt verbessert, damit der Schritt zur Selbständigkeit wieder attraktiver wird und damit durch unternehmerischen Fleiß wieder Gewinne gemacht werden können, damit die Arbeitnehmer angemessene und faire Gehälter erhalten können.

Unsere konkreten Forderungen und Vorschläge zur Sicherung der Existenz und der Neuansiedlung und Gründung von kleinen und mittelständischen Unternehm-

men und damit zur Schaffung von Arbeitsplätzen werde ich kurz erläutern. Es geht uns erstens um die Stärkung der Wettbewerbskraft durch Senkung der Lohnnebenkosten, der Steuern und der Abgaben.

(Anhaltende Unruhe)

Könnten Sie den Geräuschpegel etwas senken? Andernfalls muss ich so schreien.

(Lachen bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Ich kann den nicht senken. Das hängt von den Abgeordneten ab.

Frau Wiechmann (FDVP):

Sie könnten aber um Ruhe bitten.

Präsident Herr Schaefer:

Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Frau Wiechmann (FDVP):

In Deutschland werden zurzeit Steuern erhoben mit dem Ziel der Sicherung des Staatseinflusses auf alle Lebensbereiche seiner Bürger. Zuerst meine Damen und Herren, nimmt der Fiskus den Arbeitnehmern und den Unternehmen bis zu über 50 % ihrer Einkünfte weg, um ihnen danach einen Teil wieder zurückzuerstatten. Hierbei werden einerseits Abhängigkeiten geschaffen und andererseits versinken große Beträge in der Bürokratie der Verwaltung.

Freiheitliches Ziel muss es deshalb auch sein - das ist es auch -, insbesondere die hohe Steuer- und Abgabenlast zu reduzieren. Die Grundsätze eines gesunden Steuersystems müssen wieder im Vordergrund stehen, beispielsweise die Senkung der Einkommensteuer auf allen Stufen sowie eine Vereinfachung des Steuerrechts durch Einführung eines einheitlichen Steuersatzes und die Realisierung entsprechender Freibeträge.

Alle Unternehmen müssen die gleichen Wettbewerbschancen haben. Das heißt, Wettbewerbsverzerrungen, beispielsweise durch EU-Richtlinien und damit verbundene einseitige zusätzliche Belastungen einheimischer Unternehmen, sind abzuschaffen, ebenso alle steuerlichen Privilegien für Großbetriebe bzw. Kapitalgesellschaften.

Wir fordern - das legen wir der Landesregierung ans Herz - die Rückgängigmachung der so genannten Ökosteuern und damit die Senkung aller Energiekosten und die Entlastung der Unternehmen zum Beispiel bei der in jeder Hinsicht überhöhten Mineralöl- und Kfz-Steuer.

Handwerker, kleine und mittelständische Unternehmen müssen in den ersten Jahren nach ihrer Gründung Steuererleichterungen erhalten, und zwar nach unserer Vorstellung im ersten Jahr Steuerfreiheit bei der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Beispielsweise könnten dem Betrieb 100 % der Lohnsteuer als Rücklage verbleiben. Im zweiten Jahr könnten das 50 % sein und im dritten Jahr 25 %. Die steuerlichen Vergünstigungen sind an die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen zu binden und schließen Zusatzförderprogramme durch das Arbeitsamt nicht aus.

Wir fordern die Abschaffung des Vorauszahlungswesens. Wir fordern also die Umsatzsteuerabführung

nur bei bezahlten Rechnungen. Auch das sollte ein Anliegen dieser Landesregierung sein.

Ersatzlose Streichung der Gewerbesteuer.

Unumgänglich ist auch die Senkung der Lohnnebenkosten und der Abgabenlast bei Wasser, Strom und Müll. Es ist nicht unbekannt, dass wir in Sachsen-Anhalt mittlerweile höhere Wasser- und Abwasserkosten zu zahlen haben, als das zum Beispiel in der Stadt München der Fall ist.

Steuerfreiheit für nicht entnommene und reinvestierte Gewinne zur Verbesserung der Eigenkapitalstruktur bei kleinen und mittelständischen Unternehmen. Nur so können Unternehmen nicht nur so genannte schlechte Zeiten besser überstehen, sondern sie haben auch Handlungsspielräume. Größere Investitionen können dann schneller umgesetzt werden und das dient letztlich der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Verhinderung von Kreditausfällen. Auch das muss insgesamt unser Ziel sein.

Weiterhin die Wiedereinführung der Verlustvorträge. Das heißt, Verluste müssen wieder in vollem Ausmaß geltend gemacht werden können.

Die Betriebsnachfolge muss zur Erhaltung der kleinen und mittelständischen Unternehmen steuer- und gebührenfrei gestellt werden. Sämtliche Steuern und Gebühren sind an dieser Stelle ersatzlos zu streichen.

Die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen und das Vertrauensverhältnis - das ist in Sachsen-Anhalt längst nicht mehr gegeben - zwischen Wirtschaft und Politik als Voraussetzung einer künftigen erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt sind wiederherzustellen.

(Anhaltende Unruhe)

Präsident Herr Schaefer:

Meine Damen und Herren! Ihr Interesse scheint wirklich nicht sehr groß zu sein. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Frau Wiechmann (FDVP):

Zweitens die Förderung und aktive Unterstützung der Existenzgründer und Jungunternehmer. Überregulierung, undurchschaubare Gesetze, finanzielle Drangsalierung und eine ausufernde Bürokratie sind kein Anreiz für Unternehmen, sich in Sachsen-Anhalt anzusiedeln. Dahin gehend sind Gesetze, Verordnungen, Erlasse und anderweitige Vorschriften zu durchforsten und auf Wirtschaftsverträglichkeit zu prüfen. Eine moderne Verwaltung steht einer modernen Wirtschaft nicht im Wege.

Die Neugründung von Unternehmen ist zielgerichtet zu fördern, zum Beispiel durch Existenzgründerbeihilfen in den ersten Jahren nach Existenzgründung. So wie das derzeit besteht, ist es längst nicht ausreichend. Wir könnten uns beispielsweise vorstellen, im ersten Jahr 1 000 € und im zweiten Jahr 500 € pro Monat für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Neben dem innovativen und dem produzierenden Gewerbe ist die Gründung von Dienstleistungsunternehmen verstärkt zu fördern. Dieser Bereich wurde in Sachsen-Anhalt bisher völlig vernachlässigt. Der Dienstleistungssektor schafft ebenso wie der produzierende Sektor Arbeitsplätze, zum Beispiel im Bereich der privaten Kinderbetreuung, im Bereich der Hauswirtschaft, im Bereich

der Landschaftsgestaltung, bei privaten Nachhilfeeinrichtungen und in anderen Bereichen.

Wir wollen die fristgebundene Neubewertung der eidesstattlichen Versicherung gegenüber Banken nach fünf Jahren, ansonsten nach zehn Jahren, und kostenlose Verfahren zur Restschuldbefreiung. Wir wollen die Gewährung von Sozialleistungen für mithelfende Ehegatten im eigenen Betrieb in voller Höhe.

Es geht uns um die Neuordnung der Förderpolitik. Die Vergabe von Fördermitteln muss objektiv und vor allen Dingen transparent und unbürokratisch erfolgen. Ich habe an dieser Stelle schon einmal gesagt, dass 100 % der von uns befragten Unternehmer - das waren über 500 - auf die Frage, ob die Fördermittelpolitik derzeit zufrieden stellend sei, mit Nein geantwortet haben.

Mit deutschen Geldern müssen Arbeitsplätze und Unternehmen in Deutschland geschaffen werden. Förderungsunfähig sind deutsche Unternehmen im Ausland. Wir können also nicht deutsche Steuergelder für Unternehmen im Ausland verwenden.

Schwerpunktmäßig müssen Fördermaßnahmen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Existenzgründung eingesetzt werden.

Wir fordern die Reduzierung der behördlichen Bearbeitungszeit auf ein Mindestmaß und die Unterbindung des Subventionstransfers für Billigarbeitskräfte auch nach außerhalb, zum Beispiel bei Subunternehmen.

Auch das ist kein Einzelfall. Ich erinnere nur an eine Razzia, die in Dessau auf einer öffentlichen Baustelle, nämlich auf der der Fachhochschule Dessau, stattgefunden hat. Dort hat man genau das vorgefunden, dass für 5 DM pro Stunde durch einen Subunternehmer Leute beschäftigt wurden.

Drittens. Mehr Unternehmerfreiheit durch freiwillige Kammermitgliedschaften. Die Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden ist abzuschaffen. Freiwillige Mitgliedschaften in leistungsfähigen Kammern zur optimalen Betreuung der Mitglieder - das muss die Zielsetzung sein. Wenn ich heute ein Gewerbe anmelde, dann bekomme ich als Erstes meinen Beitragsbescheid für die Industrie- und Handelskammer oder für die Handwerkskammer, obwohl ich noch keine müde Mark verdient habe. - Das kann es wohl nicht sein.

Kammern und Verbände sollen schlank und serviceorientiert arbeiten. Die Funktionärszahl ist zu senken. Auch hierbei stehen wir auf dem Standpunkt: Leistung statt Parteibuch.

Innungen, Gremien und Fachverbände sind zusammenzulegen. Die Schaffung eines demokratischen Kammerwahlrechts ist unabdingbar, und nicht eine Parteibuchwirtschaft und ein Proporzsystem, wie es derzeit stattfindet.

(Anhaltende Unruhe)

Viertens. Die Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen durch Entbürokratisierung, Deregulierung und Flexibilisierung. Wir fordern einen vehementen Belastungsstopp unter anderem durch die Verringerung des bürokratischen Aufwands.

Statt Innovationen und wirtschaftliche Aktivitäten zu behindern - so wie es in Sachsen-Anhalt momentan stattfindet -, müssen positive wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Kleinen und mittelständischen Betrieben ist die Teilnahme an öffentlichen Auf-

trägen zu erleichtern und nicht zu erschweren. Diese öffentlichen Aufträge sind vorzugsweise an ansässige Unternehmer zu vergeben, und zwar unter verstärkter Berücksichtigung der Verwendung einheimischer Produkte.

Die bisherige Praxis - nicht das Gesetz -, jeweils den billigsten Anbieter zu beauftragen, ist zu ändern. Vorrang bei der Auftragsvergabe müssen künftig regionale und wirtschaftliche Gründe haben, wie zum Beispiel die Erreichbarkeit bei Wartung oder Reklamation. Die Lohnsteuer verbleibt in der Region und weitere Synergieeffekte entstehen.

Wirtschaftsverträglichkeitsprüfungen und Folgekostenberechnungen für neue Gesetze und Verordnungen haben stattzufinden. All jene Normen sind zu beseitigen, die ohne wesentlichen Grund die wirtschaftliche Tätigkeit von Unternehmen beschränken. Von diesen Normen haben wir eine ganze Menge in Sachsen-Anhalt.

Wir fordern gleichzeitig ein neues Arbeitsmodell: Sozialpartnerschaft gehört in die Betriebe. Ein neues Arbeitsmodell bedeutet für uns, dass Lohnverhandlungen auch auf Betriebsebene stattfinden und individuelle Verträge als Alternative zu kollektiv ausgehandelten Verträgen geschlossen werden.

Programmansatz heißt für uns Flexibilität und soziales Sicherheitsnetz. Das dient dem Arbeitgeber, aber auch dem Arbeitnehmer und sichert Arbeitsplätze.

Kollektive Regelungen und Bestimmungen können nicht auf die Bedürfnisse einzelner Mitarbeiter und Unternehmen eingehen. Die Sozialpartnerschaft sollte deshalb insgesamt in die Betriebe verlagert werden.

Mitarbeiterbeteiligungsmodelle als Mittel der Lohngestaltung haben sich mitunter schon bewährt und sind unternehmensspezifisch verstärkt umzusetzen.

Wir fordern die verstärkte Bereitstellung von Mitteln zur Förderung von Jugendarbeitsplätzen, zum Beispiel durch die Abschaffung der unsinnigen so genannten Mobilitätsprämie.

(Anhaltende Unruhe)

Die Vereinfachung und Verbesserung der administrativen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen enthält zum Beispiel die Forderung der Schaffung einer schlanken und effizienten Verwaltung. Auch die Verbesserung der Legislativdienste ist darin eingeschlossen.

Entbürokratisierung des Gewerberechts, Beschleunigung und Vereinfachung der unterschiedlichen Bewilligungs- und Genehmigungsverfahren, echte Privatisierung - das ist ein ganz wichtiger Punkt - durch Aufhebung der Monopolstellungen im Bereich der Ver- und Entsorgung mit Wasser, Strom und Müll

(Lachen bei der SPD)

und damit die Senkung der Abgabenlast.

Die Förderung von Risikokapitalfonds ist ebenso eingeschlossen, um auch die Eigenkapitaldecke der kleinen und mittelständischen Unternehmen sicherer zu machen.

Ebenfalls sollte bei unverschuldeten Liquiditätsengpässen der kleinen und mittelständischen Unternehmen gesetzlich vorgeschrieben werden, dass von Banken, Finanzämtern oder Krankenkassen bei Forderungen

Ratenzahlungen einzuräumen sind, um Konkurse zu verhindern. Viele Unternehmen werden in den Ruin getrieben, weil diese Forderungen in einer Summe aufgemacht werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben massive Mängel im Bereich des Standortmarketings; auch das habe ich gestern gesagt. Es muss vordringliche standortpolitische Aufgabe sein, den Ruf des Landes Sachsen-Anhalt in der Öffentlichkeit positiv zu korrigieren. Man sollte darüber nachdenken, hierfür öffentliche Mittel einzusetzen, um Unternehmen bei Werbe- und Messeauftritten finanziell zu unterstützen.

Die Vernetzung von Forschung, Entwicklung und Wirtschaft ist ein wichtiger Punkt. Auch dies ist in Sachsen-Anhalt längst nicht gegeben.

Filz, Korruption und Steuergeldverschwendung, die Sachsen-Anhalt längst in Ausmaßen erreicht haben, sind zu bekämpfen.

Außerdem ist auch die so genannte Schwarzarbeit oder Schattenarbeit zu bekämpfen. Es reicht nicht aus, auf den Baustellen sporadisch Kontrollen durchzuführen. Vielmehr ist eine gezielte Pass- und Legitimationspflicht einzuführen

(Anhaltende Unruhe - Zurufe von der SPD: Aufhören!)

und sind bei einer Zuwiderhandlung entsprechend hohe Sanktionen auszusprechen.

Dazu gehört auch die Reform der Lehrlingsausbildung und des Schulsystems. Wir wissen alle, die wirtschaftlichen Erfolge eines Landes stehen und fallen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Qualität seines Bildungssystems. Ich erinnere an die Pisa-Studie.

(Frau Fischer, Leuna, SPD: Aufhören! - Herr Dr. Süß, PDS: Die Zeit ist um!)

Investoren schauen besonders auf Grundkenntnisse, Fertigkeiten, Erfahrungen, Fremdsprachen, Innovationsfähigkeit, Kreativität, Arbeitsmotivation,

Präsident Herr Schaefer:

Kommen Sie bitte zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

(Zustimmung von Herrn Metke, SPD, und von Herrn Sachse, SPD)

Frau Wiechmann (FDVP):

- komme ich; ich bin sofort fertig - Weiterbildungsbereitschaft und Risikobereitschaft.

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit. Ich werde mich noch einmal zum Ende der Debatte äußern. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag, gegebenenfalls in namentlicher Abstimmung.

(Zustimmung von Herrn Mertens, FDVP, und von Herrn Wiechmann, FDVP - Unruhe bei der SPD und bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Meine Damen und Herren, Herr Gürth verzichtet auf seinen Redebeitrag.

(Zustimmung bei der SPD)

Weitere Anmeldungen liegen nicht vor. - Frau Wiechmann, Sie können gleich noch einmal reden.

(Heiterkeit bei der PDS - Herr Dr. Süß, PDS: Sie können es aber auch lassen! - Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

Frau Wiechmann (FDVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin ziemlich erstaunt, verstehe es aber auch. Ich weiß natürlich, wer das zu verantworten hat, dass Sie sich zu diesem Thema nicht äußern wollen, weil Sie offenbar kein richtiges politisches Konzept für die künftige wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entwicklung in Sachsen-Anhalt haben.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und bei der PDS - Zurufe von der SPD: Aufhören!)

Das hatte man auch letzte Woche in der Diskussion gehört, als Herr Sachse sagen musste: Tut mir Leid. Das habe ich nicht dabei.

(Herr Sachse, SPD: Keine Unwahrheiten verbreiten!)

Ich gebe Ihnen noch einen kleinen Ausblick, Herr Sachse.

(Zuruf von der SPD)

Viele Missstände und Stolpersteine für eine funktionierende Wirtschaft und für ein freies Unternehmertum in Sachsen-Anhalt sind bei gutem Willen, bei Fantasie, Mut und Ehrlichkeit ziemlich problemlos zu beseitigen. Aber in diesem Land mangelt es derzeit am notwendigen Mut und an der Entschlusskraft der Altparteien, die notwendigen Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns nachhaltig zugunsten wirtschaftlicher Entwicklung zu verändern.

(Starke Unruhe)

Vorrang bei der herrschenden Politik nimmt die Verteidigung der Macht um jeden Preis ein. Aber - das sage ich noch einmal so deutlich - so kann es nicht gelingen. Mit Schieberwirtschaft und Klassenkampfparolen ist den Bürgern in Sachsen-Anhalt nicht geholfen.

Das Motto der heimischen Wirtschaft muss heißen: Arbeit gibt es nur in gesunden Betrieben. Dafür hat die Politik zu sorgen. Arbeit und Engagement muss sich auch für den Unternehmer wieder lohnen. Er darf dafür nicht diskreditiert werden. Gewinne zu erzielen ist ein erklärtes Unternehmensziel. Vorrang muss natürlich die Schaffung von Arbeitsplätzen in Partnerschaft mit tüchtigen Mitarbeitern haben.

Es ist offensichtlich - das weiß ich auch; wir haben heute schon gesagt, dass wir uns im Wahlkampf befinden -, dass dieser Regierung all das nicht gelingt.

(Anhaltende starke Unruhe)

Wir verlangen diese Dinge nicht erst seit heute, sondern wir haben sie immer wieder hier eingebracht. Deswegen haben wir sie heute auch noch einmal wiederholt.

Ich möchte Ihnen eines nicht vorenthalten. Das ist eine ganz hübsche Sache, die ich hier habe. Daraus darf ich einmal zitieren:

(Unruhe bei der SPD - Frau Kauerauf, SPD: Aufhören!)

„Schluss mit den PDS-Seilschaften und dem SED-Filz in unseren Betrieben und Verwaltungen. Das haben unsere Arbeiter und die Bürger, die im Herbst letzten Jahres die friedliche Revolution gemacht hatten, nicht verdient,“ betonte Volkskammervizepräsident Dr. Reinhard Höppner, SPD, Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt.

„Alle wollen wir neu anfangen. Die Menschen stehen in den Startlöchern und packen an. Immer wieder treffen sie auf neue Chefs, die doch die alten sind. Stasileute im Arbeitsamt, SED-Bonzen an der Spitze von Betrieben und PDS-Cliquen in den Verwaltungen - so läuft der Aufschwung nicht.“

(Zuruf von der SPD)

- Das hat er gesagt, der Dr. Höppner. - Er verspricht weiter:

„Bei mir haben die wirklich Belasteten keine Chance. Wir gestalten den Wirtschaftsumschwung mit Entschlossenheit und neuen Ideen. Wir wollen den Industriestandort Sachsen-Anhalt erhalten, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit schaffen. Dafür kämpfen wir Sozialdemokraten.“

Meine Damen und Herren! Dieser Ausspruch stammt aus einer Wahlkampfzeitung aus dem Jahr 1990. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch daran. Mittlerweile sind fast zwölf Jahre vergangen. Acht Jahre SPD-Regierungszeit, acht Jahre Ministerpräsident Dr. Höppner.

(Starke Unruhe - Herr Metke, SPD: 20 Uhr!)

Das Ergebnis von dem, was er damals versprochen hat, das haben wir heute. Deshalb entscheiden die Wähler am 21. April.

(Frau Lindemann, SPD: Ganz bestimmt entscheiden die Wähler!)

Ich glaube, die entscheiden sich gegen Sie! - Danke.

(Zustimmung von Herrn Mertens, FDVP, und von Herrn Wiechmann, FDVP - Zurufe von der SPD und von der PDS - Frau Lindemann, SPD: Sie können sich Ihren Antritt gleich sparen!)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Das war es dann. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Drs. 3/5378. Es wurde namentliche Abstimmung beantragt.

(Herr Sachse, SPD: Hat sie nicht beantragt! - Frau Wiechmann, FDVP: Nein, das habe ich nicht beantragt! Ich habe gesagt: gegebenenfalls! - Herr Prof. Dr. Böhmer, CDU: Angedroht!)

- Dann stimmen wir jetzt über den Antrag ab. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Drei. Gegenstimmen? - Das ist der Rest der Welt.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der PDS)

Der Antrag ist damit mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

(Zustimmung bei der PDS)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 20 abgeschlossen.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt, dem **Tagesordnungspunkt 21:**

Behandlung im vereinfachten Verfahren gemäß § 38 Abs. 3 GO.LT (Konsensliste) - Drs. 3/5381

a) Unterstützung für den Fahrzeugbau Halberstadt, Spezialwerk der Deutschen Bahn AG

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 3/3286

Beschlussempfehlung des Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr - Drs. 3/5339

b) Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 3/4641

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 3/4703

Beschlussempfehlung des Ausschuss für Gleichstellung, Kinder, Jugend und Sport - Drs. 3/5359

c) Nutzung der Chancen regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 3/3645

Änderungsantrag der Fraktion der CDU - Drs. 3/3707

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 3/5366

d) Forschung und sonstige Förderung der Landwirtschaft

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 3/4385

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drs. 3/4416

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 3/5367

e) Konsolidierungsdarlehen für mittelständische Unternehmen

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 3/5132

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten - Drs. 3/5373

f) Kindergelderhöhung für alle Kinder

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 3/4662

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales - Drs. 3/5377

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Oder wünscht jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall.

Wir stimmen über die genannten Drucksachen ab. Wer der Konsensliste zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist diese Konsensliste einstimmig angenommen worden.

Herr Ministerpräsident, Sie haben noch einmal um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Abgeordnete! Jetzt scheint es wirklich so weit zu sein, dass diese voraussichtlich letzte Sitzung

des Landtages zu Ende geht. Diese Gelegenheit nehme ich wahr, um einem zu danken, der sicherlich ein Schlusswort vorbereitet hat, sich darin aber selbst nicht danken kann, dem jedoch Dank gebührt, nämlich dem Landtagspräsidenten Wolfgang Schaefer, der das Parlament in dieser Legislaturperiode, in den letzten vier Jahren mit viel Umsicht und Weitsicht, mit dem nötigen Zugriff und gelegentlich auch mit der nötigen Toleranz geleitet hat und der wesentlich zum Erfolg der Arbeit, die wir hier in den letzten vier Jahren geleistet haben, beigetragen hat.

Er war übrigens auch ein Landtagspräsident, der diesen Landtag und damit in gewisser Weise das Land Sachsen-Anhalt bei den verschiedensten Gelegenheiten nicht nur repräsentiert, sondern auch mit wichtigen Reden vertreten hat. Da er jetzt auch aus dem Landtag ausscheidet, halte ich dies für den richtigen Moment, ihm für dieses Engagement für Sachsen-Anhalt zu danken. Dieses Engagement hat nicht erst begonnen, seit er Landtagspräsident ist, sondern begann mit der ersten Legislaturperiode im Jahr 1990, mit seiner Funktion als Vorsitzender des Finanzausschusses, später als Finanzminister und jetzt als Landtagspräsident.

Herzlichen Dank, Wolfgang Schaefer. Ich glaube, das ist einen Applaus und einen Blumenstrauß wert.

(Starker Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Schaefer:

Recht herzlichen Dank. Ich weiß nicht, ob ich das wirklich verdient habe.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind am Ende der 39. Sitzungsperiode des Landtages angelangt, die nach unserem Terminplan zugleich die letzte Sitzungsperiode des Landtags von Sachsen-Anhalt der dritten Wahlperiode ist.

Anknüpfend an meine Rede zu Beginn der gestrigen Sitzung bedanke ich mich nochmals herzlich bei allen für die aus meiner Sicht korrekte und konstruktive Zusammenarbeit. Sie haben mir die Ausübung meines Amtes als Präsident des Landtages damit wesentlich leichter gemacht.

Selbstverständlich danke ich ausdrücklich den Vizepräsidenten des Landtages der dritten Wahlperiode, Frau Stolfa und Herrn Remmers

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

sowie Herrn Professor Dr. Böhmer

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

für die aus meiner Sicht kollegiale und überaus angenehme Zusammenarbeit.

Ich danke auch den Schriftführerinnen und Schriftführern mit Herrn Kollegen Biener an der Spitze, der dieses Amt zwölf Jahre lang zuverlässig ausübte.

(Lebhafter Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche den Kandidaten der vierten Wahlperiode eine Zeit des fairen Wahlkampfes und allen Abgeordneten und ihren Familien für die Zukunft alles Gute und beste Gesundheit.

Die 73. Sitzung des Landtages ist damit geschlossen.

Schluss der Sitzung: 13.35 Uhr.

